



BEWAHREN

Günter Benser, Dagmar Goldbeck, Anja Kruke (Hrsg.)

VERBREITEN

Archivare, Bibliothekare und Sammler
der Quellen der deutschsprachigen
Arbeiterbewegung

Supplement

AUFKLÄREN

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Förderkreis
Archive und Bibliotheken
zur Geschichte
der Arbeiterbewegung

Günter Benser, Dagmar Goldbeck, Anja Kruke (Hrsg.)

„Bewahren – Verbreiten – Aufklären“

Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung

Supplement

Bonn 2017

Erarbeitet in Kooperation von
Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung
und Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

© 2017 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Mario Bungert, Peter Beule

Umschlag: Bernd Raschke, FES

Herstellung: Katja Ulanowski, FES

Satz: SCHWIND' Agentur für Zukunftskommunikation GmbH, Bonn

Druck: bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Bildnachweis:

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD): 4; Bundesarchiv: 3; dpa: 7, 8, 14; Nationaal
Archief (Rob Mieremet/Anefo): 9; Privat: 2 (Peer Dietrich, Berlin), 12 (Petrik
Wittwika), 16 (Gisela Peter); Zentralbibliothek Zürich, Archiv der Familie Pinkus: 11;
Zentrum für Berlin-Studien, Signatur B 184/119: 15

Da es trotz intensiver Bemühungen in einigen Fällen nicht möglich war, die Rechte-
inhaber oder -nachfolger zweifelsfrei zu ermitteln, bittet die Friedrich-Ebert-Stiftung,
etwaige Ansprüche bei ihr geltend zu machen.

Printed in Germany

Bonn 2017

ISBN 978-3-95861-591-5

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	4
Eduard Backert (Willy Buschak).....	8
Emil Basner (Rainer Holze).....	17
Friedrich P. Kahlenberg (Günter Benser).....	26
Werner Krause (Rüdiger Zimmermann).....	37
Robert René Kuczynski, Jürgen Kuczynski (Agnieszka Brockmann).....	49
Inge Lammel (Günter Benser).....	62
Hans Landauer (Dagmar Goldbeck).....	72
Arthur Lehning (Andreas Diers / Rudolf Steffens).....	80
Bona Peiser (Frauke Mahrt-Thomsen).....	90
Heinz Peter (Heinz Deutschland).....	100
Agnes F. Peterson (Ottokar Luban).....	108
Amelie Pinkus-De Sassi (Gisela Notz).....	112
Ilse Schiel (Elisabeth Ittershagen).....	122
Hans Stein (Rolf Hecker).....	131
Hermann Weber (Andreas Herbst).....	138
Anhang	
Abbildungen.....	146
Abkürzungsverzeichnis.....	150
Autorenverzeichnis.....	153
Personenregister.....	154

Vorbemerkung

Die Veröffentlichung des 2009 in Kooperation zwischen dem Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V., Berlin, und dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, erarbeiteten und herausgegebenen Bandes „Bewahren, Verbreiten, Aufklären: Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung“¹ erreichte eine interessierte Leserschaft und fand ein überaus erfreuliches Echo. In zahlreichen Annotationen und Rezensionen² in Fachzeitschriften, Zeitungen und Internetmagazinen wurde die 60 Kurzbiographien umfassende Publikation positiv besprochen. Insbesondere wurde hervorgehoben, dass in ihr nicht nur das Wirken der vorgestellten Personen beschrieben, sondern dass auch die Entwicklungsgeschichte des Bibliotheks- und Archivwesens der Arbeiterbewegung transparent wird.

Der beschränkte Platz und die Eingrenzung des zu ehrenden Personenkreises auf nicht mehr lebende Frauen und Männer ließ jedoch manche Lücke offen. Sie zu schließen wurde von vielen Rezensenten gewünscht und war von Anfang an auch das Anliegen der Herausgeber Günter Benser und Michael Schneider. In ihrem gemeinsamen Geleitwort drückten sie die Hoffnung aus, dass durch die getroffene Auswahl angeregt „weitere Porträts von Personen entstehen, die sich um die schriftlichen Überlieferungen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung verdient gemacht haben.“ Sie versicherten: „Wir werden gewiss Wege finden, um solche Nachträge oder auch Ergänzungen und Rich-

¹ Günter Benser/Michael Schneider (Hrsg.), *Bewahren, Verbreiten, Aufklären: Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung*, Bonn 2009.

² Siehe u.a. Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2011, in: *Mitteilungen des Förderkreises* 2012, 41, S. 37; Besprechung von *Gerhard Engel* in: ebd. 2012, 42, S. 56–58; *Rainer Holze*, Die Publikation „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“ fand ein breites und nachhaltiges Echo, in: *Festschrift 20 Jahre Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1991–2011*, Berlin 2011, S. 31–34.

tigstellungen der Öffentlichkeit bekannt zu machen“.³ Auch der Förderkreis rief Interessierte dazu auf, sich als Autoren dieser Thematik zu widmen.

Inzwischen sind mehrere Jahre vergangen. Dem Vorstand des Förderkreises wurden weitere Namen von Menschen vorgeschlagen, die den Grundstein für Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung gelegt haben oder auf andere Weise für den Fortbestand dieses Erbes Sorge trugen. Eine erweiterte Neuauflage des Bandes war jedoch nicht möglich. Deshalb nimmt der Förderkreis den 25. Jahrestag seines Bestehens zum Anlass, gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in einem Supplementband zusätzliche Kurzbiografien zu veröffentlichen, wohl wissend, dass auch diesmal keine vollständige Sammlung erreicht werden kann. Das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung war dankenswerter Weise erneut bereit, das Layout und den Druck zu übernehmen. Dadurch ist es auch möglich, den Ergänzungsband in der Gestaltung dem Hauptband anzunähern.

Je nach Quellenlage sind die verschiedenen biographischen Skizzen wiederum sehr unterschiedlich in ihrer Gewichtung. In fünfzehn Skizzen werden sechzehn Personen vorgestellt. Die Beiträge über Friedrich P. Kahlenberg (Günter Benser), Werner Krause (Rüdiger Zimmermann) und Heinz Peter (Heinz Deutschland) sollen das Andenken an das Leben und Schaffen von Archivaren und Bibliothekaren wachhalten, die ihre Einrichtungen in der jüngeren Vergangenheit prägten, beziehungsweise bleibende Leistungen bei der Erschließung und Bewahrung der gedruckten und ungedruckten Materialien der Arbeiterbewegung vollbrachten. Sie und viele ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schufen für Archiv- und Bibliotheksnutzung die Arbeitsvoraussetzungen, um die Geschichte der Arbeiterbewegung sowie die programmatische und politische Entwicklung ihrer Parteien und Organisationen zu erforschen. So auch Hans Landauer (Dagmar Goldbeck), der ein einzigartiges Archiv der österreichischen Spanienkämpfer aufbaute. Oder Inge Lammel (Günter Benser), die Begründerin des Arbeiterliedarchivs

³ Bewahren, Verbreiten, Aufklären, S. 6.

der Akademie der Künste der DDR. Mit Hermann Weber (Andreas Herbst) wird das Engagement eines Historikers gewürdigt, der ebenfalls half, bedrohte DDR-Archive zu retten.

Das Doppelporträt Robert René und Jürgen Kuczynski (Agnieszka Brockmann) widmet sich zwei Wissenschaftlern und einer von Generationen gepflegten Gelehrten-Bibliothek. Leidenschaftliche Sammler waren auch Arthur Lehning (Andreas Diers, Rudolf Steffens), der die wohl umfangreichste Bibliothek zum Anarcho-Syndikalismus besaß, und der Schriftsteller und Gewerkschaftsfunktionär Emil Basner (Rainer Holze). Eduard Backert (Willy Buschak) sammelte und rettete die Gewerkschaftsquellen der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Hans Stein (Rolf Hecker), wissenschaftlicher Mitarbeiter und Korrespondent des Moskauer Marx-Engels-Instituts und später des IISG in Amsterdam, entdeckte, beschaffte und rettete viele wertvolle Dokumente.

Vier weitere Frauen werden vorgestellt: Bona Peiser (Frauke Mahrt-Thomsen) war in Deutschland die erste hauptberuflich in Bibliotheken tätige Frau; sie trug Entscheidendes für die Entwicklung des bibliothekarischen Berufsbilds und der Lesehallenbewegung bei. Mit Agnes F. Peterson (Ottokar Luban), der Kuratorin der mittel- und westeuropäischen Sammlungen der Hoover Institution, und Ilse Schiel (Elisabeth Ittershagen), die für die Sammlung von Erinnerungen verantwortlich zeichnete, werden zwei Kolleginnen porträtiert, deren hohe Sachkompetenz auf Spezialgebieten vielen Historikern die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung ermöglichten. Amelie Pinkus-De Sassi (Gisela Notz), Frauenrechtlerin und Buchhändlerin, gründete gemeinsam mit ihrem Mann die Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Zürich.

Der Band wird wiederum durch ein Abkürzungsverzeichnis und ein auch diesmal von Birgid Leske erarbeitetes Personenregister erschlossen. Ebenso finden sich Abbildungen der Porträtierten erneut im Anhang. Wir greifen den Hinweis mehrerer Rezensenten auf, die Informationen zu den Autoren vermissten, und veröffentlichen im Anhang dieses Bandes ein Verzeichnis der Verfasser der publizierten Beiträge.

Es gelten die für den Hauptband festgelegten redaktionellen Richtlinien.

Gern nehmen die Herausgeber_innen weitere Anregungen entgegen. Insbesondere freuen wir uns über das Angebot von Textbeiträgen, für die wir Möglichkeiten der Veröffentlichung finden werden.

Günter Benser, Dagmar Goldbeck, Anja Kruke

Willy Buschak

Eduard Backert (1874–1960)

Eduard Backert war Brauereiarbeiter und Büchersammler. Er wurde am 2. April 1874 in Rottmar bei Sonneberg in Thüringen geboren. Nach dem Besuch der einklassigen Volksschule wollten ihn seine Eltern zu einem Bauern schicken. Backert lief von zu Hause fort und lernte Brauer, in der Bürgerbrauerei Lichtenfels, eine halbe Stunde von seinem Geburtsort entfernt. 1890–1892 ging er auf Wanderschaft durch Bayern, Sachsen, Thüringen und Hessen. Im November 1891 kam er in Coburg zum ersten Mal in Kontakt mit dem Brauereiarbeiterverband: Der Postbote brachte ein Päckchen, adressiert „An die Brauergesellen der Aktienbrauerei“, mit 60 Exemplaren der neuen „Brauereizeitung“, dem Organ des Brauereiarbeiterverbands. Die Zeitungen wurden vom Oberburschen der Brauerei, der keine Ahnung hatte, um was es sich handelte, verteilt. Sollte in Coburg eine Zahlstelle des Verbands gegründet werden, sagte Backert nach Lektüre der „Brauereizeitung“ ganz spontan, würde er sich sofort anschließen. Die Zustände in den Brauereien seien in der Zeitung korrekt beschrieben. Am nächsten Morgen war er seine Arbeit los.

Er trat dann aber erst im November 1892 dem Zentralverband deutscher Brauer als Mitglied bei. Von 1894–1896 leistete er seinen Militärdienst in Kassel ab, ließ sich anschließend in Gera nieder, wo er die Funktion des Schriftführers der Ortsgruppe Gera des Brauereiarbeiterverbands übernahm. Schon im Juli 1897 wurde er Vorsitzender der Agitationskommission des Brauereiarbeiterverbands für Thüringen und das Vogtland. Im Mai 1897 verhandelte er in Gera seinen ersten Tarifvertrag. Es war der erste schriftlich formulierte Tarifvertrag am Ort überhaupt, der die Arbeitszeit im Sommer auf 5–18 Uhr und im Winter auf 6–19 Uhr festlegte, mit einer zugesicherten Pause von 2 ½ Stunden, so dass eine Netto-Arbeitszeit von 10 ½ Stunden herauskam. Im örtlichen Gewerkschaftskartell stieß die Vereinbarung nicht nur auf Zustimmung. Manche Gewerkschaftsvertreter meinten, schriftliche

Abkommen über Lohn- und Arbeitsbedingungen würden die Hände zu stark binden, und gute Konjunktoren könne man dann nicht mehr ausnutzen. Backert ließ sich aber nicht von der einmal eingeschlagenen Linie abbringen, so viel wie möglich in Tarifverträgen zu regeln.

Backert heiratete am 3. Juli 1898 und wäre fast entlassen worden, weil er beim Braumeister nicht um die Erlaubnis zur Heirat nachgesucht hatte. 1900 wurde er ehrenamtlicher Gauleiter des Brauereiarbeiterverbands für Thüringen mit Sitz in Gera. Seit dem 1. Oktober 1904 war er hauptamtlicher Gauleiter für die preußischen Ostprovinzen (Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Brandenburg und Schlesien) mit Sitz zunächst in Posen. Als erstes beschaffte er sich eine Landkarte des von ihm zu betreuenden Gebiets, markierte die Orte, in denen es Brauereien gab, und schrieb die örtlichen Gewerkschaftskartelle an, mit der Bitte, ihm Auskünfte über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erteilen. Kein Wunder, dass er förmlich elektrisiert war, als er in Breslau im Büro einer anderen Gewerkschaft zum ersten Mal eine Schreibmaschine zu Gesicht bekam. Die Möglichkeit, mehrere Durchschriften eines Schreibens anzufertigen, begeisterte ihn. Der Vorstand in Berlin bewilligte ihm aber kein Geld für die Anschaffung einer Schreibmaschine. Die Gauleiter sollten Lohnbewegungen leiten, dazu brauchten sie weder Schreibtisch noch Schreibmaschine, schrieb ihm der Vorstand. Die Verhältnisse in seinem Arbeitsgebiet waren trist. Abgesehen von Breslau gab es nirgendwo einen Stützpunkt des Brauereiarbeiterverbands, und auch die Breslauer Zahlstelle stand nur auf dem Papier. 1906 zog Backert nach Breslau um. Es gelang ihm, den Gau mit einem dichten Netz von Tarifverträgen und in deren Gefolge auch von Zahlstellen des Brauereiarbeiterverbands zu überziehen.

Am 17. Juni 1907 folgte Backert einem Hilferuf des Anfang 1907 neu gewählten Vorsitzenden des Brauereiarbeiterverbands, Etzel. Im Büro der Verbandsleitung ging es drunter und drüber, es gab keine Übersicht, Post blieb unbeantwortet, die Fachzeitungen wurden seit Monaten auf einen Haufen geworfen, ohne sie auszuwerten, etwa 80 vom Verband neu abgeschlossene Tarifverträge hatte man in eine Schublade gequetscht, ohne sie auch nur anzuschauen. Backert war von nun an in

seinem Element. Mit ungeheurer Energie stürzte er sich in die Entwicklung der Verbandsstatistik: „Ich ging davon aus, dass jedes Unternehmen sein Betätigungsfeld kennen müsse, wenn erfolgreich gearbeitet werden wolle. Weil der Verband auch ein Geschäft sei, müsse Übersicht bestehen, wie es auf allen seinen Schaffensgebieten im Lande aussehe.“¹ Unter Backerts Aufsicht blieb kein wichtiges Verbandsgebiet mehr statistisch unbearbeitet. Von den Tarifverträgen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse bis hin zu den Todesursachen verstorbener Getränkearbeiter entging nichts seiner Aufmerksamkeit.

Um seinem Vorsitzenden Etzel Neues beizubringen, musste er aber mit einer ordentlichen Portion Bauernschläue vorgehen. Etzel ignorierte Backerts Vorschläge oft, sie ruhten wochenlang in Etzels Schreibpult, bis der sie eines Tages hervorkramte und als seinen eigenen Einfall präsentierte. „Ich ließ ihn gewähren“, schrieb Backert Jahrzehnte später. „Die Hauptsache für mich war, dass meine Gedanken realisiert wurden.“² Seit Backert im Hauptbüro angestellt war, erschienen regelmäßige Jahrbücher, die Rechenschaft über die Arbeit des Verbands ablegten, oft mehrere hundert Seiten stark, von Backert selbst verfasst, sowie ebenso regelmäßig die „Tarifverträge im Auszug“. Durch umfangreiche Informationen und zahlreiche Anweisungen brachte er die Tarifpolitik des Verbands auf eine gemeinsame Linie.

Kein Wunder, dass alle Augen sich auf Backert richteten, als der Verbandsvorsitzende Etzel am 7. Dezember 1914 überraschend starb. Am Begräbnis Etzels nahmen alle Verbandsangestellten teil, die noch nicht zum Heeresdienst eingezogen worden waren, in einer anschließenden improvisierten Abstimmung bestimmten sie Backert zum Vorsitzenden, alle folgenden Verbandstage von 1918 bis zum Verbot der Gewerkschaften 1933 bestätigten ihn einstimmig. Die Situation des Verbands während des Ersten Weltkriegs beschreibt Backert so: „Wenn es früher galt, mit den Unternehmern Gegensätze auszugleichen, so musste jetzt von den Arbeitervertretern und den Arbeitgebern des gleichen

¹ *Eduard Backert*, Erinnerungen, S. 92, in: Nachlass Backert, DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.

² Ebd.

Berufs an einem Strang gezogen werden. Gemeinsam musste gegen die zeitweise geplante Stilllegung von Brauereien Front gemacht werden.³ Schon weit vor der Novemberrevolution und der Bildung der Zentralarbeitsgemeinschaft einigte sich Backert mit den Arbeitgebern des Brauereigewerbes über die Wiedereingliederung der Kriegsteilnehmer in die Brauereien und Mülereien.

Zur Organisationsfrage, die in der Weimarer Republik in den Gewerkschaften heiß diskutiert wurde – Industriegewerkschaften oder Berufsgewerkschaften – nahm Backert einen sehr pragmatischen Standpunkt ein. Einen zu weit gespannten Organisationsrahmen lehnte er ab. Schon die 1910 erfolgte Vereinigung des Brauereiarbeiterverbands mit dem Mühlenarbeiterverband, in Gewerkschaftskreisen als „Vereinigung von Karpfen und Karnickel“ verspottet, hatte er mit einer gewissen Skepsis gesehen. Entscheidend war für Backert auch nicht die Zahl der Mitglieder, sondern das Organisationsverhältnis. Trotzdem änderte der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband seinen Namen 1921 in Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter. Backert wollte nicht unbedingt einen großen Industrieverband schaffen, wie der Name anzudeuten schien, sondern sich die Hände freihalten, um Arbeiterinnen und Arbeiter dort zu organisieren, wo es ihm nötig schien. Trotzdem erklärte er sich 1927 mit dem Zusammenschluss seines Verbands mit dem Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband, dem Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen und dem Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter zum Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter (VNG) einverstanden. Die gewerkschaftliche Ohnmacht während der Inflation war dabei eine wichtige Erfahrung. Entscheidend war aber, dass Backert kontrollieren und die Fusionsbedingungen, insbesondere die Satzung des neuen Verbands als Vorsitzender der Satzungskommission maßgeblich beeinflussen konnte. Schließlich wurde Backert auch zum Vorsitzenden des VNG gewählt, das bot ihm weitere Garantien. Alle Annahmen, er werde sich als Vorsitzender eines großen Verbands aufs Repräsentieren verlegen, enttäuschte er allerdings und bestimmte weiterhin die Verbandsgeschäfte

³ Ebd., S. 97.

bis in die Einzelheiten, nicht unbedingt zum Vergnügen aller Angestellten. Seit 1928 verzichtete er aber darauf, die Jahrbücher des Verbands auch noch selbst zu schreiben, und ging häufiger auf Auslandsreisen, nach England, Dänemark, Schweden, Belgien, Frankreich, Österreich, in die Schweiz, die Tschechoslowakei, nach Polen und Spanien. Bis dahin hatte er nur 1925 an der Reise der deutschen Gewerkschafter in die USA teilgenommen.⁴ Backert bewies, dass man, auch ohne Sprachkenntnisse, viel von den sozialen Verhältnissen in anderen Ländern mitbekommen konnte, wenn man nur ein waches Auge hatte. Es versteht sich, dass Backert über jede seiner Auslandsreisen in der Mitgliederzeitung berichtete.

Am 1. Mai 1933 nahm Backert nicht an den Maifeiern der nationalsozialistischen Diktatur auf dem Tempelhofer Feld teil. Er blieb zu Hause und arbeitete für den Verband. Am 2. Mai 1933 wurde er in seinem Büro verhaftet. Das Gebäude des VNG wurde verwüstet und geplündert. Als besonders schmerzlich empfand Backert, dass der Vandalismus der nationalsozialistischen Besetzer auch vor der Bibliothek des Verbands nicht halt machte. Vernichtet wurden, wie er in seinen Erinnerungen minutiös festhielt, folgende Zeitungen:

43 Jahrgänge des Zentralverbands der Bäcker und Konditoren,

15 Jahrgänge des einst gewesenen Verbands der Konditoren,

43 Jahrgänge des Zentralverbands deutscher Brauer und dessen Nachfolgern,

19 Jahrgänge des ehemaligen Mühlenarbeiterverbands,

26 Jahrgänge des Zentralverbands der Fleischer,

44 Jahrgänge des Zentralverbands der Böttcher.

Vernichtet wurden außerdem zahlreiche Jahrbücher, Broschüren und Fachpublikationen der betroffenen Verbände.⁵

⁴ *Eduard Backert*, *Meine Amerikareise*, Berlin 1926.

⁵ *Ders.*, *Erinnerungen*, S. 147.

Backert wurde mit anderen Gewerkschaftsvorsitzenden und Angestellten des ADGB in das Gefängnis Plötzensee gebracht, aber schon am 11. Mai 1933 wegen seiner angegriffenen Gesundheit wieder entlassen.⁶ Er meldete sich arbeitslos und musste ein Jahr lang mit dem Arbeitslosengeld von 11,40 Mark die Woche auskommen. Ab 1934 erhielt er seine normale Altersrente in Höhe von 91 Mark. Wegen seiner 42jährigen Verbandsmitgliedschaft bekam er von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) eine Rente von 52 Mark ausgezahlt. Er betreute mit dem 2. Vorsitzenden des VNG, Alfred Fitz, die Klage der Angestellten des Verbands gegen die DAF auf Entschädigung wegen nicht eingehaltener Kündigungsfristen bei ihrer Entlassung 1933 und – da die Nationalsozialisten satzungswidrig jede Zahlung aus der Unterstützungskasse der Gewerkschaftsangestellten verweigerten – auf die Rückzahlung der Beiträge. Backert liebäugelte anfangs mit dem Gedanken, eine Gaststätte oder ein Zigarrengeschäft in Berlin zu übernehmen, um sein Einkommen aufzubessern und mit seinen Kollegen in Kontakt zu bleiben. Da seine Frau aber gesundheitlich angegriffen war, entschloss er sich, mit gespartem und geliehenem Geld ein kleines Eigenheim in Zepernick bei Bernau zu kaufen. Dass er zwischen Mai 1933 und September 1934 in Berlin 26 Hausdurchsuchungen erleiden musste und dabei immer wieder Teile seiner Bücher- und Dokumentensammlung von der SA zerstört wurden – darunter der erste, von ihm selbst ausgehandelte Tarifvertrag – erleichterte ihm den Entschluss, aus der Bodinstraße 64 in Neukölln nach Zepernick, in die Ganghoferstraße 16 zu ziehen.

Backert übernahm die Arbeit im Haus und im Garten und widmete sich mit Akribie und Hingabe der Kaninchenzucht. Seine Hoffnung, weitab der Großstadt Berlin keinen Belästigungen mehr ausgesetzt zu sein, erwies sich allerdings als Trugschluss, zumal er sich standhaft weigerte, zu den zahlreichen Sammlungen, ob nun für das Winterhilfswerk oder für andere Zwecke, einen Beitrag zu leisten. Mit seinen Kollegen aus dem Verband hielt Backert weiterhin brieflich Verbindung, dabei wur-

⁶ Über das Datum seiner Entlassung aus der Haft gibt es unterschiedliche Angaben. In seinen Erinnerungen nennt Backert den 11.5.

de auch die Reorganisation der Gewerkschaften nach Ende der nationalsozialistischen Diktatur erörtert. Auch von den Bombenangriffen auf Berlin blieb er in Zepernick nicht verschont.

Zwischen April und August 1945 war Backert von fast allem Kontakt mit der Außenwelt abgeschnitten. Zwischen Mai und September 1945 hörten auch die Rentenzahlungen ganz auf, so dass er sich als Begräbnisredner durchschlagen und Freunde und Bekannte anbetteln musste. Ab September 1945 funktionierte die Post wieder, und er bekam Nachrichten aus Hannover, Düsseldorf, Hamburg und Nürnberg über den Wiederaufbau der Gewerkschaften. Vom Wiederaufbau der Gewerkschaften in der Sowjetischen Besatzungszone war Backert abgeschnitten. Zum Vorbereitenden Gewerkschaftsausschuss für Groß-Berlin hatte er keinen Kontakt. Er galt im doppelten Sinne als „alt“. In den westlichen Besatzungszonen hingegen war sein Rat noch gefragt. Im November 1946 – das Jahr, in dem seine Frau starb – und im April/Mai 1947 reiste Backert in die westlichen Besatzungszonen, um den vielfach vorhandenen Lokalpatriotismus zu überwinden und seine alten Kollegen zum Anschluss an die neu entstehende Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) zu bewegen.

Eduard Backert zählt zu den bedeutenden Chronisten und Büchersammlern der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Durch seine Sammelleidenschaft hat er sich unschätzbare Verdienste erworben. „Mit seinem untrüglichen Gespür für den bleibenden historischen Wert von Nachlässen, Organisationsakten, gedruckten Protokollen und Geschäftsberichten der Arbeiterbewegung stand Backert turmhoch über allen gelernten Archivaren und Bibliothekaren seiner Zeit.“⁷ Er begann bereits 1898, gerade 24 Jahre alt, als sich noch niemand in der deutschen Gewerkschaftsbewegung um die eigene Geschichte kümmerte, damit, die ersten Protokolle von Kongressen der deutschen Brauereiarbeiter zu sammeln. 1910 versuchte er, den Nachlass des verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden des Brauereiarbeiterverbands Karl Pennrich zu erwerben, musste aber

⁷ Quellen zur Gewerkschaftsgeschichte der Nahrungs-, Genussmittelarbeiter und Gastwirtsgehilfen. Ein Bestandsverzeichnis der Vorläuferorganisationen der Gewerkschaft NGG, Bonn 1984, S. V.

die schmerzliche Erfahrung machen, dass das gesamte Verbandsmaterial von Nachkommen Pennrichs makuliert worden war. „Von Stund an achtete Backert im Verband auf die korrekte Archivierung“⁸. Er sammelte nahezu alles, was nur irgendwie mit dem Verband der Brauereiarbeiter und dem Braugewerbe zu tun hatte: Arbeitsordnungen, Tarifverträge, Broschüren, Protokolle, Rechenschaftsberichte, Zeitungen, Flugblätter, Fachpublikationen zum Brauwesen und mit Vorliebe statistische Berichte. Seine Bücher hat er 1934 auf dem Vorsatz gestempelt: „E. Backert. Zepernick b. Berlin. Ganghoferstr. 16“. Zeitungen und Bücher waren für ihn Arbeitsmittel, Anstreichungen und Randnotizen, mit Blei- oder Kopierstift, sind häufig. Dass er aus einem Buch eine Seite herausriss, kam glücklicherweise nur sehr selten vor.⁹ Belletristik hingegen scheint Backert überhaupt nicht gelesen zu haben. In seinen Erinnerungen gibt es nicht den geringsten Hinweis darauf.

1911 schrieb er die Geschichte der Berliner Brauereiarbeiter, überließ aber Wilhelm Richter die Autorenschaft.¹⁰ Die von ihm 1916 veröffentlichte „Geschichte der Brauereiarbeiterbewegung“ ist auch heute, hundert Jahre später, noch mit Gewinn lesbar, auch weil sie zahlreiche Dokumente als Faksimile wiedergibt, die heute verschollen sind.¹¹ 1927 ließ er ältere Protokolle des Brauereiarbeiterverbands reprinted. 1931 verfasste Backert eine kleine Broschüre über die Geschichte der Fahnen des Brauereiarbeiterverbands.¹² Bei der Fusion zum Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter wurde auch – das war für Backert Voraussetzung des Zusammenschlusses – eine Verbandsbibliothek geschaffen. Alle an der Fusion beteiligten Gewerkschaften mussten von jeder Zeitung, die sie je herausgegeben hatten, zwei Exemplare in die Verbandsbibliothek einbringen.

⁸ Ebd., S. 5.

⁹ Als Richard Calwers „Handel und Wandel. Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt“ 1901 erschien, riss Backert die Tabelle über „Rentabilität und Kurse von Industriewerten nach Gewerbegruppe geordnet“ heraus.

¹⁰ *Wilhelm Richter/[Eduard Backert], 25 Jahre Organisation der Berliner Brauereiarbeiter. Entstehung, Entwicklung und Wirken des Brauereiarbeiter-Verbandes in Berlin*, Berlin 1911. Dass tatsächlich Backert der Autor war, ergibt sich aus seinen Erinnerungen.

¹¹ *Eduard Backert, Geschichte der Brauereiarbeiterbewegung*, Berlin 1916.

¹² *Ders., Unsere Symbole der Solidarität und der Treue*, Berlin 1931.

1948, als noch niemand an der Aufarbeitung der Biographien von Angestellten der Gewerkschaften unter der nationalsozialistischen Diktatur interessiert war, verfasste Eduard Backert eine Broschüre mit dem Titel „Vom Schicksal der Angestellten“, die auf umfangreichen Recherchen beruhte.¹³ In den 1950er Jahren schrieb er im Auftrag der NGG den zweiten Teil seiner Geschichte der Brauereiarbeiterbewegung; das von Carl Linné überarbeitete Manuskript erschien 1962 in der Schriftenreihe der NGG.¹⁴ Im Mai 1949 begann Backert mit der Niederschrift seiner Lebenserinnerungen und konnte das Manuskript bereits im September 1949 abschließen.¹⁵ Warum das Manuskript anschließend nicht in die Bibliothek der NGG, sondern des DGB-Bundesvorstandes in Düsseldorf kam, lässt sich heute nicht mehr klären. Von dort wanderte es in die Bibliothek der Hans-Böckler-Stiftung (Düsseldorf) und befindet sich heute im DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD).

Backert starb am 3. Februar 1960. Seine umfangreiche Büchersammlung vermachte er der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten. Im Keller der Hauptverwaltung der NGG wurden die Bücher und Broschüren über lange Jahre aufbewahrt und vom Redakteur der Gewerkschaftszeitung der NGG („Einigkeit“), Hans Winkler, betreut. Er achtete sorgsam darauf, dass nichts von dem historisch wertvollen Material abhandenkam und Lücken nach Möglichkeit ergänzt wurden. 1981 beschloss der Hauptvorstand der Gewerkschaft NGG, seine gesamte Bibliothek dem Archiv der sozialen Demokratie zu übereignen. In Kooperation mit der Zentralbibliothek des FDGB in Ostberlin und anderen Bibliotheken in der DDR konnte Rüdiger Zimmermann, der seinerzeitige Leiter der Bibliothek des AdsD, immer noch vorhandene Lücken im Zeitschriftenbestand schließen.

¹³ *Josef Kollmann/[Eduard Backert], Vom Schicksal der Angestellten des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Stuttgart [1948].* Als Autor wird hier Josef Kollmann genannt, aus der Broschüre selbst ergibt sich aber, dass Backert die Broschüre schrieb.

¹⁴ *Backert, Geschichte der Brauereiarbeiterbewegung. Teil 2: 1914 bis 1928 und 5 Jahre Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, 1928 bis 1933.* Bearb. von Carl Linné, Hamburg 1962.

¹⁵ *Ders., Erinnerungen, Vorwort, S. 2.*

Rainer Holze

Emil Basner (1852–1918)

„Ich habe mit meinem Freunde Emil Basner hundertmal über die Zukunft der Bibliothek gesprochen. Man kann sagen, sie sei einseitig, aber gerade, weil sie das Spezialfach der Arbeiterbewegung betrifft, ist sie aber von immensem Wert. Sämtliche Schriften, Broschüren usw. von Anfang der Arbeiterbewegung an sind darin enthalten und hauptsächlich die ersten Auflagen. Mit welchem Fleiß und Eifer unser verstorbener Kollege an dem Zustandekommen der Sammlung gearbeitet hat, kann nur der beurteilen, der ein Menschenalter lang mit Basner als Freund verkehrt hat.“¹ Mit dieser bemerkenswerten Einschätzung setzte sich die sozialdemokratische Abgeordnete Margarete Wengels in der Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 3. August 1920 nachdrücklich für die Annahme des Antrags des Magistrats ein, die hinterlassene Sammlung des verstorbenen Abgeordneten Emil Basner² von über 4 000 Bänden für 50 000 Mark von dessen Familie für die Berliner Stadtbibliothek zu erwerben. Damit wurde, wie die Adoptivtochter Emil Basners Gertrud Dietrich³ rückblickend schrieb, einem ausdrücklichen Wunsch

¹ Landesarchiv Berlin, A Rep. 021-03, Nr. 106, ohne Blattangabe.

² Weitere Literatur über Emil Basner und seine Sammlung: *Matthias John*, Biographisches Handbuch zur Geschichte der Berliner Sozialdemokratie in der spätwillhelminischen Zeit in drei Bänden, Bd. I: Arons-Hunschede, Berlin 2011, S. 47–50; Handbuch der Historischen Buchbestände in Deutschland, Bd. 14, Teil 1, Berlin 1995, S. 234. Online einsehbar unter www.zlb.de/digital.

³ Gertrud Dietrich wurde am 27. Februar 1885 als Tochter des Schmieds Johann Zynda in Berlin geboren. Nach dem Tod ihrer Mutter 1901 kümmerte sich Emil Basner um den Witwer und Freund und dessen Kinder. Gertrud Dietrich fand in ihm den „besten Pflegevater“, wie sie in einem 1945 gefertigten Lebenslauf einschätzte. 1907 der SPD beigetreten, hatte sie von 1919 bis 1933 in Berlin ununterbrochen Funktionen inne (als Frauenleiterin in der Partei sowie als Bezirksverordnete in Berlin-Wedding beziehungsweise als Stadtverordnete). Wegen ihres Widerstands gegen das nationalsozialistische Terrorregime wurde gegen sie eine zeitweilige Schutzhaft im Konzentrationslager Ravensbrück verhängt. Nach der Befreiung vom Faschismus erneuerte sie im August 1945 ihre Mitgliedschaft in der SPD und wurde nach der Vereinigung von KPD und SPD ab 1. Juni 1946 aktives Mitglied der SED. 1957 verstarb sie. Siehe dazu *Gertrud Dietrich*, Handschriftlicher Lebenslauf. Eine

des Sammlers entsprochen. Er habe seine Sammlung in der Stadtbibliothek „als einer Bildungseinrichtung für alle“⁴ am besten aufgehoben gesehen. Ein beredter Ausdruck für die damalige Wertschätzung dieser kostbaren Sammlung war, dass neben Basners Gewerkschaft, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, unter anderen sich auch Sowjetrussland am Erwerb interessiert zeigte.⁵ Nach dem zustimmenden Votum der Stadtverordnetenversammlung⁶ wurde die Basnersche Bibliothek rasch in die bereits in der Stadtbibliothek vorhandene Sammlung des Berliner Arztes George Friedlaender (1829–1892) – sie umfasste in beachtenswerter Vollständigkeit Flugschriften, Plakate, Broschüren und Bücher zur Revolution von 1848⁷ – eingegliedert und für die allgemeine Benutzung, nicht zuletzt auch als Quelle der weiteren Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, aufbereitet. Ab 1921 war sie dann auch der Öffentlichkeit zugänglich, im neuen größeren Standort Berliner Marstall. Wie auch viele andere Bestände der Stadtbibliothek wurde Emil Basners Sammlung in der Endphase des Zweiten Weltkriegs ausgelagert, 1944 nach Mähren. Von dort kehrte sie zwischen 1957 und 1965 mit einem stark reduzierten Bestand von 1 524 Bänden in die Berliner Stadtbibliothek zurück, in jener Zeit Ostberlin zugehörig. Die Basnersche Bibliothek hat heutzutage einen Umfang von 886 Titeln und ist ein wichtiger Bestandteil der politisch-historischen Sammlungen der Zentral- und

maschinenschriftliche Fassung dieser Vorlage, gefertigt 2012/2013, beim Verfasser.

⁴ *Dorothea Dietrich*, Aufzeichnungen über Gertrud Dietrich, datiert 16.2.1995, handschriftlich, Kopie beim Verfasser.

⁵ Siehe Landesarchiv Berlin, A Rep. 021-03, Nr. 108, Bl. 5.

⁶ Ebd., Bl. 8. In ihrem Beschluss vom 3. August 1920 erklärte sich die Stadtverordnetenversammlung „mit dem Ankauf der Basnerischen Bibliothek einverstanden und bewilligt hierfür 50.000 Mark, die zunächst vorschussweise zu verauslagern und endgültig aus dem Extraordinarius der im Stadthaushaltsentwurf für 1920 auszuwerfenden Mittel zu decken sind.“ (Zitiert nach ebd.) Am 21. Juli 1920 hatte der Magistrat Berlin in seiner Sitzung dem Ankauf in dieser Höhe schon in einem Beschluss zugestimmt. Siehe ebd., Bl. 5. Einer Rechnung des Berliner Stadtfuhramtes an die Berliner Stadtbibliothek vom 20. August ist zu entnehmen, dass die Sammlung bereits am 29. Juli 1920 von der Familie Basners abgeholt und in der Stadtbibliothek – der Standort war noch die Zimmerstraße – abgeliefert wurde. Siehe ebd., Bl. 7.

⁷ Siehe Landesarchiv Berlin, A Rep. 021-03, Nr. 108, ohne Blattangabe; Handbuch der Historischen Buchbestände, Bd. 14, Teil 1, S. 223, 237. Online einsehbar unter www.zlb.de/digital.

Landesbibliothek Berlin, wie diese seit 1990 heißt.⁸

Befassen wir uns zunächst mit der Vita dieses leidenschaftlichen Sammlers. Emil Basner wurde am 2. September 1852 in Ribinitz, Kreis Culm,⁹ im Regierungsbezirk Marienwerder der Provinz Preußen, der heutigen polnischen Woiwodschaft kujawsko-pomorskie (Kujawien-Posen), geboren. Er erlernte das Schmiedehandwerk und ging nach Abschluss seiner Lehre auf Wanderschaft, um seine beruflichen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erweitern. Er wurde Huf-, Beschlag-, Grob- und Nagelschmied und brachte es bis zum Meister. Obwohl Emil Basner zwölf Stunden am Tag arbeiten musste, bildete er sich auch politisch intensiv weiter, eine wichtige Grundlage für sein künftiges umfangreiches Schaffen. Er schloss sich dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) an.¹⁰ „Jedoch hat die Gründung der Hilfskasse und des Schmiedeverbands (spätere IG Metall) seine meiste Zeit und Kraft in Anspruch genommen. In dieser Eigenschaft reist er kreuz und quer durch das damalige Deutsche Reich, um Ortsgruppen zu gründen oder Hilfestellung zu geben.“¹¹

Bereits mit 19 Jahren wurde Basner Vorsitzender der Zentralkrankenkasse der Schmiede. Von 1875 bis 1878 in Berlin als Altgeselle tätig, übte er gleichzeitig die Funktion eines Vorsitzenden des Verbands der Deutschen Schmiede aus, der am 21. und 22. Mai 1877 in Leipzig gegründet wurde und seinen Sitz in Berlin nahm. Seit dem 1. August 1876 redigierte er das Organ des Verbands „Der Amboss“.¹² Wie viele Sozialdemokraten war auch Basner auf Grund des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes Verfolgungen ausgesetzt. So wurde er am 26. Juli

⁸ Siehe ebd., S. 234.

⁹ Handbuch des Vereins Arbeiterpresse. Hrsg. vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, 3 (1914). Neue Folge des Vereins für Partei- und Gewerkschafts-Angestellte, Berlin 1914, S. 255.

¹⁰ Siehe Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, Nr. 48, 24.02.1910. Siehe *Dietrich*, Aufzeichnungen.

¹¹ Zitiert nach *Dietrich*, Aufzeichnungen.

¹² Siehe Mitteilungs-Blatt der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung, Nr. 48, 24.02.1910; Fünfundsiebzig Jahre Industriegewerkschaft 1891 – 1996. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild, Frankfurt/M. 1966, S. 76.

1883 aus Hamburg und Umgebung ausgewiesen.¹³

In der Zeit des Sozialistengesetzes – es wurde 1890 zu Fall gebracht – legte Basner den Grundstock für seine sich in der Folgezeit immer mehr erweiternde Sammlung. Dazu nutzte er konsequent alle Möglichkeiten, die sich ihm im Rahmen seiner Funktionärstätigkeit boten. Er tauschte auch Schriftgut mit anderen sozialdemokratischen Sammlern wie mit Max Stein, den er zur Erarbeitung eines Katalogs angeregt hat.¹⁴

Basner war auch weiterhin in der Schmiedebewegung führend tätig, so als Geschäftsführer des in Hannover ansässigen Zentralverbands aller in der Schmiede beschäftigten Personen (von 1884 bis 1887), als Vorsitzender des Zentral-Kranken-Unterstützungswesens der Schmiede (ab 1901) oder als Mitglied der Beschwerdekommision des Zentralverbands der Schmiede, Ortsverwaltung Berlin (ab 1911).¹⁵ Regelmäßig nahm er an den Generalversammlungen dieses Zentralverbands teil, so vom 13. bis 19. Mai 1906 in Berlin, vom 22. bis 28. Mai 1910 in München und vom 2. bis 8. Juni 1912 in Düsseldorf.¹⁶ Darüber hinaus war er Teilnehmer des Außerordentlichen Kongresses der Gewerk-

¹³ *Hanspeter Thümmler*; Sozialistengesetz § 28. Ausweisungen und Ausgewiesen, 1878–1890, Berlin 1979, S. 65.

¹⁴ Siehe Landesarchiv Berlin, A Rep. 021-03, Nr. 106; *Sigrid Kleinschmidt*, Max Stein, in: *Günter Benser/Michael Schneider* (Hrsg.), „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, Bonn 2009, S. 325.

¹⁵ Zu den vorangegangenen biographischen Daten siehe Handbuch des Vereins der Arbeiterpresse, 3 (1914), N.F., S. 255 sowie den „Vorwärts“ vom 24.02.1911.

¹⁶ Siehe Protokoll der zehnten ordentlichen Generalversammlung des Zentralverbandes aller in der Schmiede beschäftigten Personen. Abgehalten vom 13.–19. Mai 1906 im Gewerkschaftshaus zu Berlin, Hamburg o. J., S. 69; Protokoll der elften ordentlichen Generalversammlung aller in der Schmiede beschäftigten Personen. Abgehalten vom 17.–23. Mai 1918 im „Volkshause“ in Dresden, Hamburg o. J. S. 45; Protokoll der zwölften ordentlichen Generalversammlung aller in der Schmiede beschäftigten Personen. Abgehalten vom 22.–28. Mai 1910 im Münchener Gesellschaftshaus zur Lacke, Hamburg 1910, S. 41; Protokoll der dreizehnten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung alle in der Schmiede beschäftigten Personen. Abgehalten vom 2.–8. Juni 1912 im Volkshaus in Düsseldorf, Hamburg 1912, S. 45.

schaften Deutschlands am 25. und 26. April 1910 in Berlin¹⁷ und Verbandsdelegierter an zwei Kongressen der Sozialistischen Internationale vom 18. bis 24. August 1907 in Stuttgart und vom 28. August bis 3. September 1910 in Kopenhagen.¹⁸ Auch zu den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1901 in Lübeck, 1902 in München und 1908 in Nürnberg wurde er von den Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis delegiert.¹⁹ Wiederholt weilte er in England, Frankreich, Österreich und in der Schweiz, um Kontakte zu Sozialisten zu knüpfen, so zu Karl Marx, Friedrich Engels und Jean Jaurès.²⁰

Trotz seines sehr umfangreichen Arbeitspensums fand Emil Basner noch Zeit, sich intensiv mit der Geschichte seiner eigenen Verbandsbewegung zu befassen. Diese Beschäftigung – verbunden mit seiner Redaktionstätigkeit für das Verbandsorgan – kulminierte in zwei von ihm bearbeiteten Bänden, die 1912 in Hamburg im Verlag des Zentralverbands aller in der Schmiederei beschäftigten Personen erschienen: Geschichte der deutschen Schmiedebewegung. Erster Band: Darstellung der Gebräuche und Gewohnheiten aus der Zunftzeit. Vorgeschichte und Geschichte der Schmiedeorganisationen von ihren Anfängen bis zum Fall des Sozialistengesetzes. Nebst einem Anhang: Urkunden und Abbildungen aus dem Zunft- und Innungsleben. Bearbeitet von Emil Basner, Berlin; Zweiter Band: Darstellung der Entwicklung der Orga-

¹⁷ Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Berlin am 25. und 26. April 1910, Berlin 1910, S. 13.

¹⁸ Siehe Internationaler Sozialisten-Kongress zu Stuttgart. 18.–24. August 1907, Stuttgart 1907, S. 124; Internationaler Sozialisten-Kongress zu Kopenhagen vom 28. August–3. September 1910, Berlin 1910, S. 125.

¹⁹ Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Lübeck vom 22.–28. September 1901, Berlin 1901, S. 312; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu München vom 14.–20. September 1902, Berlin 1902, S. 283; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei. Abgehalten in Nürnberg vom 13.–19. September 1908 sowie Bericht über die 5. Frauenkonferenz am 11. und 12. September 1908 in Nürnberg, Berlin 1908, S. 553.

²⁰ Siehe *Dietrich*, Aufzeichnungen.

nisation der Schmiede vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Übertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband. Nebst einem Anhang: Die Organisation der Schmiede auf den Werften und die Werftbewegungen. Bearbeitet von Emil Basner, Berlin.

Der Autor wurde von seiner Adoptivtochter sowohl bei der Arbeit an diesem Zweibänder als auch bei der Vervollständigung seiner Sammlung durch das Zusammentragen und Archivieren von Material, die Fertigung der Erstschrift nach Basners Diktat sowie durch fortlaufende Katalogisierungsarbeiten nachhaltig unterstützt.²¹ Es ist davon auszugehen, dass auch ihre Übernahme der Basnerschen Korrespondenz das Gedeihen der Bibliothek beförderte. Nach dem Tod ihres Adoptivvaters ergänzte Gertrud Dietrich kurzzeitig dessen Sammlung, bevor sie dann verkauft wurde. Ihr Adoptivvater – so schrieb sie rückblickend – sei für sie stets „ein gutes Vorbild um den Kampf für den Sozialismus“²² gewesen.

Es zeichnete Emil Basner aus, dass er die praktische Politik nie aus den Augen verloren hat. Dies wurde auch in seinen beiden letzten Lebensjahrzehnten deutlich, als sich sein Hauptwirkungsfeld in die Hauptstadt des deutschen Kaiserreichs verlagerte. So war er seit dem 1. April 1899 Mitglied des Kuratoriums der offiziellen Lesehalle und Volksbibliothek (Heimannsche Bibliothek) in der Berliner Alexandrinenstraße. Zwei Jahre später wurde er Vorsitzender des Zentral-Kranken-Unterstützungswesens der Schmiede.²³ Seit dem 2. Januar 1902 bis zu seinem Tod gehörte er ununterbrochen der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung an. Er war in mehreren Ausschüssen und Kuratorien tätig, zum Beispiel im Ausschuss zur Begutachtung von Vorlagen wegen Anstellung und Pensionen von besoldeten Gemeindebeamten und Lehrern im Kuratorium der Heimann-Briller-Stiftung, in der Gewerbe-Deputation und der Grundeigentums-Deputation sowie im Ausschuss der Stadtverordneten und Gemeindevertreter Groß-Berlins (ab 1908), deren Mitglieder ihn dann

²¹ Siehe *D. Dietrich*, Aufzeichnungen und *G. Dietrich*, Lebenslauf.

²² Zitiert nach *Dietrich*, Lebenslauf.

²³ Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 3 (1914), N.F., S. 255.

jedes Mal zum Obmann wählten.²⁴ Regelmäßig suchte Basner Kontakt zu seinen Wählern, setzte sich für deren Belange ein. Auch dem Aktionsausschuss des Groß-Berliner Verbands der sozialdemokratischen Wahlkreisverbände gehörte er an.²⁵ Letztmalig, am 25. Juni 1916, wählte ihn dessen Generalversammlung – an ihr nahm auch Rosa Luxemburg teil – in dieses Gremium, das mit dem 1. und 2. Vorsitzenden sowie dem Kassierer einen Zentralvorstand bildete, dem nunmehr vorwiegend oppositionelle Kräfte angehörten.²⁶ Zu Basners Freunden in der deutschen Sozialdemokratie gehörten Hugo Heimann, Paul Singer und Walter Hasenclever.²⁷ Von seiner Sammlung konnte auch August Bebel profitieren, als er an die Erarbeitung seiner Memoiren ging.²⁸ Erwähnt sei auch Basners Verwaltung der Wohnhausgruppe in der Berliner Prinzenallee 46a-h, den sogenannten Roten Häusern. Der verdienstvolle Mäzen der Berliner Arbeiterbewegung Hugo Heimann²⁹ (1900–1932 Mitglied, 1911–1925 Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung) hatte das Wohnensemble für diejenigen Sozialdemokraten, die sich für ein Abgeordnetenmandat bewarben und dazu Hauseigentum vorweisen mussten, aus eigenen Mitteln errichten lassen. Erste Hausbesitzer waren unter anderen – neben Basner – auch Karl Liebknecht und Paul Singer.³⁰ In seinen letzten Lebensjahren arbeitete Basner als Angestellter einer Berliner Hilfskasse.³¹ Als er am 8. Februar 1918 starb, gaben

²⁴ Ebd.; Stadtverordnetenverzeichnis zu Berlin 1914, Berlin o.J., S. 7, 60, 64, 68, 79, 85, 89.

²⁵ Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, Nr. 10, 13.10.1909, S. 11; ebd., Nr. 16, 13.04.1910, S. 14 f.; ebd., Nr. 10, 12.04.1911, S. 14f.; ebd., Nr. 3., 11.09.1912, S. 15; ebd., Nr. 7, 08.10.1913, S. 10f.; ebd., Nr. 4, 08.07.1914, S. 19f.; ebd., Nr. 14.04.1915, S. 9; ebd., Nr. 4, 12.07.1916, S. 7f.

²⁶ Siehe *Annelies Laschitzka*, Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, 2. Aufl., Berlin 1996, S. 529f.

²⁷ Siehe *Dietrich*, Aufzeichnungen.

²⁸ Siehe Jahresbericht der Unterstützungsvereinigung über das Jahr 1918, in: Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse, Nr. 182, 24.02.1918.

²⁹ Siehe *Richard Sperl*, Hugo Heimann, in: *Günter Benser/Michael Schneider* (Hrsg.), „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“, S. 108–116.

³⁰ Siehe *Dietrich*, Lebenslauf.

³¹ Siehe Mitteilungs-Blatt des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins

ihm zahlreiche Berliner bei der Trauerfeier auf dem Friedhof in der Pappelallee das letzte Geleit.³²

Es ist angezeigt, abschließend noch etwas näher auf die von Emil Basner hinterlassene Sammlung beziehungsweise auf deren noch erhaltenen Teil einzugehen. Die ursprüngliche Bibliothek begann mit frühsozialistischen Schriften des Vormärz (ab 1845/46) – so zum Beispiel von Karl Marx, Friedrich Engels, Wilhelm Weitling, Georg Weerth und Moses Hess – und mit schriftlichen frühanarchistischen Zeugnissen (unter anderen von Michail Bakunin und Max Stirner). Die 1848er Periode wurde eingeleitet mit dem Erstdruck des „Kommunistischen Manifests“, das 1848 in London erschienen war. Nicht wenige Titel hat Basner über den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) gesammelt. Hierbei sind vor allem Erstdrucke und Originalbriefe von Ferdinand Lassalle zu erwähnen. Die meisten Schriften hatte er jedoch von August Bebel und Wilhelm Liebknecht zusammengetragen (80 beziehungsweise 35). Auch wichtige Schriften von Karl Marx, Friedrich Engels, Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg fanden in seiner Sammlung starke Beachtung. Darüber hinaus sammelte Basner sämtliche Protokollbände der sozialdemokratischen Parteitage im Sammlungszeitraum (beginnend mit dem Eisenacher Parteitag 1869 und dem Vereinigungsparteitag in Gotha 1875), der Gewerkschaftskongresse im nationalen und internationalen Rahmen, alle sozialdemokratischen Zeitungen, Zeitschriften und Periodika (genannt seien hier aus Platzgründen nur der „Vorwärts“, die in der Zeit des Sozialistengesetzes in Zürich erschienene Zeitschrift „Der Sozialdemokrat“ und die Reihe „Sozialdemokratische Bibliothek“) – im Grunde genommen alle Veröffentlichungen und Druckerzeugnisse der Sozialdemokratie –, viele anarchistische Zeitschriften (wie „Der Anarchist“ und „Die Anarchie“), ebenso eine ganze Reihe Bücher, Broschüren und Agitationsdrucke der anderen Richtungen und Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung zu politischen, historischen und ökonomischen Themen

und Umgebung, Nr. 48, 24.02.1918 und Jahresbericht der Unterstützungsvereinigung über das Jahr 1918, in: Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse, Nr. 182, Berlin 1914, Berlin o.J., S. 7, 60, 64, 68, 79, 85, 89.

³² Siehe *Dietrich*, Lebenslauf.

sowie auch literarische Schriften mit sozialem Inhalt und teilweise satirischem Charakter.³³

Der nunmehr verbliebene Teil der Basnerschen Sammlung enthält wichtige Literatur zur Geschichte der Arbeiterbewegung von ihrer Herausbildung Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, darunter nicht wenige Erstausgaben. Der eindeutige Schwerpunkt liegt auf der sozialistischen Literatur des 19. Jahrhunderts, einen weiteren Schwerpunkt bilden anarchistische Schriften. Unter den zahlreich erhalten gebliebenen Periodika befinden sich solche Zeitschriften wie „Der Volksstaat“ (Leipzig, 1869–1876), „Vorwärts“ (Leipzig 1876–1978), „The Communist“ (1892–1879), „Der Anarchist“ (1903–1910) und „Die Anarchie“.³⁴

³³ Siehe ebd.; Landesarchiv Berlin, A Rep. 021-03, Nr. 108, ohne Blattzahl; Mitteilungs-Blatt des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, 24.02.1918.

³⁴ Siehe Handbuch der Bibliotheksbestände in Deutschland, Bd. 14, T. 1, S. 23; www.losart.de/WEBS/EN/Datenbank/Sammlung/Verlust [zuletzt besucht: 08.06.2017].

Günter Benser

Friedrich P. Kahlenberg (1935 – 2014)

Friedrich Peter Kahlenbergs bleibende Verdienste um den Erhalt und die Erschließung der schriftlichen Überlieferung der deutschen Arbeiterbewegung erwarb er gewissermaßen von Amts wegen, wenn auch nicht minder persönlich engagiert. Um das Ausmaß und die Brisanz der Aufgaben zu verdeutlichen, mit denen Kahlenberg als Präsident des Bundesarchivs in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in diesem Zusammenhang konfrontiert war, müssen Umfeld und Handlungsspielräume etwas stärker ausgeleuchtet werden, als das in dieser Sammlung ansonsten üblich und nötig ist. Demgegenüber soll hier nicht oder eher am Rande die Lebensleistung dieses Mannes im Ganzen gewürdigt werden, sondern vor allem sein Einsatz für die Sicherung der in Institutionen der DDR zusammengetragenen reichen Archiv- und Bibliotheksfonds der Arbeiterbewegung wie auch sein Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Die strittige Frage, inwieweit die machtausübende SED und die von ihr als „Transmissionen“ eingestuftes Gewerkschaften Anspruch erheben durften, Teil der Arbeiterbewegung zu sein, kann und soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden.¹ In den bedeutendsten der betroffenen Archive und Bibliotheken, vor allem im Zentralen Parteiarchiv der SED (ZPA) und im Archiv des FDGB befanden sich neben abgeführten Akten der Führungsorgane von Partei und Gewerkschaft der DDR bis in die Frühzeit der Arbeiterbewegung zurückreichende Dokumente, Nachlässe und Publikationen. Festzuhalten ist, dass es unverantwortlich gewesen wäre, den genetischen Zusammenhang dieser Bestände zu zerstören und das Provenienzprinzip preiszugeben. Als der Präsident des Bundesarchivs mit dieser Problematik konfrontiert wurde, erkannte er frühzeitig, dass eine sachkundige, archivgerechte Entscheidung der anstehenden Fragen im Einklang mit den gesetzlichen Grundlagen des bundesdeutschen Archivwesens angesagt war.

¹ Siehe hierzu *Günter Benser*; DDR und Arbeiterbewegung. Kolloquium anlässlich des 70. Geburtstages von Günter Benser, Berlin 2001.

Doch zunächst einige Bemerkungen zu Friedrich P. Kahlenbergs Lebensleistung. Er wurde am 29. Oktober 1935 in Mainz als Sohn eines selbständigen Handwerksmeisters (Elektroinstallateur) geboren. Sein zur Wehrmacht eingezogener Vater wurde als an der Ostfront vermisst gemeldet und kehrte nicht aus dem Krieg zurück. Kahlenberg besuchte in Wiesbaden das Gymnasium, wo er das Abitur erwarb. Schon als Schüler war er gesellschaftlich aktiv, hat sich jedoch nie parteipolitisch gebunden. Er wurde Vorsitzender der Schülermitverwaltung, wirkte an der Schülerzeitschrift „Die Lupe“ und im Stadtschülerring mit. In den Ferien verdiente er sich etwas Geld in heimischen Industriebetrieben, was ihn zugleich die Lebenswelt der körperlich arbeitenden Menschen nahebrachte. Später war er als Hilfskraft in der Verlagsbuchhaltung Ferdinand Schöningh in Mainz tätig, wo er auch Stadtführungen übernahm.²

Es war also kein protegierter Gymnasiast aus wohlhabendem Elternhaus, sondern ein bodenständiger, lebensverbundener Zweiundzwanzigjähriger, der sich an der Universität seiner Heimatstadt Mainz immatrikulieren ließ und von 1957 bis 1962 Geschichte, Philosophie, Germanistik, Evangelische Theologie studierte und das Staatsexamen ablegte. 1963 promovierte er mit einer Arbeit über die kurmainzische Militärpolitik im 17. und 18. Jahrhundert. Er ergänzte sein Universitätsstudium durch den Besuch der Archivschule Marburg. Als Mitarbeiter des Bundesarchivs erwarb er sich Verdienste um den Aufbau des 1971 neugeschaffenen Zwischenarchivs in St. Augustin-Hangelar zur Aufnahme ministeriellen Schriftguts oberster Bundesbehörden und des Filmarchivs in Koblenz-Ehrenbreitstein. Er leitete verschiedene Abteilungen des Bundesarchivs. 1970 erfolgte seine Habilitation, und er übernahm Lehraufträge im In- und Ausland. Kahlenberg stellte seine Zuverlässigkeit und seine Befähigungen auf vielen Feldern unter Beweis, nicht zuletzt auch mit seiner Hinwendung zu den für das klassische Archivwesen neuen Medien, damals vor allem Film, Hörfunk und Fernsehen. Beeindruckend ist seine Publikationstätigkeit als Autor

² Die Angaben zu Kindheit und Jugend verdanke ich Auskünften von Frau Ursula Kahlenberg. Brief an den Autor vom 28. September 2014.

oder auch als Herausgeber.³ Thematisch betraf dies keineswegs nur Akteneditionen und Archivwissenschaft. Nie erlahmte sein Interesse an der Geschichte seiner Heimatregion. An seinem Wohnsitz, in der Schönecker Mühle im Tal vom Hunsrück zur Mosel, war er im ländlichen Alltag wie in Festtage eingebunden.⁴

Intensiv widmete sich Kahlenberg der von Bundespräsident Gustav Heinemann angeregten „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ im Schloss zu Rastatt⁵, in deren Zentrum die eng mit der Arbeiterbewegung verbundenen Ereignisse der Revolution von 1848/1849 stehen. Friedrich Engels darf sich bestätigt sehen. Er hatte schon 1850 die Erwartung ausgesprochen, dass das deutsche Volk die Revolutionäre, die in „Rastatt gestorben wie die Helden“ und die „Füsilladen und die Kasematten von Rastatt nicht vergessen“ wird, auch nicht „die großen Herren [...], die diese Infamien befohlen haben“.⁶ In der Person Eduard Davids hat sich Kahlenberg auch explizit mit einem führenden Vertreter der deutschen Sozialdemokratie befasst.⁷ Nicht sonderlich rasch, doch früher als andere Institutionen der BRD hat sich der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. auf seinem Archivtag 2005 der NS-Vergangenheit gestellt. Auch hier war Kahlenberg involviert⁸, der in einer seiner frühen Schriften die Auswirkungen der faschistischen Diktatur auf das Archivwesen und

³ Eine bis zum Jahre 2000 reichende Auswahlbibliographie weist neun selbstständige Schriften, 56 Beiträge in Zeitschriften und Sammelwerken sowie 15 von ihm herausgegebene Publikationen aus. Siehe *Klaus Oldenhage/Hermann Schreyer/Wolfram Werner* (Hrsg.), *Archiv und Geschichte. Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg*, Düsseldorf 2000, S. 973–976.

⁴ Siehe *Franz-Josef Heyen*, Friedrich P. Kahlenberg: „Immer wache Neugier“, in: *Archiv und Geschichte*, S. 970.

⁵ Siehe Kahlenbergs Einführung in: *Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Neueröffnung der ständigen Ausstellung am 26. Juni 1999 im Schloß zu Rastatt*, Koblenz 1999.

⁶ *Friedrich Engels*, Die deutsche Reichsverfassungskampagne, in: *Marx/Engels Werke*, Bd. 7, S. 197.

⁷ Die Berichte Eduard Davids als Reichsvertreter in Hessen 1921–1927. Bearb. von Friedrich P. Kahlenberg, Wiesbaden 1970.

⁸ Siehe *Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus*. 75. Deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart, Essen 2007.

die personellen Kontinuitäten in der BRD noch weitgehend ausgespart hatte.⁹ Bezeichnend auch, wie er mit der Autorität des Präsidenten des Bundesarchivs Zweifel an der Echtheit von Fotos widerlegte, mit denen die Verbrechen der deutschen Wehrmacht bezeugt wurden.¹⁰ Als Mitglied jener Kommission, die mit ihrem objektiven Urteil wesentlich zur Erhaltung der umstrittenen „Wehrmachtsausstellung“ beitrug, bestätigte er seine antimilitaristische Einstellung.¹¹

Seine fachliche Kompetenz prädestinierte Kahlenberg für die Übernahme wichtiger über das Archivwesen im engeren Sinne hinausgreifender Funktionen – so als Vorsitzender des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, als Mitglied der Deutsch-Russischen Historikerkommission und der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien. 1989 wurde er als Nachfolger von Hans Booms zum Präsidenten des Bundesarchivs berufen. Sein Weggefährte Franz-Josef Heyen verglich Kahlenbergs Werk mit einem „dicken bunten Strauß voller Leben. Das ist nicht nur hohes intellektuelles fesselndes Wissen, Erfahrung, Begabung, das ist auch und vor allem Ästhetik, Spiel, Genuß voller Neugier und Phantasie.“¹²

Es sollte sich als Glücksfall erweisen, dass in den Jahren neuer, ungeahnter Herausforderungen an das Bundesarchiv, Friedrich P. Kahlenberg dessen Präsident war. Er selbst urteilte später in einem Brief an den Autor dieser biographischen Skizze, „im Rückblick auf meine vor gut zehn Jahren begonnene Zeit in der Funktion des Präsidenten des Bundesarchivs stehen die Erfahrungen im Einigungsprozess als wichtigste obenan.“¹³ Und damit sind wir an dem Lebensabschnitt angelangt, der Kahlenbergs Aufnahme in eine Sammlung von Biographien

⁹ Siehe *Friedrich P. Kahlenberg*, *Deutsche Archive in West und Ost. Zur Entwicklung des staatlichen Archivwesens seit 1945*, Düsseldorf 1972.

¹⁰ Siehe *Die ZEIT* vom 27. November 1996.

¹¹ Siehe *Omer Bartov/Cornelia Brink/Gerhard Hirschfeld/Friedrich P. Kahlenberg/Manfred Messerschmidt/Reinhard Rürup/Christian Streit/Hans-Ulrich Thamer*, *Bericht der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“*, November 2000.

¹² *Heyen*, *Friedrich P. Kahlenberg*, S. 971.

¹³ Brief an Günter Benser vom 24. November 1999, Archiv des Autors.

der „Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung“ rechtfertigt.

Vor allem in der aufgeheizten Situation der DDR des Jahres 1990, aber auch im neuvereinten Deutschland drohten den Überlieferungen der Arbeiterbewegung – besonders den im Zentralen Parteiarchiv der SED konzentrierten – mannigfaltige Gefahren.¹⁴ Dieses Archiv war dem Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (IML) zugeordnet, aus dem zur Jahreswende 1989/1990 das sich von politisch-ideologischer Bevormundung befreiende Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) hervorging.¹⁵ Weder ließen sich eine Besetzung dieses Archivs analog dem Sturm auf den zentralen Dienstsitz des Ministeriums für Staatssicherheit in der Normannenstraße ausschließen, noch unabsehbare Folgen staatlicher Eingriffe. Eine zu unsachgemäßen Umgang mit den Beständen führende Enteignung hätte zudem mit Sicherheit zu Rückgabeforderungen zahlreicher Einleger geführt. Völlig ungeklärt war, wie auf Dauer Archiv und die mit ihm verbundene Bibliothek finanziell und personell abzusichern seien. So versuchte das IfGA schon frühzeitig, seine Kontakte zu nutzen, um auf solche Gefährdungen aufmerksam zu machen. Der Leiter des ZPA Heinz Voßke besuchte auch den Präsidenten des Bundesarchivs Friedrich P. Kahlenberg, um ihm die sich abzeichnenden Gefahren zu signalisieren. Er fand hier viel Verständnis, denn Kahlenberg hatte selbst bereits erkannt, dass Handlungsbedarf bestand.

Mit dem Anschluss der wiedergebildeten ostdeutschen Länder an die Bundesrepublik erwuchs dem Bundesarchiv eine Riesenfülle neuer Aufgaben, auf die es nicht vorbereitet war und nicht vorbereitet sein konnte. Es ging um nicht mehr und nicht weniger als um den Erhalt der

¹⁴ Dies ist ausführlich beschrieben und mit Dokumenten belegt in: *Inge Pardon*, Das Zentrale Parteiarchiv unter veränderten politischen Rahmenbedingungen (1990–1992). Zur Sicherung und Bewahrung seiner Bestände. Abschlussarbeit im Postgradualen Studium Archivwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1992; Siehe auch *Günter Benser*, Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR?, Berlin 2008.

¹⁵ Siehe *Günter Benser*, Aus per Treuhand-Bescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2013.

reichen archivalischen Überlieferungen der DDR und um die Zusammenführung der staatlichen Archivbestände aus West und Ost. Insoweit es sich um die einst zusammengehörenden, durch Kriegsauslagerungen und andere Umstände getrennten historischen Fonds handelte, war dies eine strukturell-organisatorisch anspruchsvolle, aufwendige, doch vergleichsweise einfach lösbare Aufgabe. Aber darüber hinaus waren entsprechend des jeweiligen Staatsverständnisses in speziellen Strukturen massenhaft Überlieferungen entstanden, die nicht passfähig waren, die unter Beachtung ihrer Entstehungsbedingungen und inneren Strukturen integriert werden mussten.

Noch schwieriger gestaltete sich die Frage, wie mit dem Schriftgut der tragenden politischen und gesellschaftlichen Organisationen der DDR, besonders der die staatlichen Entscheidungen und Leitungstätigkeiten dirigierenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands umzugehen sei, in deren Politbüro und bei deren Generalsekretär beziehungsweise Ersten Sekretär die Machtausübung konzentriert war. Es ist nachvollziehbar, wenn der Gedanke aufkam, angesichts der Rolle der SED im Staatswesen der DDR seien deren Akten als staatliches Schriftgut zu behandeln. Sachgerecht und mit der Gesetzeslage, mit dem erst 1988 erlassenen Bundesarchivgesetz¹⁶, vereinbar war dies indes nicht. Realitätsfern war auch die Vorstellung, es ließen sich Überlieferungen der SED zur Innen- und Außenpolitik einerseits und Organisationspolitik (etwa Mitgliederentwicklung, Parteischulung und Ähnliches) voneinander trennen. Und wie bereits erwähnt, reichte der Bestand des Zentralen Parteiarchivs der SED weit in die Geschichte bis in den Vormärz zurück, umfasste wertvolle Überlieferungen der deutschen Sozialdemokratie, das Historische Archiv der KPD, oft unter Lebensgefahr aufbewahrte Zeugnisse des antifaschistischen Widerstandes, zahlreiche hier deponierte Nachlässe oder Erinnerungen bedeutender Persönlichkeiten, ein imposantes Bildarchiv, Sachzeugen unterschiedlichster Art, um nur die wichtigsten Bestände anzudeuten.¹⁷ Nicht zu vergessen die

¹⁶ Siehe Bundesgesetzblatt, Jg. 1988, I.

¹⁷ Eine konzentrierte zeitgenössische Auflistung der Bestände enthält die Schrift: Der Verbund Archiv, Bibliothek, Technische Werkstätten beim Parteivorstand der PDS, Berlin, September 1992.

das Archiv ergänzende, von Jürgen Stroech umsichtig geleitete Bibliothek, eine der größten sozialgeschichtlichen Bibliotheken im deutschsprachigen Raum mit wertvollen Unikaten, umfangreichen Sammlungen von Zeitungen und Zeitschriften und einer Fülle sonst nirgendwo existierender grauer Literatur.¹⁸

Obwohl ein behutsamer, sachkompetenter Umgang mit diesen Beständen angeraten war, hinderte dies Politiker in der neugewählten Volkskammer und nach dem 3. Oktober 1990 im Deutschen Bundestag nicht, mit Enteignungsforderungen vorzupreschen. Da bedurfte es dringend der Besonnenheit eines Friedrich P. Kahlenberg. Als er am 20. Februar 1991 im Innenausschuss des Deutschen Bundestags vom innenpolitischen Sprecher und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Johannes Gerster, mit der vorwurfsvollen Frage konfrontiert wurde, warum er nicht Sorge getragen habe, das Parteiarchiv der SED und die Unterlagen des Zentralkomitees im Bundesarchiv zu sichern, antwortete er, „weil der Gesetzgeber mir dafür keine gesetzliche Grundlage gegeben“ hat.¹⁹

Es bedurfte eben einer Änderung des Bundesarchivgesetzes, die dann Anfang 1992 vom Bundestag beschlossen und nach Zustimmung des Bundesrates am 13. März 1992 in Kraft trat.²⁰ Hier war die Handschrift des Bundesarchivs und seines Präsidenten deutlich zu erkennen. Dieser hat später drei für eine erfolgversprechende Lösung entscheidende Essentials wie folgt festgehalten. „Das Parteiarchiv und die Bibliothek der SED werden in Berlin verbleiben, eine Aufteilung der Bestände kommt keineswegs in Betracht, die Benutzung wird keine Unterbrechung erfahren.“²¹ So konnten die zwei Jahre währenden Auseinander-

¹⁸ Zur Geschichte dieser Bibliothek haben ehemalige Mitarbeiter instruktive Beiträge verfasst, die im Internet eingesehen werden können – www.fabgab.de [zuletzt besucht: 08.06.2017]. Siehe auch die Vorstellung dieser Internetpräsentation in: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 46, Berlin 2014. [im weiteren MFK].

¹⁹ *Friedrich P. Kahlenberg*, Ut omnes unum sint. Zur Erinnerung an die Gründung von SAPMO, in: Fünfzehn Jahre Förderkreis. MFK, Sonderheft, Berlin 2006, S. 14.

²⁰ Bundesgesetzblatt I, Jg. 1992, S. 506.

²¹ *Friedrich P. Kahlenberg*, Zur Gründungsgeschichte der unselbständigen Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv. Eine persönliche Erinnerung, in: *Johannes Sassenbach*, Ehrung in Berlin anlässlich

setzungen um die Zukunft der in der DDR aufbewahrten Überlieferungen der Arbeiterbewegung einer sachgemäßen Entscheidung zugeführt und deren Finanzierung gesichert werden.

Um dies entsprechend zu würdigen, sei daran erinnert, dass damals mehrere denkbare Varianten zur Lösung der hervortretenden Probleme existierten.

Dass sich eine per Ukas verordnete Beschlagnahme und Verstaatlichung des ZPA, das seiner juristischen Stellung nach kein staatliches, sondern ein privates Archiv war, mit rechtsstaatlichen Prinzipien schwerlich vereinbaren ließ, ist schon erwähnt worden. Außerdem war damit nicht die Frage beantwortet, wie mit den Archiven der anderen Parteien der DDR, der Massenorganisationen und weiterer Verbände verfahren werden sollte.

Bei einer deutschen Vereinigung, die diesen Namen verdient, wäre es denkbar gewesen, der Nachfolgepartei der SED, der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), eine den anderen Bundestagsparteien vergleichbare, aus dem Staatshaushalt subventionierte parteinahe Stiftung zuzubilligen, die auch als Heimstatt eines entsprechenden Archivs und einer Bibliothek dient, wie dies in der BRD üblich war und ist. Damit durfte ernstlich nicht gerechnet werden. Zwar existierte in Gestalt der Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung, der Vorläuferin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, eine solche Einrichtung, aber es brauchte fast zwei Jahrzehnte, bis diese Stiftung finanziell einigermaßen mit den anderen Stiftungen gleichziehen konnte, natürlich in Relation zu den Wahlergebnissen. Zunächst hingegen wurde die über das ZPA und die Bibliothek noch verfügende PDS als Auslaufmodell behandelt und via Treuhandanstalt, Direktorat Sondervermögen, nichts versäumt, um die Hoffnung nicht zur Wirklichkeit werden zu lassen.²²

So blieben zwei konkurrierende Projekte. Das erste erwuchs aus dem Bemühen der Verantwortlichen für das ZPA, gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Anlehnung an skandinavische Erfahrungen einen

seines 140. Geburtstages, Berlin 2006, S. 22.

²² Siehe Chronik der PDS 1989–1997, Berlin 1998.

gemeinnützigen paritätischen Trägerverein ins Leben zu rufen, in den die PDS ihre Bestände einbringt. Schließlich handelte es sich auch um bedeutsame Überlieferungen der einst in der Sozialdemokratie vereinten Arbeiterbewegung. Dieses Projekt war weit gediehen, eine nahezu unterschriftsreife Satzung und der Entwurf eines Einbringungsvertrags lagen vor.²³ Es hatte sich der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung gebildet, dem namhafte Archivare, Bibliothekare und Historiker aus dem In- und Ausland angehörten, die diese Bemühungen nachdrücklich unterstützten.²⁴ Da zog sich die Friedrich-Ebert-Stiftung für alle Förderer dieses Projektes überraschend zurück.²⁵

Als Ausweg zeichnete sich schließlich eine Konstruktion im Rahmen des Bundesarchivs ab, welche die Eigenheiten der Archive der Parteien und Organisationen der DDR respektierte und den spezifischen Belangen der Forschung und der Medien Rechnung trug, indem nicht die für das Bundesarchiv üblichen Sperrfristen verhängt wurden. Schien so manchem schon ein Arrangement mit der Friedrich-Ebert-Stiftung als unzumutbar, wenn nicht als Verrat, so kam ein Aufgehen in einer staatlichen Institution der BRD, also auch im Bundesarchiv, gleich gar nicht in Frage. Dass dennoch solch eine nicht von Anfang an mehrheitsfähige Lösung – auch der Autor dieses Beitrags gehörte zunächst zu den Verweigerern – am Ende überwiegend Anerkennung fand und alles in allem ein Erfolgsmodell wurde, ist nicht zuletzt das Verdienst von Friedrich P. Kahlenberg. Welche Missverständnisse und Verdächtigungen dabei auszuräumen waren, hat er in einem Erinnerungsbericht festgehalten.²⁶

²³ Siehe *Pardon*, Das Zentrale Parteiarchiv; *Benser*, Was geschah.

²⁴ Siehe *Henryk Skrzypczak*, Zur Vorgeschichte des Förderkreises, in: Festschrift 20 Jahre Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1991–2011, Berlin 2011; *Klaus Höpcke*, Über Gelungenes und Missetaten. Und über deren Urheber. Eine Zwischenbilanz nach den ersten zehn Vereinsjahren, gezogen am 5. Mai 2001, in: ebenda; *Günter Benser*, 15 Jahre Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V., in: Fünfzehn Jahre Förderkreis. MFK, Sonderheft, Berlin 2006.

²⁵ Siehe *Benser*, Was geschah, S. 26.

²⁶ *Kahlenberg*, Ut omnes unum sint.

So entstand die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) als unselbständige Stiftung. Nicht nur Akten und Bücher, Bild- und Tonträger, sondern auch kompetente Fachleute aus der DDR fanden ihren Platz in dieser Stiftung. Nicht dass Kahlenberg der Alleinmacher gewesen wäre. Wichtige Vorarbeiten leistete die von seinem Stellvertreter Klaus Oldenhage geleitete Projektgruppe Archive, die bei der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesministerium des Innern eingerichtet wurde.²⁷ Entscheidende Weichenstellungen erfolgten im Bundesministerium des Innern, wo Gregor Gysi, Klaus Höpcke vom Parteivorstand der PDS, Inge Pardon als die neue Archivleiterin und der Gründungsvorsitzende des Förderkreises Henryk Skrzypczak mit Staatssekretär Franz Kroppenstedt, Ministerialdirektor Sieghardt von Köckritz und Regiergungsdirektorin Regine Buyl-Fromm verhandelten. Aber Kahlenberg war es, der bei der Unterzeichnung des Einbringungsvertrags, mit dem die PDS Archiv, Bibliothek und Technische Werkstätten der neu geschaffenen Stiftung anvertraute, die Bundesrepublik vertrat. Ihm oblag es, die vertraglich fixierten Arrangements zu vollstrecken und der SAPMO-BArch Leben einzuhauchen. Ihm wurde kommissarisch das Amt des Stiftungsdirektors übertragen, bis mit Dr. Konrad Reiser ein geeigneter, allseits akzeptierter Mann für diesen Posten gefunden war.

So wurde der Grundstein für eine Struktur gelegt, in der im Laufe der Zeit nahezu alle Parteien und wichtigen Organisationen der DDR ihre Archive und Bibliotheken einbrachten.²⁸ Doch Struktur ist das eine, wichtiger sind die Menschen, die von Kahlenberg im Geist kollegialer Zusammenarbeit inspiriert wurden. Bei seiner Verabschiedung erinnerte die Vorsitzende des Personalrats des Bundesarchivs, Waldtraud Käß, daran mit bewegenden Worten: „Meine Gedanken gehen die Jahre zurück zu den Mitarbeitern.

²⁷ Siehe *Klaus Oldenhage*, Die Gründung der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“, in: MFK, Nr. 31, März 2007.

²⁸ Es wurde nachträglich sanktioniert, dass die gemäß Bundesarchivgesetz zur SAPMO-BArch gehörenden Archive der CDU(Ost) und der LDPD von der Konrad-Adenauer-Stiftung beziehungsweise der Friedrich-Naumann-Stiftung vereinnahmt worden waren.

Ich weiß um die damals herrschende Existenzangst, wo man über Nacht zum Arbeitsplatzbesitzer oder Arbeitslosen werden konnte. Ich denke daran, wie die eigene Identität, die eigene Lebensleistung plötzlich wegbrach, wie viele Menschen unfähig waren, mit dem fremden gesellschaftlichen Umfeld rational umzugehen. Ihr Wirken in dieser Zeit war geprägt von einer großen Neugier auf die neuen Mitarbeiter und ihre Lebensumstände. Ihre tolerante und verständnisvolle Haltung hat uns allen Mut gemacht und Sicherheit gegeben. Sie hob sich wohltuend von auch herrschender Hysterie in dieser Zeit ab.²⁹ In diesem Geist vermochte es Kahlenberg, auch nach außen hin eine Vertrauensbasis zu schaffen. So kam es nur in geringen Ausnahmefällen dazu, dass Einleger ihre Deposita zurückforderten; hingegen erwählten in der Folgezeit viele der Arbeiterbewegung verbundene Personen die SAPMO-BArch zum geeigneten Ort für das Hinterlegen ihrer Nach- oder Vorlässe.

Dazu trug wesentlich die konstruktive Zusammenarbeit des Präsidenten des Bundesarchivs mit dem Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung bei. Es war für Kahlenberg nicht nur eine Selbstverständlichkeit den Vorsitzenden des Förderkreises zur Eröffnungsveranstaltung der SAPMO-BArch einzuladen, er hat sich wiederholt mit Vertretern des Förderkreises beraten, ist als Referent in diesem Verein aufgetreten und hat seine Wertschätzung zum Ausdruck gebracht. In dem bereits zitierten Brief erklärte er, dass „das enge Zusammenwirken des Förderkreises mit der SAPMO [...] zu deren ‚raison d’être‘“ gehöre. Dies charakterisiert seine generelles Interesse an der Arbeiterbewegung und sein Verantwortungsgefühl gegenüber deren Überlieferungen.

Mit Erreichen des Pensionsalters trat Friedrich P. Kahlenberg im Jahre 1999 in den Ruhestand. Er widmete sich weiterhin seinen historischen Studien und engagierte sich in der Erinnerungsstätte Rastatt. Er verstarb in der Nacht vom 15. zum 16. Juli 2014 nach langer schwerer Krankheit.

²⁹ Wechsel im Amt des Präsidenten des Bundesarchivs. Verabschiedung von Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, Koblenz, 8. November 1999. Amtseinführung von Prof. Dr. Hartmut Weber, Koblenz, 3. Februar 2000, Red. Gisela Müller, Koblenz 2001, S. 25.

Rüdiger Zimmermann

Werner Krause (1934–2014)

Werner Krause wurde am 17. Januar 1934 in Wanne-Eickel (heute ein Stadtteil von Herne) als Sohn des Bergmanns Josef Krause und seiner Frau Katharina geboren. Ab 1940 besuchte er die dortige Volksschule. Während des Weltkriegs wurde der Junge mit seiner Mutter evakuiert und setzte den Schulbesuch in Pommern und Ostpreußen fort. Sein Übergang aufs Gymnasium erfolgte in Trautenau (heute Trutnov) im Riesengebirge. Nach Kriegsende kehrten beide nach Wanne-Eickel zurück; auf dem Neusprachlichen Gymnasium der Bergbaustadt bestand er im März 1954 sein Abitur. Damit gehörte Werner Krause zu den wenigen Arbeiterkindern, die in der frühen Bundesrepublik die Hochschulreife erlangten. Während der Schulferien arbeitete er in Industriebetrieben. Sozialistische Impulse erhielt der junge Gymnasiast aus dem Elternhaus.

Ab 1954 studierte Krause Geschichte, Philosophie und Öffentliches Recht; zunächst an den Universitäten in Köln und Saarbrücken, ab 1955 an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster (bis Wintersemester 1959/60). Hier trat er dem Sozialistischen Studentenbund (SDS) bei; gleichzeitig wurde er Mitglied der SPD. Seit seinem zweiten Münsteraner Semester fungierte er als 2. Vorsitzender der sozialistischen Studentenorganisation, die sich allmählich der SPD entfremdete.¹ In der Protestbewegung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr radikalisierte sich der Münsteraner SDS und mit ihm Werner Krause. Er stellte die Beitragszahlung an die SPD ein, was faktisch einem Parteiausschluss gleichkam. Erst nach seiner Umsiedlung von Amsterdam nach Bonn trat er wieder der SPD bei.

Krauses finanzielle Situation blieb prekär. Die Eltern unterstützten ihn. Während der Semesterferien arbeitete er teilweise im Bergbau unter-

¹ Siehe auch *Willy Albrecht*, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994, S. 488.

tage. Nach erfolgreicher „Fleißprüfung“ befreite ihn die Universität Münster von den Semestergebühren und gewährte ein kleines Stipendium. Mit Professor Werner Hallweg² sprach er ein Promotionsthema ab: „Der Schweizer Sozialdemokrat Robert Grimm und die Zimmerwalder Bewegung 1914–1917“. Für seine Dissertation sammelte Krause unter anderem Materialien im Archiv des British Foreign Office in London und dem Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Zürich. Bei einem längeren Aufenthalt lernte er die reichen Quellen des Instituts für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam kennen. Krauses Rechercheergebnisse bargen unerwarteten Sprengstoff, stellten sie doch die Neutralitätspolitik der Schweiz im Ersten Weltkrieg in Frage. Schweizer Politiker beschäftigten sich auf höchster Ebene mit dem jungen Doktoranden und spekulierten über seine Absichten.³

Für den Abbruch seines Promotionsprojekts hat Werner Krause später rein finanzielle Gründe ins Feld geführt. In Wirklichkeit scheint die einzigartige Möglichkeit, eine Anstellung am IISG (ohne Examensabschluss) zu finden, den Ausschlag gegeben zu haben.

1959 hatte die Ford Foundation dem IISG Amsterdam für fünf Jahre eine beträchtliche Summe bewilligt, um ein umfangreiches Programm der Materialerschließung realisieren zu können. Zwischen 1959 und Dezember 1965 wurde die Bibliothek des IISG katalogisiert, ein großer Teil seiner Archivbestände geordnet und inventarisiert, der Marx-Engels-Nachlass systematisch durch Material von außerhalb ergänzt und mit detaillierten Findmitteln ausgestattet.⁴ Zur Erfüllung dieser Aufgaben konnte das IISG auch weitere Mitarbeiter einstellen. Krauses Münsteraner Studienkollege Horst Lademacher, seit April 1958 bereits in der sogenannten Deutschland-Abteilung unter Werner Blumenberg im IISG tätig, empfahl ihn der Institutsleitung für archivalische Arbeiten. Die Empfehlung war mit der trüge-

² http://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Hahlweg [Zuletzt aufgesucht 09.11.2017].

³ *Sacha Zala*, Dreierlei Büchsen der Pandora. Die Schweiz und das Problem deutscher Archive, in: *Die Schweiz und Deutschland 1945–1961*, hrsg. von *Antoine Fleury* [u.a.], München 2004, S. 131f.

⁴ *Götz Langkau*, Das „Ford-Projekt“ des IISG (1959–1965), in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*, N.F (2013), S. 179.

rischen Hoffnung verbunden, sein alter Freund werde die weit gediehene Promotion abschließen.⁵

Am 1. April 1960 nahm Werner Krause seine Arbeit an der Keizersgracht 264 auf. Zu den Materialien, die er ordnete und verzeichnete, zählten die Nachlässe von August Bebel, Otto Braun, Albert Grzesinski, Wolfgang Heine, Hermann Schlüter und Joseph Weydemeyer. Vor allem das Findbuch zum Nachlass Julius Motteler (1836–1904) – faktisch das Archiv der deutschen Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes – galt als Krauses „Meisterwerk“, wie der spätere Leiter des IISG Amsterdam Rein van der Leeuw oft genug betonte. Stets strich Krause später mit Stolz heraus, dass die meisten der in der ersten Nummer der „Internationalen Wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ aufgeführten deutschen Nachlässe im Amsterdamer Institut durch seine ordnenden Hände gegangen seien.⁶

1961 heiratete Krause seine Lebensgefährtin Edith Barufke, die er aus seiner SDS-Arbeit her kannte. Edith Barufke arbeitete in den Niederlanden als Bankangestellte. Die Beziehung zerbrach nach seiner Rückkehr nach Deutschland. Krause tat seinerseits wenig für eine Integration in die niederländische Gesellschaft, auch seine Sprachkenntnisse blieben rudimentär. Gleichwohl gehörte der junge Deutsche zum Kern einer „Internationalen Sozialistischen Arbeitsgruppe“, die Wouter Gortzak, Sohn des Vorsitzenden der von der holländischen Kommunistischen Partei abgespaltenen Socialistische Werkers Partij (SWP), Henk Gortzak, ins Leben gerufen hatte. Der Zirkel traf sich in den Wohnungen Gleichgesinnter, um gesellschaftsverändernde Perspektiven zu diskutieren.⁷

Nach Ablauf des amerikanischen Förderprojektes (31. Dezember 1964) fand Krause in Amsterdam keine feste Neuanstellung mehr und ver-

⁵ Schriftliche Mitteilung Horst Lademachers an den Verfasser vom 18. Juli 2014.

⁶ Deutsche, österreichische und eidgenössische Nachlässe und Sammlungen im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, in: IWK, (1968) 1, S. 25–27.

⁷ *Horst Lademacher*, Grenzüberschreitungen. Mein Weg zur Geschichtswissenschaft. Erinnerungen und Erfahrungen, Münster [u.a.] 2012, S. 114 f.

diente sich seinen Lebensunterhalt freiberuflich. Er bereitete die Herausgabe von Georg Weerths „Fragmente eines Romans“ vor (1965 im Insel-Verlag erschienen) und redigierte Dokumente der Europäischen Landarbeiter-Föderation. Seine exzellenten Kenntnisse früher sozialer Bewegungen kamen ihm bei seiner Arbeit an einer umfänglichen Quellenedition zu Fragen des Sozialismus und Kommunismus zugute, die er gemeinsam mit Fritz Kool⁸ im Auftrag des Schweizer Walter-Verlags vorbereitete. 1967 erschien der 1. (und einzige) Band „Die frühen Sozialisten“.

Es war erneut Horst Lademacher, der Krause beruflich weiterhalf. Im August 1968 empfahl er ihn der Geschäftsführung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). 1965 hatte der Vorstand der FES den Entschluss gefasst, Kurs auf ein eigenes „Archiv der sozialen Demokratie“ zu nehmen und unter dessen Dach eine große Forschungsbibliothek und das „eigentliche“ Archiv zu vereinigen.⁹ Die Neugründung wurde wesentlich durch die rigide Weigerung des IISG Amsterdam bestimmt, den Verkauf des SPD-Parteiarchivs rückgängig zu machen.¹⁰ Für das ambitionierte Projekt wurde dringend hochqualifiziertes Fachpersonal gesucht. Mit Jürgen Jensen, wissenschaftlicher Archivar und ausgewiesener Experte der Hamburger Arbeiterbewegung, wurde 1968 der erste vielversprechende Fachmann rekrutiert. Durch Krause gewann das Archiv einen weiteren Mitarbeiter mit herausragendem Fachwissen. Kurt Klotzbach, Leiter der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte, steuerte den frühen Aufbau des neu gegründeten Archivs.¹¹ Werner Krause

⁸ Langjähriger Redakteur am Bulletin of the International Institute of Social History Amsterdam (später: International review of social history).

⁹ Zur Geschichte der Archive der deutschen Sozialdemokratie siehe *Mario Bungert*, „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht“, Bonn 2002.

¹⁰ *Rüdiger Zimmermann*, From Ice Age to Global Warming. The Libraries of the Amsterdam IISH and the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), in: *Aad Blok* (Hrsg.), A usable Collection. Essays in Honour of Jaap Kloosterman on Collecting Social History, Amsterdam 2014, S. 222.

¹¹ Siehe *Dieter Dowe*, Kurt Klotzbach/Kuno Bludau, in: *Günter Benser/Michael Schneider* (Hrsg.), „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, Bonn 2009, S. 157.

brachte sein Amsterdamer Knowhow entscheidend ein. Die Ausrichtung der Abteilungen des Archivs und die Entscheidung, welche Sammlungen angelegt werden sollen, folgten weitgehend dem Amsterdamer Modell. 1970 legten Jensen und Krause das erste bescheidene Bestandsverzeichnis vor.¹²

1970 erfolgten weitere strukturelle Veränderungen. Unter dem Dach „Archiv der sozialen Demokratie“ (Leitung: Kuno Bludau) erhielten Bibliothek (Leitung: Manfred Turlach) und das „eigentliche“ Archiv einen relativ autonomen Status. Zum Archivleiter ernannte die Geschäftsführung Werner Krause. Im gleichen Jahr verließ Jürgen Jensen das Archiv und trat in das Kieler Stadtarchiv ein, dessen Leitung er 1972 übernahm.¹³

Formal war Krause „nur“ Unterabteilungsleiter. In Wirklichkeit war er Macher, Motivator und Antreiber. Mit großer Leidenschaft verfolgte er sein Ziel, die im westlichen Teil Deutschlands existierenden Nachlässe, Organisationsakten und Sammlungen aufzuspüren und in den sicheren Bonner Hafen zu bringen. Inhaltliche Erschließungsarbeiten – so Werner Krauses Credo – konnten warten. Konflikten mit staatlichen Archiven ging er nicht aus dem Weg. Doch bei der Übernahme neuer Quellenbestände verhandelte der eher kantige, oft schroffe Mann mit überraschendem Feingefühl.

Die erste bedeutende Dokumentation, die die Früchte erfolgreicher Arbeit abbildete, erschien 1973.¹⁴ Allein für Nachlässe und Deposita nannte das Bestandsverzeichnis 69 Namen; darunter die Nachlässe von Paul Levi, Willi Eichler, Fritz Erler und Carl Severing. Mit der Mitautorin des Bestandsverzeichnisses Sheila Ochová (später: Sheila Och) verband Krause eine langjährige Lebensgemeinschaft.¹⁵

¹² *Jürgen Jensen/Werner Krause* (Bearb.), Übersicht über die Archivbestände, Bonn 1970.

¹³ „...wird die fernste Zukunft danken“. Kiels Geschichte und Kultur bewahren und gestalten. Festschrift für Jürgen Jensen, Neumünster 2004, S. 371.

¹⁴ *Werner Krause/Sheila Ochová* (Bearb.), Archiv der Sozialen Demokratie: Übersicht über die Archivbestände, Bonn 1973.

¹⁵ Die Tochter eines prominenten tschechischen jüdischen Sozialisten, der vor Hitler

Werner Krauses Lebenswerk umfassend darzustellen, sprengt den Rahmen einer biographischen Skizze. Schlaglichter auf drei Arbeitsfelder sollen genügen, um das Spektrum seiner Arbeit zu beleuchten: Ausstellungen, Mitgliederbindung, Inventare. Der leitende Archivar war nicht nur „süchtiger“ Krimi-Leser, er war auch ein großer Cineast und ausgewiesener Kenner der Filmgeschichte. Krause wusste um die Macht der Bilder. Erste Ausstellungsversuche datieren aus den frühen 1970er Jahren.

1978 begannen er und sein Team systematisch – zunächst unter sehr einfachen Bedingungen – mit der Konzeption von öffentlichkeitswirksamen Ausstellungen, die den Namen des Archivs allseitig bekannt machten. Ausstellungen zum Sozialistengesetz¹⁶ und zur Reichspogromnacht¹⁷ bildeten den Auftakt. Die Ausstellungen, ihre zeitintensiven Vorbereitungen, ihre mediale Umsetzung, die begleitende Kataloggestaltung professionalisierten sich rasch. Entsprechend wurde die technische Ausstattung des Archivs auf den neuesten Stand gebracht. Spektakuläre Ausstellungen zum Widerstand von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gegen das NS-Regime¹⁸, zur Geschichte der Sozialistischen Internationale¹⁹ sowie zum Leben und Wirken von Persönlichkeiten wie Kurt Schumacher²⁰, Gustav Heine-

fliehen musste, hatte in Prag Filmwissenschaften studiert und gehörte dem Vorstand der exilierten tschechoslowakischen Sozialdemokratie an, nachdem sie als Aktivistin des „Prager Frühlings“ verurteilt wurde und fliehen musste.

¹⁶ ... vor 100 Jahren. Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie; Paulskirche 11. Juni 1978, Bonn 1978.

¹⁷ Heute können (müssen) wir reden. Reichskristallnacht 1938. Einleitung und Betrachtungen zu einer Ausstellung der Stadt Oberhausen und des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung/Einleitung und Ausstellungstexte: *Werner Krause/Horst-Peter Schulz*, Bonn 1978.

¹⁸ Widerstand 1933–1945, 2. überarb. Aufl., Bonn 1983. Die vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung gestaltete Ausstellung „Widerstand 1933 bis 1945“ im Spiegel der Presse, Bonn 1983.

¹⁹ Bilddokumentation zur Geschichte der Internationale und der SI-Präsidenschaft Willy Brandts. Beiheft zur Ausstellung. *Werner Krause* (Leitung). Hrsg. vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1992.

²⁰ Kurt Schumacher und die Wiedergeburt einer demokratischen Partei. Eine Ausstellung des Archivs der sozialen Demokratie. Begleitheft zur Ausstellung. Text des Begleitheftes: *Werner Krause*, Bonn 1986.

mann²¹, August Bebel²² und Willy Brandt²³ erhöhten das Standing des Archivs innerhalb des sozialdemokratischen Kosmos, in der Fachwelt und der politischen Publizistik ganz ungemein.

In den kleinen Ausstellungsteams, in denen er uneingeschränkt „das Sagen“ hatte, sein umfassendes Sachwissen ohne Wenn und Aber akzeptiert wurde, fühlte sich Werner Krause besonders wohl; hier entfaltete er seine ganze Kreativität. Typisch für ihn: Er powerte bis zur Ausstellungseröffnung, die mediale Präsentation überließ der Mann, der so große Schwierigkeiten hatte, überhaupt frei zu sprechen, anderen.

Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit: Die Schaffung engerer Bindungen des Archivs an die sozialdemokratische Mitgliedschaft. 1979 startete Werner Krause die Serie „Gesucht – Quittiert“ im „Sozialdemokrat-Magazin“, der damaligen Mitgliederzeitschrift der SPD²⁴. Bewusst kopierte er fast vollständig das Format der Exilzeitung „Sozialdemokrat“ während des Sozialistengesetzes und die „Überschriften“, um wie einst das exilierte Parteiorgan das Parteiarchiv durch Spendenaufrufe zu stärken.

Die Resonanz unter den Mitgliedern – zu jener Zeit eine knappe Million – übertraf wiederum die kühnsten Erwartungen. Neben exquisiten Einzelstücken (wie eine über die Nazi-Zeit gerettete Fahne des Reichsbanners) gingen allerdings meist Dubletten von Broschüren und Zeitschriften ein. Dennoch: Kein anderes Projekt – jeden Monat aufs Neue von Werner Krause geradezu liebevoll betreut – machte das Archiv der

²¹ Gustav Heinemann. Christ, Patriot und sozialer Demokrat. Eine Ausstellung des Archivs der sozialen Demokratie; Begleitheft zur Ausstellung. Text d. Begleitheftes: *Werner Krause*, Bonn 1986.

²² August Bebel. 1840–1913. Ein Großer der deutschen Arbeiterbewegung. Katalog zu einer Ausstellung des Archivs der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Text: *Ilse Fischer/Werner Krause*, Köln 1988.

²³ Willy Brandt. Ein politisches Leben, 1913–1992; Katalog zu einer Ausstellung des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bearb.: *Werner Krause* [u.a.], Köln 1993.

²⁴ Die Zeit von 1979–1981 dokumentierte: Die Serie „Gesucht – Quittiert“ im Sozialdemokrat-Magazin. Zsgest. im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1982.

sozialen Demokratie in der Aufbauphase in der breiten Öffentlichkeit so bekannt wie „Gesucht – Quittiert“. Daneben betreute der Archivleiter eine Serie „Geschichte“, die monatlich historische Ereignisse der Arbeiterbewegung und herausragende Persönlichkeiten vorstellte. Werner Krause selbst steuerte unter anderem einen informativen Artikel zu den Deutschland-Berichten der SOPADE und eine Lebensskizze des nahezu vergessenen SPD-Parteivorsitzenden Hans Vogel bei.²⁵ „Gesucht – Quittiert“ fiel 1983 der Reorganisation der Mitgliederzeitschrift zum Opfer; die Geschichtsserie konnte sich in modifizierter Form noch einige Jahre halten.

Das Archiv der sozialen Demokratie war zunächst ein junges Archiv mit jungen Beständen. Werner Krauses Vorstellungen kreisten deshalb intensiv um Ideen, auch alte, historische Bestände im Original oder in anderer Form der Benutzung zugänglich zu machen.

Einen Weg bot zunächst der Vertrag, den der exilierte Parteivorstand der SPD mit der „Centrale Arbeiders-Verzekerings- en Deposito-bank“ abgeschlossen hatte und der den Verkauf des Parteiarchivs an das IISG Amsterdam regelte. Der Vertrag sah die Möglichkeit kostenpflichtiger Reproduktionen vor.²⁶ Werner Krause beteiligte sich fachkundig an der Evaluierung der Bestände und an der Formulierung eines Projektantrags an die Stiftung Volkswagenwerk. Bis Ende 1978 erreichten knapp 300 Rollen des mikroverfilmten SPD-Parteiarchivs das Archiv der sozialen Demokratie. Besonders stolz war der ehemalige IISG-Archivar, dass nun seine alten Findbücher an seiner neuen Wirkungsstätte greifbar waren.²⁷

Daneben nahm Werner Krause ein weiteres von der Stiftung Volkswagenwerk gefördertes Projekt²⁸ gefangen – die Erfassung von bislang

²⁵ *Werner Krause*, Die geheimen Deutschland-Berichte der SPD, in: Sozialdemokrat-Magazin, (1980) 11, S. 23–25; Erinnerungen an einen Parteivorsitzenden, in: Sozialdemokrat-Magazin, (1981) 2, S. 23–25.

²⁶ *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: Archiv für Sozialgeschichte, 6/7 (1966/67), S. 193f.

²⁷ Da die Aufnahme aller Dokumente in der neuen Marx-Engels-Gesamtausgabe geplant war, verzichtete die FES auf die Verfilmung des ME-Nachlasses.

²⁸ Friedrich-Ebert-Stiftung, Jahresbericht 1977, S. 55.

nicht systematisch inventarisierten Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Das Projekt war ein großer Wurf und entsprach Krauses Art, in archivalischen Dingen groß zu denken. Experten konnten unschwer erkennen, dass Werner Krauses Amsterdamer Praxis der Verzeichnung von Nachlässen der Arbeiterbewegung als Verzeichnungsrichtlinien in das Projekt eingingen.²⁹

Nur: Die Projektverantwortlichen unterschätzten die Materialfülle, den Arbeitsaufwand der Tiefenerschließung und die redaktionelle Gesamtbearbeitung. 1993 ging das Inventar in Druck.³⁰ Für das Auslandsprojekt zeichnete Werner Krause alleine verantwortlich. Der Bericht von Krause und Hans-Holger Paul aus dem Jahr 1981 lässt etwas von den ungeheuren Schwierigkeiten erahnen, im vordigitalen Zeitalter ein Projekt in acht ausländischen Städten und in elf Institutionen zu koordinieren, das ausschließlich von freien Mitarbeitern realisiert werden sollte.³¹ Trotz Nachbewilligung durch die Stiftung Volkswagenwerk: Das Projekt erreichte nie Publikationsreife; allerdings blieb es in verzettelter Form Spezialisten zugänglich. Auch die visionäre Idee einer systematischen Verfilmung der Quellen musste damit aufgegeben werden.

Das Projektende hatte viel mit Werner Krauses neuem Aufgabenfeld seit 1984 zu tun, mit Doppelbelastungen und neuer Verantwortung. 1983 plante die IG Metall, ein eigenes großes Archiv in Frankfurt am Main zu errichten, und machte Krause das verlockende Angebot, dessen Leitung zu übernehmen. Um ihn zu „halten“, stellte die Leitung der FES die wissenschaftliche Arbeit auf ein neues Fundament. Bibliothek und Archiv avancierten zu selbständigen Abteilungen mit hoher personeller und finanzieller Eigenverantwortung im Forschungsinstitut der FES. Neuer Abteilungsleiter des Archivs: Werner Krause, der damit zum leitenden Angestellten aufstieg.

²⁹ *Werner Krause/Hans-Holger Paul*, Arbeiten an Spezialinventaren von Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im In- und Ausland. Projekte des Archivs der sozialen Demokratie, in: *IWK*, 17 (1981) 2, S. 175 f.

³⁰ *Hans-Holger Paul* (Bearb.), Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung für die zehn westdeutschen Länder und West-Berlin. Im Auftrag des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, München [u.a.] 1993.

³¹ *Krause/Paul*, Arbeiten an Spezialinventaren, S. 160.

Die historische Arbeit wurde zwischenzeitlich (bis Juli 1986) auf Projektförderung umgestellt, das heißt auf Projekte, die Jahr für Jahr durch den Bundestag neu zu bewilligen waren. Das sogenannte Bundestagsprojekt, durch Zuschüsse die Aufarbeitung und Erhaltung von Abgeordnetennachlässen und -deposita zu finanzieren sowie die Registratur der SPD-Fraktion zu erschließen, verließ der Archivarbeit regelrecht Flügel. Seit 1984 expandierte das Archiv in personeller wie finanzieller Hinsicht. Die aggressive Erwerbungspolitik Werner Krauses, Abgeordnetennachlässe in Konkurrenz zu staatlichen Archiven zu sichern, zahlte sich nunmehr aus. Endlich war es möglich, „der nach Tonnen zu beziffernden Zuwachsmasse pro Jahr“ Herr zu werden.³² Die Namen Gustav Heinemann, Willy Brandt, Herbert Wehner, Annemarie Renger und die Erschließung ihrer persönlichen Papiere stehen stellvertretend für viele erfolgreiche Erschließungsprojekte.³³

Zum weiteren personellen Wachstum trugen hochkarätige Digitalisierungsprojekte bei.³⁴ Werner Krause förderte diese nicht nachdrücklich; stand ihnen allerdings auch nicht im Wege. Mit ganzem Herzen unterstützte er allerdings die Ausweitung der Sammeltätigkeit von Archivmaterial der deutschen Einzelgewerkschaften und des Dachverbands³⁵, deren Erschließung die Gewerkschaften finanziell unterstützten.

Das Archiv der sozialen Demokratie nahm nunmehr unter den Privatarchiven einen führenden Platz ein. Werner Krause hatte am Wachstum seinen gebührenden Anteil. Da verwaltungsmäßiges Handeln jedoch – nach eigenem Eingeständnis – nicht zu den Stärken des Vollblutarchi-

³² Friedrich-Ebert-Stiftung, Jahresbericht 1983, S. 39.

³³ *Hans-Holger Paul*, Vom Parteiarchiv zur zentralen Forschungsstätte der Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte zum 30. Jahrestag der Gründung des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, in: *Der Archivar. Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen*, 52 (1999) 4, S. 291–296.

³⁴ *Harry Scholz/Jutta Spoden*, Erschließung und Digitalisierung der Flugblatt-Flugschriftensammlung im Archiv der sozialen Demokratie. Bericht über ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstütztes Pilotprojekt, in: *Der Archivar*, 52 (1999) 4, S. 327–329.

³⁵ *Hans-Holger Paul*, Deutsche und Internationale Gewerkschaftsakten im Archiv der sozialen Demokratie. Zentrale Quelle für die Sozial- und Zeitgeschichte, in: *Archivpflege in Westfalen-Lippe*, 62 (2005), S. 16–20.

vars gehörte, wurde im zur Unterstützung Ulrich Cartarius als Stellvertreter an die Seite gestellt.

Werner Krause blieb ein politisch aktiver Mensch. An gewerkschaftlichen Aktionen nahm er regelmäßig teil, die Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre vitalisierte ihn regelrecht. Das Thema Krieg und Frieden und die deutsche Wiedervereinigung bewegten ihn zeitlebens. Als nach 1990 eine Vereinigung der beiden großen Archive der deutschen Arbeiterbewegung möglich erschien, elektrisierte ihn diese Vorstellung förmlich. Er gehörte zu jenen, die ein gemeinsames Archiv aus den Beständen des Zentralen Parteiarchivs und der Bibliothek im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (hervorgegangen aus dem Institut für Marxismus-Leninismus) und der Friedrich-Ebert-Stiftung anstrebten und nahm an ersten Sondierungsgesprächen in Berlin teil. Allerdings waren diese Ideen aus politischen und ökonomischen Gründen zum Scheitern verurteilt.³⁶ Seine Trauer über das Misslingen war groß.

Seit Anfang der 1990er Jahre schränkte eine fortschreitende Erkrankung seine Arbeitskraft zunehmend ein. 1992 ordnete eine neue Geschäftsführung die historische Arbeit innerhalb der politischen Stiftung wiederum neu. Das Archiv der sozialen Demokratie wurde Teil des neugeschaffenen Historischen Forschungszentrums unter Leitung von Dieter Dowe. Zentrale administrative und inhaltliche Befugnisse gingen an die neue Institutsleitung über. Werner Krause orientierte sich künftig verstärkt auf Ausstellungsprojekte und die Edition der „Sozialistischen Mitteilungen“.

Bereits in den späten 1970er Jahren hatte Krause die Edition der „Deutschland-Berichte der SOPADE“ angeregt. 1980 erschienen im Nachdruck sieben Jahressbände als unkommentierte Quellenedition. Tief beeindruckt von dem großen Erfolg dieser Publikation bot er dem Verlag als Nachfolgeprojekt eine wissenschaftliche Edition des im Londoner Exil erschienenen Nachfolgeorgans an. Sofort begann Krause mit der Realisierung, doch zunächst stand die Edition der Parteitags-

³⁶ *Günter Benser*, Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR?, Berlin 2008, S. 17 ff.

reden Willy Brandts „im Wege“.³⁷ Spätestens ab 1984 war ihm aus arbeitsorganisatorischen Gründen eine kontinuierliche Weiterarbeit nicht mehr möglich. Erst seit 1992 wandte sich Krause – unterstützt von einem kleinen Projektteam – wieder mit größerer Intensität der Aufgabe zu. Gleichwohl konnte er das Projekt bis zu seiner Pensionierung nicht beenden. Der ehemalige Verlagsleiter des Verlages J.H.W. Dietz Nachf., Heiner Lindner, führte die Quellenedition zu einem guten Ende. 2003 erschien die bedeutende – in der Nachfolge häufig zitierte – Edition online.³⁸

Werner Krause ging am 31. Januar 1999 nach Erreichung der Altersgrenze in Pension. Er führte anschließend ein extrem zurückgezogenes Leben. Der ehemalige Leiter des Archivs der sozialen Demokratie starb am 30. Juni 2014 in einem Bonner Hospiz.

³⁷ *Willy Brandt, Auf der Zinne der Partei. Parteitagsreden 1960 bis 1983.* Hrsg. u. erl.: *Werner Krause/Wolfgang Gröf*, Bonn [u.a.] 1984.

³⁸ *Sozialistische Mitteilungen. News for German Socialists in England.* Newsletter, hrsg. vom Exilvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SOPADE). Ungekürzte Online-Ausgabe. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bearbeitung und Annotierung: *Werner Krause*, Mitarb.: *Mario Bungert/Wolfgang Stärcke*. Endfassung und Einleitung.: *Heiner Lindner*. Internetred.: *Ruth Großgart/Walter Wimmer*, Bonn 2003. (<http://library.fes.de/sozialistische-mitteilungen/>) [Zuletzt besucht: 09.11.2017].

Agnieszka Brockmann

Robert René Kuczynski (1876–1947)

Jürgen Kuczynski (1904–1997)

Robert René und Jürgen Kuczynski haben ihren Namen einer Bibliothek gegeben, deren Geburtsstunde weiter in der Vergangenheit liegt, als die Biographien ihrer letzten Eigentümer.¹ Bevor sie – nach dem Tod von Jürgen Kuczynski – von der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) erworben wurde, befand sie sich seit 200 Jahren im Besitz einer großbürgerlichen, linksliberalen Intellektuellenfamilie jüdischer Herkunft.

Die Anfänge der Kuczynski-Bibliothek reichen in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts zurück: Ein namentlich unbekannter „Großvater des Urgroßvaters“ von Jürgen Kuczynski hat damals die Erstausgaben der zeitgenössischen Philosophen Kant und Fichte erworben. Als weitere Besitzer der Sammlung sind der Arzt Hirschmann Brandeis (1793 – nach 1845) und sein Neffe, der Altphilologe Samuel Brandeis (1820–1895) überliefert. Der politisch engagierte Samuel Brandeis fügte der Sammlung die Schriften der linken Elite seiner Zeit hinzu – die Werke von Marx und Engels in zeitgenössischen Ausgaben. Ein Teil seiner Bibliothek mit den politischen Schriften und der Sammlung antiker Literatur ging in Erbfolge an seinen Enkel Robert René Kuczynski, ein weiterer Teil – mit der Literatur zur französischen Kultur – an seine Tochter Lucy Brandeis (verheiratete Kuczynski), welche ihn wiederum ihrem Sohn Robert René vermachte. So bildete sich der Kern der späteren Kuczynski-Sammlung.

¹ Ausführlich zur Geschichte der Kuczynski-Bibliothek siehe: *Jürgen Kuczynski, Sechs Generationen auf Bücherjagd. Zur Geschichte meiner Bibliothek*, [Berlin] 1958; *Die Sammlung Kuczynski*, Hrsg.: Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Berlin 2003; *Axel Fair-Schulz, Jürgen Kuczynski (1904–1997). Ein marxistischer Bildungsbürger in der DDR*, in: *Ines Sonder/Karin Bürger/Ursula Wallmeier* (Hrsg.), „Wie würde ich ohne Bücher leben und arbeiten können?“ Privatbibliotheken jüdischer Intellektueller im 20. Jahrhundert, Berlin 2008; *Agnieszka Brockmann, Der Kuczynski-Nachlass in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin*, Berlin 2011.

Der heute als Begründer der Bibliothek geltende Robert René Kuczynski wurde am 12. August 1876 in Berlin geboren.² Er besuchte das Französische Gymnasium und studierte nach dem Abitur (1894) Wirtschaftswissenschaften und Recht in Freiburg, Straßburg und München. Zu seinen Lehrern gehörten der Philosoph Paul Hensel und der Nationalökonom Lujo Brentano. 1897 promovierte Kuczynski bei Brentano mit der Arbeit „Beiträge zur Frage der Bevölkerungsbewegung in Stadt und Land“. Nach einem längeren Forschungsaufenthalt in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo er unter anderem für das Arbeitsstatistische Amt in Washington tätig war, übernahm er 1904 den Posten des Direktors des Statistischen Amtes in Elberfeld und seit Oktober 1906 in Schöneberg bei Berlin. Nach dem Dienstantritt ließ er sich mit seiner Familie³ in Berlin nieder und blieb dort bis zur Emigration 1933. In dem von Hermann Muthesius entworfenen Haus der Familie Kuczynski in der Terrassenstraße 16 am Schlachtensee und in einem etwas später errichteten Gartenhäuschen fand die berühmte Bibliothek ihre erste Berliner Adresse.

Zu den wichtigsten Forschungsfeldern von Robert René Kuczynski gehörten die Finanzpolitik sowie die Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistik. Neben der Forschungsarbeit engagierte er sich im sozialen Bereich. 1912 beteiligte er sich als Vorsitzender des „Propaganda-Ausschusses für Groß-Berlin“ an einer Kampagne zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in der Hauptstadt. Während des Ersten Weltkriegs untersuchte er die Ernährungssituation in Deutschland, danach war er als Berater in staatlichen Kommissionen tätig. Als Mitglied der zweiten Sozialisierungskommission trat er für die Überführung des Eigentums an Industriebetrieben in die öffentliche Hand gegen eine Entschädigung mit Reichsanleihen auf.

² Sein Vater Wilhelm Kuczynski war ein erfolgreicher Bankier, seine Mutter Lucy Kuczynski, geb. Brandeis, entstammte einer traditionsreichen Familie linker Intellektuellen. Eine Biographie von Robert René hat sein Sohn verfasst: *Jürgen Kuczynski, René Kuczynski. Ein fortschrittlicher Wissenschaftler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1957.

³ Robert René heiratete 1903 Bertha Gradenwitz. Sie entstammte einer wohlhabenden Familie Berliner Unternehmer. Sie hatten sechs Kinder. Zur Geschichte der beiden Familien siehe: *Hans H. Lembke, Die schwarzen Schafe bei den Gradenwitz und Kuczynski*, Berlin 2008.

In den 1920er Jahren engagierte sich Kuczynski verstärkt für die deutsch-französische Verständigung. Im Januar 1923 gründete er die „Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz“, welche – zweisprachig von Autoren der beiden Nationalitäten verfasst – zur gegenseitigen Aufklärung über die wahren Hintergründe der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen beitragen sollte. Gleichzeitig wurde er zu einem führenden Mitglied der Liga für Menschenrechte. 1926 trat er als Vorsitzender des Vorläufigen Ausschusses zur Regelung der Fürstenabfindung für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ein.

Als Mitglied der Forschungsabteilung der Brookings Institution in Washington beschäftigte er sich zwischen 1926 und 1932 intensiv mit internationalen Finanzfragen und vor allem mit der Bevölkerungsstatistik. Durch seine Arbeiten auf diesem Gebiet, vornehmlich die Berechnung der Brutto- und Netto-Reproduktionsraten („Kuczynski rates“) gilt er als Begründer der modernen Bevölkerungsstatistik.⁴

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten gelang es Robert René Kuczynski 1933 über die Tschechoslowakei und die Schweiz nach London zu entkommen. Nach anfänglicher politischer Zurückhaltung engagierte er sich seit August 1943 in der Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien, deren erster Präsident er wurde. An der London School of Economics und im britischen Kolonialamt widmete er sich hauptsächlich der demographischen Forschung.⁵ Er starb am 25. November 1947 in London. Sein Nachfolger – sowohl auf dem Feld der Wissenschaft wie auch dem des Büchersammelns – wurde sein Sohn Jürgen.

Jürgen Kuczynski wurde am 17. September 1904 in Elberfeld geboren.⁶ Nach dem Abitur verließ er 1922 das Gymnasium in Zehlendorf-

⁴ *Robert René Kuczynski*, *Fertility and reproduction. Methods of measuring the balance of births and deaths*, New York 1932.

⁵ *Robert René Kuczynski*, *A Demographic Survey of the British Colonial Empire*, 3 Bde., London 1948–1953.

⁶ Zum Leben und Werk von Jürgen Kuczynski siehe neben seinen Memoiren auch: *Wolfgang Girmus* (Hrsg.), *Sozialistischer Weltbürger und Enzyklopädist. Mosaiksteine zu Jürgen Kuczynski*, Leipzig 2007.

Mitte um „Bibliothekar zu werden“.⁷ Kuczynski studierte Philosophie, Statistik und Wirtschaft in Erlangen, Berlin und Heidelberg. 1925 promovierte er bei Paul Hensel mit seiner Arbeit „Der ökonomische Wert. Eine wirtschaftstheoretische, soziologische und geschichtspolitische Betrachtung“ zum Doktor der Philosophie. Nach einer Bildungsreise durch Europa trat er am 1. Oktober 1925 sein Volontariat bei Bett, Simon & Co. an, „einer Bank, mit besonders guten Beziehungen zur Sozialdemokratie“.⁸

1926–1927 absolvierte Jürgen Kuczynski ein postgraduales Studium an der Brookings School in Washington. Danach arbeitete er als Leiter der Forschungsabteilung in der American Federation of Labor. Seine Forschungsinteressen richteten sich zu dieser Zeit insbesondere auf Fragen der Lohn- und Arbeitslosenstatistik.

1929 kehrte er zusammen mit seiner Frau Marguerite⁹ nach Deutschland zurück. Am 14. Juli 1930 trat er der Kommunistischen Partei bei. Die offizielle Bindung an die KPD intensivierte sein politisches Engagement. Im Juli 1931 nahm er die Arbeit als Leiter der Informationsabteilung im Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) und im Zentralorgan der KPD, der „Roten Fahne“, auf. Von 1933 bis zur Emigration 1936 setzte er seine Tätigkeit in der Reichsleitung der Partei illegal fort und verband sie geschickt mit der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung.

Während der Emigration war er Mitglied der Parteileitung der KPD und arbeitete für den Freien Deutschen Kulturbund, später auch für die Freie Deutsche Bewegung in Großbritannien. Sehr charakteristisch für seine damalige Tätigkeit war eine starke Einbindung in die antifaschi-

⁷ Reifezeugnis von Jürgen Kuczynski, 23.03.1922, ZLB, Kuczynski-Nachlass, Kuc4-3-32.

⁸ *Jürgen Kuczynski*, Memoiren. Die Erziehung des J.K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, Köln 1983, S. 101.

⁹ Marguerite Kuczynski, geb. Steinfeld (1904–1998) – Wirtschaftswissenschaftlerin und Übersetzerin. Siehe *Ute Lampalzer*, Marguerite Kuczynski (1904–1998). Wirtschaftswissenschaftliches Arbeiten in verschiedenen Ländern und Zeiten, Berlin 2013.

stische Propaganda. Kuczynski organisierte nicht nur die Herstellung und Verbreitung von politischen Tarnschriften, sondern verfasste selbst die als nationalsozialistische Literatur getarnten Pamphlete. Er arbeitete mit dem Freiheitssender 29,8 zusammen, hielt Vorträge in der Labour Party und tourte durch England mit einer Vortragsreise für den Left Book Club.

1944 trat Kuczynski – mit Einwilligung der Partei – in die Dienste der amerikanischen Armee (United States Strategic Bombing Survey – U.S.S.B.S.) ein. In ihrem Auftrag reiste er nach Deutschland um über den Zustand der deutschen Wirtschaft zu berichten. Er nutzte diese Position zur Informationsvermittlung an den sowjetischen Geheimdienst. Im November 1945 kehrte er als Mitglied der amerikanischen Besatzungsverwaltung nach Berlin zurück. Zwar wurde er zum Präsidenten der Zentralverwaltung für Finanzen ernannt, konnte jedoch diese Stelle wegen seiner Spionagetätigkeit nicht antreten. So verließ er 1946 den amerikanischen Dienst und widmete sich hauptsächlich der wissenschaftlichen Arbeit. Im selben Jahr wurde er zum ordentlichen Professor am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte an der Berliner Universität berufen. Zwischen 1949 und 1953 leitete er das Deutsche Wirtschaftsinstitut. Seit 1955 war er Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften (AdW) und von 1956 bis 1968 Leiter der Abteilung Wirtschaftsgeschichte (später Institut für Wirtschaftsgeschichte) an der Akademie.

Kuczynskis politische Karriere – trotz seiner konstanten Nähe zur Partei – weist einige Brüche auf. 1946 wurde er Mitglied der SED, 1947 erster Präsident der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion (später Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft - DSF) und Abgeordneter des Ersten Deutschen Volkskongresses. Auf sowjetischen Druck wurde er, im Rahmen der antisemitischen Kampagne gegen Kosmopolitismus, bereits 1950 seiner Funktion als DSF-Präsident enthoben. Aus der Volkammer schied er 1958 nach einer Auseinandersetzung mit der Partei aus.

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) veröffentlichte Kuczynski mehrere Arbeiten zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Geschichtsphilosophie, die ihm den Vorwurf des Revisio-

nismus einbrachten.¹⁰ Er übte Selbstkritik, erhielt eine Verwarnung als Parteistrafe, durfte Leiter der Wirtschaftshistoriker an der Akademie bleiben, musste jedoch aufhören publizistisch zu arbeiten. Seine Beziehungen zur deutschen Presse normalisierten sich erst 1961. Sein großes, als „Parteistrafe“ in Auftrag gegebenes Werk „Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“ vollendete er bereits 1972.¹¹ Das breite Publikum schätzte seine Memoiren¹², zum Bestseller aber wurde sein kritischer „Dialog mit meinem Urenkel“¹³.

Der Vereinigung Deutschlands stand Kuczynski skeptisch gegenüber und sagte eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe in beiden Ländern voraus. Als Mensch und als Wissenschaftler musste er nach der Wende viele Enttäuschungen erleben. Er war Zeuge der Auflösung des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der ADW der DDR und der Akademie selbst. Bis zum Ende seines Lebens war er wissenschaftlich und politisch aktiv. Er blieb Mitglied der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und gehörte auch dem „Rat der Alten“ an.

In der Selbstevaluation, welche alle Mitglieder der Akademie 1990 durchführen mussten, bezeichnete er seine Position unter den Gesellschaftswissenschaftlern der DDR als „Einer der allzu wenigen mittelgroßen Hügel in einer im ganzen recht flachen Landschaft“¹⁴. Von seinem internationalen Rang als Wissenschaftler zeugt jedoch die Tatsa-

¹⁰ Siehe dazu *Horst Haun*, *Kommunist und „Revisionist“*. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1969), Dresden 1999.

¹¹ *Jürgen Kuczynski*, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, 40 Bde., Berlin 1961–1972.

¹² *Jürgen Kuczynski*, *Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler*, Berlin [u.a.] 1973; *Ein linientreuer Dissident. 1945–1989*, Berlin [u.a.] 1992; *Ein hoffnungsloser Fall von Optimismus? 1989–1994*, Berlin 1994; *Ein treuer Rebell. Memoiren 1994–1997*, Berlin 1998.

¹³ *Jürgen Kuczynski: Dialog mit meinem Urenkel. 19 Briefe und ein Tagebuch*, Berlin [u.a.] 1983. Dieses Buch entstand bereits 1977, konnte aber erst 1983 erscheinen. 1996 erschien erstmals seine ungekürzte und unzensurierte Fassung, wie auch die Fortsetzung: *Jürgen Kuczynski, Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel. Fünfzig Fragen an einen unverbesserlichen Urgroßvater*, Berlin 1996.

¹⁴ *Kuczynski*, *Ein hoffnungsloser Fall*, S. 61.

che, dass er bereits drei Mal für den Nobelpreis vorgeschlagen wurde.¹⁵ Jürgen Kuczynski starb in seinem Haus in Berlin-Weißensee am 6. August 1997. Im Jahre 2002 erwarb die Zentral- und Landesbibliothek Berlin sowohl seine Bibliothek, wie auch die schriftlichen Nachlässe von ihm und seinem Vater.¹⁶

Es ist heute äußerst schwierig, die genaue Entwicklung der Kuczynski-Bibliothek zu rekonstruieren. Im Laufe von zwei Jahrhunderten wurde sie aufgebaut, zerstreut, wiedererrichtet und geteilt. Viele der infolge von Kriegen, Vertreibungen und Umzügen verlorenen Bände wurden von den späteren Besitzern in identischen Auflagen erneut gekauft. Da die Kuczynskis jedoch niemals ihre Bücher gekennzeichnet haben, ist es fast unmöglich festzustellen, zu welchem Zeitpunkt die einzelnen Exemplare der Sammlung hinzugefügt worden sind, umso mehr, als sie immer wieder Teile fremder Bibliotheken in sich aufgenommen hat. In den 1920er Jahren erwarb Robert René Kuczynski etwa 15 000 Bände zur politischen Ökonomie aus der Bibliothek von Lujo Brentano. Noch vor dem Zweiten Weltkrieg übernahmen Kuczynskis einen Teil der Bibliothek ihres Freundes Gaffron (vor allem Naturwissenschaften und Geographie) und eine Sammlung von Belletristik aus der Bibliothek von Arthur Holitscher.

Je mehr die Sammlung angewachsen war, desto schmerzlicher waren die Verluste. Als Robert René Kuczynski 1933 vor den Nazis nach England fliehen musste, zählte seine Bibliothek etwa 60 000 Bände. Lediglich 35 000 konnten nach England mitgenommen werden. Der Rest wurde konfisziert und in die Bibliothek der Deutschen Arbeitsfront (DAF) eingegliedert. Vermutlich wurden die Bücher infolge der Kampfhandlungen nach Polen evakuiert und gingen dort – bis auf einige Ausnahmen – verloren.

¹⁵ Siehe dazu *Günter Kröber*; Jürgen Kuczynski und der Nobelpreis, in: UTOPIE kreativ, (2005) 171, S. 50–54.

¹⁶ Die Sammlung besteht aus der Bibliothek der Familie Kuczynski, den schriftlichen Nachlässen von Robert René und Jürgen Kuczynski sowie dem „Sonderstandort“, an welchem die wertvollsten Exemplare aus der Bibliothek und die Handschriftensammlung der Familie aufbewahrt werden. Der gesamte Bestand ist erschlossen und online recherchierbar.

Trotz der großen Verluste, welche die Emigration und der Zweite Weltkrieg der Bibliothek zufügten, wurde sie ununterbrochen gepflegt. Robert René Kuczynski erwarb in den 1930er und 1940er Jahren verstärkt die Literatur zu seinem damaligen Arbeitsschwerpunkt – der Bevölkerungsstatistik. Jürgen Kuczynski stellte in England „eine einzigartige Sammlung deutscher illegal nach dem Lande gesandter Broschüren der KPD“ zusammen.¹⁷ Nach der Rückkehr aus dem Exil vervollständigte und erweiterte er den von seinem Vater geerbten Teil der Bibliothek, nicht zuletzt um sein eigenes Lebenswerk – über 100 Buchtitel und 4 000 Zeitschriftenpublikationen. Zum Zeitpunkt ihrer Übernahme von der Zentral- und Landesbibliothek Berlin zählte die Kuczynski-Sammlung über 70 000 Bände und 100 Regalmeter Archivalien in beiden Nachlässen.

In ihrem Gutachten zur Sammlung teilt Elvira Tasbach die Bibliothek in zwei ungleich große und unterschiedlich wertvolle Bestandsgruppen auf: Die Sammlung der wissenschaftlichen Literatur stellt sie dem Bestand von Belletristik und Kunst gegenüber.¹⁸ Während der wissenschaftliche Bestand als ein präzise zusammengestelltes Arbeitsinstrument von Generationen von Wissenschaftlern in seiner Ausführlichkeit und Einzigartigkeit in der ganzen Welt seinesgleichen sucht, repräsentiert der zweite Teil der Sammlung eine typische „bildungsbürgerliche Lesebibliothek mit einem konventionellen Kanon von Autoren“.¹⁹

„Entsprechend der Eigenart der Entwicklung unserer deutschen Geschichte sind die Bücher, die wir am längsten in Besitz haben, philosophischen Inhalts“, schreibt Jürgen Kuczynski.²⁰ Die Abteilung Philosophie – obwohl nicht die umfangreichste (rund 2 000 Bände) – enthält einige der wertvollsten Titel der Sammlung. Keine der von dem Gründer der Bibliothek erworbenen Erstausgaben von Kant und Fichte ist erhalten geblieben. Sie wurden aber nach dem Zweiten Weltkrieg

¹⁷ *Kuczynski*, *Sechs Generationen*, S. 25.

¹⁸ *Elvira Tasbach*, Gutachten über die Sammlung Jürgen Kuczynski im Hause Parkstraße 94, Berlin-Weißensee. Unter Mitarbeit von Jan-Heeren Grevemeyer, Berlin 15. Juni 1999 (ZLB, internes Dokument).

¹⁹ *Tasbach*, Gutachten, S. 20.

²⁰ *Kuczynski*, *Sechs Generationen*, S. 13.

durch gezielte Käufe von Jürgen Kuczynski ergänzt, sodass der Verlust mehr als ausgeglichen wurde.²¹ Heute befinden sich in der Kuczynski-Bibliothek unter anderem zwölf zeitgenössische Kant- und 15 Fichte-Ausgaben. Eine würdige Ergänzung erhalten sie in einzelnen Originalausgaben der Werke von Hegel, Schelling, Herder, Locke und Smith sowie der seltenen, aus dem 18. Jahrhundert stammenden Gesamtausgaben von Leibniz, Voltaire und Rousseau.

Den umfangreichsten (circa 4 500 Bände) sowie „den inhaltlich und wertmäßig wichtigsten [Bestand] der gesamten Bibliothek“ bildet die Abteilung Nationalökonomie.²² Man findet hier zahlreiche Klassiker der politischen Ökonomie in meistens zeitgenössischen, bis in das 17. Jahrhundert zurückreichenden Ausgaben. „Das beginnt mit Originalbroschüren englischer Merkantilisten, geht über die deutschen Kameralisten Büsch und Justi und die Engländer Smith, Ricardo und Malthus, bis zum Ende des 19. Jahrhunderts und umfasst schließlich mit Roscher, Knies und Schmoller auch die deutsche historische Schule“.²³ Auch die Politökonomien des 20. Jahrhunderts sind zahlreich in Erstausgaben vertreten, darunter Brentano, Keynes, Marshall, Oppenheimer. Dank der editorischen Tätigkeit von Marguerite Kuczynski sind auch die Werke der französischen Klassiker (Turgot und Quesnay) vorhanden. Viele von diesen Schriften tragen eigenhändige Signaturen oder handschriftliche Widmungen ihrer Autoren.

Die Kuczynski-Bibliothek wurde von Anfang an als eine Arbeitsbibliothek angelegt. In allen ihren Abteilungen mischen sich die wertvollen historischen Bände mit moderner Fachliteratur. Es gab auch keine strenge Aufteilung der Publikationsarten. Neben den Monographien wurden Broschüren, graue Literatur, Sonderdrucke, Zeitungsausschnitte und sogar Manuskripte zum jeweiligen Thema abgelegt. So finden sich in der Abteilung Nationalökonomie neben den gedruckten Werken der bedeutenden Wirtschaftswissenschaftler auch Vorlesungsmitschrif-

²¹ Siehe *Thomas Kuczynski, Meines Vaters Bibliothek*, in: ZLB, Sammlung Kuczynski, S. 42.

²² *Tasbach, Gutachten*, S. 3.

²³ Ebd., S. 3.

ten von Robert René Kuczynski aus seiner Studienzeit bei Georg von Mayr und Lujo Brentano.

Weitere bedeutende Bestände der Kuczynski-Bibliothek entstanden in Zusammenhang mit den Kerngebieten der wissenschaftlichen Tätigkeit der beiden letzten Besitzer: Wirtschafts- und Sozialstatistik, Geschichte der Lage der Arbeiter, Geschichte der Arbeiterbewegung und Theorie des Sozialismus.

Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts war die Kuczynski-Bibliothek „die größte Privatbibliothek Europas auf dem Gebiete der amtlichen amerikanischen Statistik“.²⁴ Dies war den Einkäufen von Robert René Kuczynski zu verdanken, der während seiner Forschungsaufenthalte in Amerika „Hunderte von Bänden der statistischen Jahresveröffentlichungen der einzelnen Staaten über Arbeits-, Gesundheits- und Bevölkerungsfragen, die Census-Bände, beginnend mit dem ersten von 1850“ sammelte.²⁵ Dieser Bestand wurde durch zahlreiche Erwerbungen aus der aufgelösten Bibliothek des Preußischen Statistischen Amtes ergänzt.²⁶

Ähnlich verhält es sich mit der Literatursammlung zur Geschichte der Lage der Arbeiter (etwa 3 700 Bände). Dieses Forschungsgebiet gehörte bereits zum Interessenfeld von Robert René und wurde zum Hauptforschungsgebiet von Jürgen Kuczynski. Neben internationalen Standardmonographien und Spezialuntersuchungen zu den einzelnen Aspekten der Lage der Arbeiter enthält diese Abteilung der Bibliothek zahlreiche zeitgenössische Kleinschriften und Originaldokumente, in erster Linie Veröffentlichungen der Gewerkschaften aus Europa und Amerika, einschließlich Periodika.

In der Abteilung zur Geschichte des Sozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung befinden sich einerseits die im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Arbeit und der politischen Tätigkeit der Nachlasser erworbene Standardliteratur und Werkeditionen, anderer-

²⁴ *Kuczynski*, Sechs Generationen, S. 18.

²⁵ Ebd., S. 18.

²⁶ *Tasbach*, Gutachten, S. 6.

seits auch die von den linksbürgerlich orientierten Vorfahren der Kuczynskis gekauften Originalausgaben der sozialistischen Klassiker. Aus Sicherheitsgründen befinden sich „Glanzstücke“ der Sammlung am sogenannten „Sonderstandort: die vermeintliche Erstausgabe des „Kommunistischen Manifestes“ von 1848 (in Wirklichkeit ein Raubdruck von 1851)²⁷ und die in den 1950er Jahren von Jürgen Kuczynski erworbenen „Bauernartikel“ von 1525.²⁸ Elvira Tasbach nennt sie „Höhepunkt, Ausweis und Symbol der gesamten Sammlung“.²⁹ Sie werden von weiteren frühen Ausgaben von Marx und Engels sowie von Originalausgaben von Bebel, Bernstein, Kautsky, Lassalle, Luxemburg und vielen anderen begleitet. Eine Besonderheit ist das „Kapital“ von Marx, welches in zehn unterschiedlichen Ausgaben in verschiedenen Sprachen vorliegt.

Aus dem umfangreichen und weit verzweigten Sachgebiet Geschichte in der Bibliothek sind eine von Jürgen und Marguerite Kuczynski angelegte, etwa 3 700 Bände zählende Sammlung von Biographien und Autobiographien, eine kleine, circa 200 vorwiegend zeitgenössische Titel umfassende Sammlung zu Bismarck und eine Sammlung zur deutschen Revolution von 1848 hervorzuheben. Die letztere enthält eine ganze Reihe von Pamphleten und Journalen der Zeit sowie eine Sammlung von Flugblättern und Maueranschlägen.

Besondere Aufmerksamkeit gebührt dem mit der Geschichte der Familie eng verbundenen Bestand an Exilliteratur nach 1933. Neben den Büchern und Broschüren aus dem Exil und über das Exil und den Zeitungsreihen der Emigranten gehören dokumentarische Unterlagen aller Art (Einladungen, Programme, Flugblätter, Rundschreiben, Verlagsprogramme, Plakate, Mitgliedskarten) und Manuskripte zu den wertvollsten Teilen der Sammlung. Man findet dort zum Beispiel

²⁷ *Karl Marx/Friedrich Engels*, Manifest der Kommunistischen Partei, London 1848 (Köln 1850/51). Dieses Buch liegt auch in 3 weiteren seltenen Ausgaben vor (1891, 1894, 1895).

²⁸ Dye Grundtlichen Vund rechten haupt Artikel/aller Bauschafft vnnnd Hyndersessen der Gaistlichen vnn Weltlichen oberkayten/von woelchen sy sich beschwert vermainen. - [Augsburg] [1525] – Urausgabe.

²⁹ *Tasbach*, Gutachten, S. 24.

Durchschläge von Beiträgen für den Deutschen Freiheitssender 29,8 und zeitgenössische Veröffentlichungen über den Sender, zahlreiche Unterlagen zu den Aktivitäten des Freien Deutschen Kulturbundes, des Nationalkomitees Freies Deutschland, der Verlage El Libro Libre und The Free Book. In diese Sachgruppe gehört auch die über 160 Exemplare zählende Sammlung von kommunistischen und antifaschistischen Tarnschriften im „Sonderstandort“.

Die als weniger bedeutend eingeschätzte Sammlung der Belletristik ist dennoch als eine Quelle für die Bildungsgeschichte einer traditionsreichen, links-bürgerlichen Familie von großem Wert. Auf diesem Gebiet haben besonders die Frauen der Familie (Lucy Brandeis und Bertha Gradenwitz) zur Bereicherung der Bibliothek beigetragen. „An Schöner Literatur gibt es in der Bibliothek so manche Erstausgaben; neben den [...] von Heine (darunter das Buch der Lieder), von Goethe die Wahlverwandtschaften, von Herder die Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit u.a.“ – schätzte Jürgen Kuczynski den Bestand ein.³⁰ Er vergaß dabei die Erstausgaben von Fontane zu erwähnen, welche seine Großmutter sofort nach ihrem Erscheinen gekauft hatte.³¹ Diese Sammlung enthält auch die Erstausgaben und Widmungsexemplare der mit Kuczynski befreundeten deutschen Autoren, wie Anna Seghers, Stefan Hermlin oder Erwin Strittmatter.

Keine Rarität, doch eine Merkwürdigkeit im Belletristik-Bestand, ist die über 6 000 Bände umfassende Sammlung von Kriminalromanen, die Jürgen Kuczynski gerne gelesen hat. Viele von ihnen stammen aus der Bibliothek von Bertolt Brecht, mit dem Kuczynski die „Deteks“ gegen Zigarren zu tauschen pflegte. Leider tragen sie keinerlei Besitzvermerke und lassen sich von den aus anderen Quellen stammenden Titeln nicht unterscheiden.

Untrennbar mit der Bibliothek Kuczynski ist die Handschriftensammlung der Familie verbunden. Ihren Kern bildet eine beträchtliche Zahl der zu verschiedenen Zeiten erworbenen Autographen von besonderen

³⁰ *Kuczynski*, Sechs Generationen, S. 38

³¹ Ebd., S. 17.

Persönlichkeiten (darunter Briefe von Bettina von Arnim, Theodor Fontane, Johann Gottfried Herder, Alexander und Wilhelm von Humboldt, Iwan Turgenew, Emile Zola). In einer Sammlung zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung befinden sich Manuskripte von Ferdinand Lassalle, August Bebel, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Henri de Saint-Simon, Pierre-Joseph Proudhon und anderen. Viele dieser Dokumente sind der Familie Kuczynski von Bekannten und befreundeten Sammlern übergeben worden. So findet man dort eine umfangreiche Korrespondenz aus dem Nachlass von Alexander Sirnis, dem Übersetzer und Herausgeber der Werke von Lenin und Trotzki. Ein umfangreiches Konvolut der Dokumente aus der Anfangszeit des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und des Arbeiterbildungsvereins Elberfeld stammt aus der Sammlung des Sozialdemokraten Max Quarck.

In die Handschriftensammlung wurden auch die aus den privaten Nachlässen von Robert René und Jürgen Kuczynski herausgelösten besonderen Dokumentengruppen integriert. Es handelt sich dabei um den Briefwechsel der Nachlasser mit ihren hervorragenden Zeitgenossen. Neben umfangreicher Korrespondenz mit bedeutenden Politikern aus der Zeit der Weimarer Republik und der DDR findet man dort den Schriftwechsel mit Künstlern, Schriftstellern und Wissenschaftlern aus beiden Teilen Deutschlands und aus dem Ausland (darunter Albert Einstein, Eugen Varga, Anna Seghers und Helene Weigel).

Die Tatsache, dass auch ein umfangreiches Konvolut zur Fürstenent-eignung und ein Bestand der Leserbriefe und Kritiken über den „Dia-log mit meinem Urenkel“ zusammen mit der Handschriftensammlung aufbewahrt wurden, zeugt von der besonderen Bedeutung, welche die Nachlasser diesem Ereignis und diesem Werk zugemessen haben. Es ist auch ein eindeutiger Beweis dafür, dass die Kuczynskis ihre Samm-lung immer als eine Grundlage ihrer Arbeit und umgekehrt auch ihr eigenes Werk als einen Bestandteil einer großen historischen Biblio-thek betrachtet haben.

Günter Benser

Inge Lammel (1924–2015)

„Die volksmusikalische Betätigung von Teilen der Arbeiterklasse in unterschiedlichen Lebenssituationen entsprang dem Bedürfnis nach unmittelbarer Lebensäußerung. Im Vordergrund stand das politische Lied, das zumeist zielgerichtet Belange und Forderungen der Arbeiterbewegung verschiedener weltanschaulicher Richtungen und Interessen zum Ausdruck brachte.“¹ So charakterisierte Inge Lammel die Rolle von Arbeiterlied und Arbeitergesang, deren Sammlung und Erforschung über Jahrzehnte hinweg Inhalt ihres wissenschaftlichen Wirkens war. Sie hat wie sonst niemand dieses Feld der Arbeiterbewegung bestellt und eine Ernte eingebracht, ohne die der Geschichte dieser Bewegung eine tragende Säule fehlen und sie uns an Emotionen ärmer und der Kultur ferner erscheinen würde.

Geboren wurde sie am 8. Mai 1924 im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg als Tochter des Bankangestellten Julius Rackwitz und seiner Ehefrau Ella, einer gelernten Modezeichnerin.² Die Liebe zur Musik war ihr gewissermaßen in die Wiege gelegt, denn ihr Vater war Leiter von Synagogenchören. Sie besuchte die Grundschule und später wie auch ihre Schwester das Lyzeum in Berlin-Lankwitz. Schon als Kind war sie antisemitischen Diskriminierungen ausgesetzt und als Jüdin auf dem Schulweg verprügelt worden. Ihr Vater verlor 1933 seine Anstellung bei der Deutschen Bank. Während des Pogroms vom No-

¹ *Inge Lammel, Arbeiterlied – Arbeitergesang. Hundert Jahre Arbeitermusikultur in Deutschland. Aufsätze und Vorträge aus 40 Jahren 1959–1998, Berlin 2002, S. 12.*

² Angaben zum Lebenslauf Inge Lammels stützen sich vor allem auf den Eintrag in Wikipedia; *Juliane Wiedemeier, Die Spurensucherin, in: prenzlauer berg, Nachrichten vom 13. Februar 2012; Karlen Vesper, Nachruf, in: neues deutschland vom 11. Juli 2015; Abini Zöllner, „Flüchtlinge bereichern Berlin“. Interview mit Zeitzeugin und Aktivistin Inge Lammel, in: Berliner Zeitung vom 4. Juli 2014; Pressemitteilung des Bezirksamtes Berlin-Pankow vom 29. Juli 2015. Einen lebendigen Eindruck Inge Lammels in ihren späten Jahren vermittelt ein unter youtube „Kindertransporte“ aufrufbares Video.*

vember 1938 wurde er in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt.

Kurz vor Kriegsbeginn, im Juli 1939³, konnten Inge und ihre Schwester Eva mit einem der letzten Kindertransporte noch die britische Insel erreichen. Der Koffer, mit dem sie ausreiste, steht heute im Jüdischen Museum von Berlin. Inge Rackwitz gelangte nach Sheffield. Obwohl britische Lehrerinnen sie aufgenommen hatten, war auch sie von den Internierungen der Ausländer aus Feindstaaten betroffen. Sechs Wochen verbrachte sie auf der Isle of Man. Doch dann durfte sie sich in Bristol zur Säuglingspflegerin und Kindergärtnerin ausbilden lassen. In London, wo sie 1944 ihren Wohnsitz nahm, kam sie in Kontakt zu deutschen Emigranten. Sie engagierte sich in der Freien Deutschen Bewegung und in der in England gegründeten Freien Deutschen Jugend. Als Mitglied des Emigrantenchors des Freien Deutschen Kulturbunds kam sie mit einer Kulturbewegung in Berührung, deren Erforschung ihr ein Jahrzehnt später zum Lebensinhalt werden sollte.

An ihrem 21. Geburtstag feierte sie gemeinsam mit Tausenden Londonern auf dem Trafalgar Square begeistert den Sieg der Antihitlerkoalition über das faschistische Großdeutsche Reich. Da ahnte sie noch nicht, dass ihre Eltern in Auschwitz ermordet worden waren. Noch in London trat sie 1946 der Kommunistischen Partei Deutschlands bei. Sie ist seitdem den Weg ihrer Partei durch alle Höhen und Tiefen mitgegangen – in den Reihen der SED, der PDS, der Partei Die Linke – mit der Gunst, auf einem Gebiet tätig zu werden, in das die Politbürokratie kaum hinein reglementierte.

Im Herbst 1947 kehrte Inge Lammel nach Deutschland zurück und ließ sich in Ost-Berlin nieder. Während eines Besuchs der SED-Parteischule in Berlin-Kaulsdorf lernte sie ihren künftigen Ehemann Karl Lammel kennen, den sie 1950 heiratete. 1953 gebar sie ihren Sohn, 1955 ihre Tochter. Der ebenfalls aus dem britischen Exil heimgekehrte Komponist und Musikwissenschaftler Ernst Hermann Meyer hatte sie ange-regt, an der Berliner Humboldt-Universität Musikwissenschaften zu

³ In einem Interview sprach sie von August 1939.

studieren. Rückblickend schrieb sie: „Als mir Prof. Dr. Ernst Hermann Meyer für meine Diplomarbeit an der Humboldt-Universität das Thema Arbeiterlied vorschlug, konnte ich mir kaum denken, zu welcher gewaltigen Aufgabe diese Arbeit einmal führen würde. Als ich dann im Juni 1954 mit der ehrenvollen Aufgabe betraut wurde, die systematische Sammlung und Erforschung des deutschen Arbeiterliedes in die Hand zu nehmen, da galt es zunächst, sich eine Bahn durch völliges Neuland zu ebnen, eine Bahn auf der es manche Schwierigkeiten und Hemmnisse zu überwinden galt.“⁴ Über drei Jahrzehnte – von 1954 bis 1985 – wirkte Inge Lammel als Leiterin des Arbeiterliedarchivs an der Akademie der Künste der DDR. Sie bezeichnete es rückblickend als „eine schöne Herausforderung etwas aufzubauen, was es so noch nie gab [...]. Ich suchte im In- und Ausland in Archiven und habe interessante Menschen kennengelernt. Veteranen der Arbeiterbewegung und Gewerkschaften trugen mir ihre Lieder vor, die sie zum Beispiel bei Streiks sangen. In Finnland, Italien und Russland habe ich auch Kollegen kennengelernt. Dann fingen wir an, Tagungen zu organisieren. Pete Seeger, der US-amerikanische Sänger, war auch dabei. Wir waren international.“⁵

Genau genommen hatte sich indes am 1. Juni 1954 „nur“ ein Komitee zur Sammlung von Arbeiterkampfliedern gebildet, und zwar auf Initiative von Wolfgang Steinitz und Ernst Hermann Meyer. Das erste Domizil, in dem die Fäden zusammenliefen und die ersten Erträge aufbewahrt wurden, war die Privatwohnung Inge Lammels. Es brauchte einige Jahre, bis das dann zum Arbeiterliedarchiv mutierende Unternehmen in der akademischen Landschaft einen angestammten und anerkannten Platz besetzen konnte. Inge Lammel hat die Schwierigkeiten des Beginns anschaulich dargestellt, als sie 1964 die Bilanz des ersten Jahrzehnts zog. Dabei würdigte sie auch jene Mitstreiter, die damals Pionierarbeit leisteten. Allen voran Hermann Kleye, der bereits zu Zeiten der Weimarer Republik 10 000 Arbeiterlieder gesammelt hat-

⁴ Lammel, Arbeiterlied – Arbeitergesang, S. 16.

⁵ Berliner Zeitung vom 4. Juli 2014.

te⁶, die von den Nazis beschlagnahmt wurden, und der nun erneut aktiv geworden war.

In diesem auf einer Arbeitstagung vorgetragenen Bericht formulierte Inge Lammel vier Hauptaufgaben des Arbeitsliedarchivs:

„1. Neuerschließung des deutschen Arbeiterliedes durch die umfassende Sammlung von Liedmaterial, das teilweise bereits auszusterben drohte, und durch systematische Erfassung von Lieddokumenten.

2. Ordnung und Katalogisierung des gesammelten Materials und Aufbau eines Arbeiterlied-Archivs.

3. Erforschung der Gesangs- und Musikbewegung der deutschen Arbeiterklasse und Erfassung von entsprechenden dokumentarischen Materialien (d.h. Noten und Chorpartituren, Zeitungen und Zeitschriften, Programme, Festschriften, Schallplatten, Bildmaterial u.a.m.)

4. Auswertung der vorhandenen Materialien und wissenschaftlichen Erkenntnisse zunächst in Hinblick auf die Wiederbelebung des Arbeiterlieds in Deutschland – nach zwölfjähriger Illegalität – und die Förderung seiner Pflege durch die neu entstehenden Volkskunstgruppen.

Zugleich wollen wir durch die umfassende Quellensammlung eine solide Grundlage für die wissenschaftliche Forschung und Auswertung schaffen.“⁷

Es ging also nicht nur um die Bewahrung eines kulturellen Erbes, sondern um dessen Wiedererweckung nach zwölf Jahren faschistischer Diktatur und dessen Pflege in der Kulturlandschaft der DDR. Ganz in goetheschem Sinn: „Was du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“⁸

Auch in der DDR stießen die Intentionen und Aktivitäten des Arbeiterliedarchivs nicht von Anfang an überall auf volles Verständnis. Doch ins-

⁶ Vermutlich handelt es sich nicht um zehntausend originäre Arbeiterlieder, sondern um eine entsprechende Anzahl von Überlieferungen und Nachweisen.

⁷ Lammel, Arbeiterlied – Arbeitergesang, S. 19/20.

⁸ Johann Wolfgang von Goethe, Faust. I. Teil.

gesamt kam die Verfasstheit der DDR mit ihrer hohen Wertschätzung der Arbeit und der Arbeitenden, der Arbeiterbewegung und damit auch des Arbeiterlieds seinem Anliegen sehr entgegen. Dies erwuchs folgerichtig aus dem Selbstverständnis dieser Republik als Arbeiter-und-Bauern-Staat. So wurde das Arbeiterliedarchiv nie von Existenzsorgen geplagt, und es unterlag auch keiner Bevormundung. Dafür konnte sich Inge Lammel der Anregungen und der Unterstützung vieler Akteure der Arbeiterkulturbewegung gewiss sein. Dies gilt für ihren Lehrer Ernst-Hermann Meyer, für Hanns Eisler, für Wolfgang Steinitz und viele andere. Vor allem aber bot die breitgefächerte, durchorganisierte Laienkulturbewegung der DDR die Möglichkeit, viele Leute anzusprechen und ihr Wissen und ihre Erfahrungen abzurufen. Nur durch das so geweckte Engagement und dank ungezählter Helfer, die das „Unternehmen Arbeiterlied“ selbstlos unterstützten, konnte ein derartiger Fundus an Liederbüchern, Notenblättern, Tonaufzeichnungen, Schriftgut und Erinnerungsberichten wachsen. Diese Zeitgenossen speisten nicht nur ihr Wissen in die Erforschung der Arbeitermusik ein, sondern auch ihre innere Verbundenheit mit dieser, ihre Hingabe und ihre Begeisterung. Das war „Geschichte von unten“, bevor es diesen Begriff gab. Wären vor sechs Jahrzehnten nicht gezielt diese lebenden Quellen erschlossen worden, also zahlreiche Arbeitersänger und Arbeitermusiker zum Mittun angeregt worden – heute stünden sie uns nicht mehr zur Verfügung. So gesehen brachten die DDR-Verhältnisse – einschließlich der zentralistischen Strukturen und wissenschaftsorganisatorischen Voraussetzungen – den Projekten des Arbeiterliedarchivs erhebliche Vorteile.

1975 promovierte Inge Lammel zu einer Thematik, mit der sie Verbindungslinien zwischen der Arbeitermusikkultur und der sozialistischen Musikkultur nachspürte.⁹ Dabei will allerdings bedacht sein – Texte und Melodien widerspiegelten Leben, Leiden und Kämpfe der Werktätigen einer Epoche, die fortschreitend einer unwiederbringlichen Vergangenheit angehörten. Vermochte diese Musik traditionsbewusste Leute nach wie vor zu erreichen und emotional zu bewegen, so ließ

⁹ *Inge Lammel*, Die Herausbildung der Arbeitermusikkultur in Deutschland als Grundlage für eine sozialistische Musikentwicklung vor 1945, Diss. 1975.

sich diese Verbundenheit mit dem Arbeiterlied nicht einfach von Generation zu Generation weitergeben. Die Nachwachsenden suchten und fanden für ihre Empfindungen und Bestrebungen ihren eigenen musikalischen Ausdruck.

Schon nach einem reichlichen Jahrzehnt Sammlertätigkeit konnte Inge Lammel auf eine stattliche Reihe von Publikationen verweisen, die sowohl Studien zur Geschichte des Arbeiterlieds als auch Editionen von Texten und Noten umfassten, auch Schallplatten entstanden unter ihrer sachkundigen Mitwirkung. In der Schriftenreihe „Lieder im Kampf geboren“, herausgegeben vom Arbeiterliedarchiv in der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin erschienen zwischen 1957 und 1967 „Lieder der Revolution von 1848“, „Lieder der Agitpropgruppen vor 1945“, „Lieder zum 1. Mai“, „Lieder gegen Faschismus und Krieg“, „Lieder der Arbeiterjugend“, „Lieder der Arbeiterkinder“, „Lieder aus faschistischen Konzentrationslagern“, „Lieder des Roten Frontkämpferbundes“, „Lieder der deutschen Turn- und Sportbewegung“, „Lieder der Partei“.¹⁰

In ihren Studien behandelte Inge Lammel Themen, die sich im Wesentlichen drei Bereichen zuordnen lassen: 1. Die Rolle bedeutender Lieder und die Traditionspflege, 2. die Organisationsgeschichte der Arbeitersänger und Arbeitermusiker, 3. methodische und methodologische Aspekte, einschließlich Quellenkunde und Quellenlage. Sie ging der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte einzelner herausragender Lieder – darunter der „Internationale“ – nach, untersuchte die Aneignung der französischen und russischen Revolutionsmusik. Zum Forschungsfeld gehörten die Beethoven-Rezeption und die Pflege der Händel-Oratorien durch die deutsche Arbeiterbewegung. Sie befasste sich mit der Geschichte der Berliner „Scherchen-Chöre“, benannt nach Hermann Scherchen, der 1919 zum Bundesdirigenten des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes berufen wurde. Hanns Eislers Bedeutung für die Musiktradition der Arbeiterbewegung beschäftigte sie stark, wie auch die nicht zuletzt mit dessen Namen verbundene internationale revolutionäre Musikbewegung, wie sie in Anlehnung an die Kommunistische Internationale feste organisato-

¹⁰ Siehe die Auswahlbibliographie in: *Lammel*, Arbeiterlied – Arbeitergesang, S. 309.

rische Gestalt angenommen hatte.¹¹ In einer gut dokumentierten Studie gibt sie Einblicke in die Tätigkeit des Internationalen Musikbüros (IMB), die Internationale Gesellschaft für Neue Musik (IGNM), die Kampfgemeinschaft der Arbeitersänger (KdAS) und die Kampfgemeinschaft der Arbeitermusiker (KdAM). Die Aufmerksamkeit der Autorin richtete sich auf die in Moskau tagende I. Internationale Musikkonferenz des Jahres 1932 und auf die I. Internationale Arbeiter-Musik- und Gesangsolympiade, die im Juni 1936 in Strasbourg stattfand. Somit ging Inge Lammel weit über ihren Forschungsgegenstand deutsches Arbeiterlied hinaus, indem sie nicht nur das internationale Geschehen untersuchte, sondern auch die revolutionäre Arbeiter-Musikkultur wichtiger Länder in ihre Betrachtung einbezog.¹² In methodischer Hinsicht interessierten sie Fragen wie das Verhältnis von Arbeiterlied und Volkslied, von folkloristischen und nichtfolkloristischen Liedern oder der Zusammenhang von Kampflied und „Tendenzlied“.

Das bei der Akademie der Künste bewahrte Arbeiterliedarchiv ist heute nicht mehr eine sammelnde und forschende Institution. Die Website des Archivs verweist auf einen Bestand von 48 lfm. mit etwa 800 Bänden, erstellt in den Jahren 1954 bis 1992. Darunter befinden sich über 1 000 Liederbücher und Liedblätter mit „Arbeiterliedern“, „Freiheitsliedern“ und anderem Liedgut, das im 19. und 20. Jahrhundert von Arbeiterchören gesungen wurde, überwiegend in gedruckter Form, zum Teil auch in handschriftlicher Überlieferung; in geringerem Umfang Lieder der Agitprop-Gruppen zwischen 1927 und 1933 sowie Notenmaterial der in der Arbeiterbewegung gebräuchlichen Instrumentalmusik (zum Beispiel für Schalmeiorchester); unter anderem auch Lieder und Chorsätze von Komponisten wie Paul Arma, Hanns Eisler, Erwin Lendvai, Hermann Scherchen, Josef Scheu, Heinz Tiessen und Gustav Adolf Uthmann; umfangreiches Dokumentationsmaterial wie Programmzettel und Zeitungsausschnitte zu Konzerten und Sängertreffen, vor allem des Deutschen Arbeiter-Sängerbunds; Fotos; Schallplat-

¹¹ Siehe ebd., einschließlich Inhaltsverzeichnis dieses Bandes.

¹² Alle in diesem Absatz erwähnten Beiträge haben Aufnahme in den Band Arbeiterlied – Arbeitergesang gefunden.

ten (darunter Schellackplatten) und Tonaufnahmen von Arbeiterliedern. In der Sammlung Rosebery d'Arguto¹³ befinden sich Notendrucke der Volksliedbearbeitungen; Unterlagen zur Gesangsgemeinschaft Rosebery d'Arguto (1924–1935); Zeitungsartikel zu seiner Arbeit als Musikerzieher und Stimmbildner. Zur Sammlung KZ-Lieder gehören Dokumente aus faschistischen Konzentrationslagern wie Liederhefte, Zeichnungen, Fotos sowie Erinnerungsberichte. Die Bibliothek verfügt über Veröffentlichungen proletarischer Dichtung, wissenschaftliche Abhandlungen zu Arbeiterliedern und Arbeiterkultur; Zeitschriften, Jahrbücher. Auch museale Gegenstände und Sammlungsobjekte gehören zum Bestand dieses Archives.¹⁴

Inge Lammel wird ihre Gründe gehabt haben, weshalb sie ihren eigenen wissenschaftlichen Nachlass nicht dem in der neuformierten Akademie der Künste abgelegten Arbeiterliedarchiv anvertraut hat. Er befindet sich mit der Signatur S 0135 im Zentrum für Populäre Kultur und Musik der Universität Freiburg und umfasst ihre Veröffentlichungen, von ihr erschlossene Quellen, Dokumente und Materialien einschließlich Tonaufzeichnungen. Der Bestand ist auf der Website dieses Zentrums detailliert aufgelistet.

Natürlich folgte auch die Erforschung von Arbeitergesang und Arbeitermusik dem generellen Strom der historischen Wissenschaften der DDR, ging sie ebenfalls vom vorherrschenden geschichtstheoretischen Verständnis aus, bediente sie sich der entsprechenden methodologischen Instrumentarien und entzog sich nicht der Terminologie des Kalten Kriegs.¹⁵ Das drückt sich bei Inge Lammel unter anderem in einer Beschreibung historischer Vorgänge aus, die – nach ihren eigenen Worten – später als „nicht mehr zeitgemäß [...] und von heutigen Lesern als überspitzt und ‚ideologisiert‘ betrachtet werden“ können.¹⁶ Es spricht in-

¹³ Rosebery d'Arguto, eigtl. Martin Rozenberg (1890–1943), war Arbeiterchordirigent, Komponist und Stimmphysiologe. Er wurde in Auschwitz ermordet.

¹⁴ http://www.adk.de/de/archiv/archivbestand/musik/?hg=musik&we_objectID=179 [zuletzt besucht: 08.06.2017].

¹⁵ Ausführlicher hierzu im Geleitwort *Günter Bensors* zum Band *Arbeiterlied – Arbeitergesang*.

¹⁶ *Lammel*, *Arbeiterlied – Arbeitergesang*, S.14.

des für ihre wissenschaftliche Redlichkeit und ihren aufrechten Charakter, dass es Inge Lammel nicht in den Sinn kam, bei einer Neuveröffentlichung ihrer Studien in der „Nachwendezeit“ diese im Nachhinein zu „frisieren“. Der Verfasser dieses Beitrags, den sie auserkoren hatte, für einen Sammelband ihrer Erträge aus vier Jahrzehnten wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Sammlung und Erforschung von Arbeiterlied und Arbeitergesang ein Geleitwort zu schreiben, kann bestätigen, wie sehr sie auf die Erhaltung der Authentizität ihrer Studien bedacht und dass sie allenfalls bereit war, einige Begriffe zu ersetzen und Zuspitzungen zu streichen, die geeignet schienen, Verwirrung zu stiften.

Die Veröffentlichung eines Kompendiums ihrer wichtigsten Forschungsergebnisse wurde der schon fast achtzigjährigen Inge Lammel nicht leicht gemacht. Eine auf die Arbeiterkulturbewegung spezialisierte Institution hatte ihr Interesse bekundet. Obwohl ihrem Wunsch nachgekommen wurde, die Arbeiten Inge Lammels mit einer auf westdeutsche Leser zugeschnittenen „Gebrauchsanleitung“ zu versehen, kam die Publikation nicht zustande. So war es dem Verlag Hentrich & Hentrich zu verdanken, dass im Jahre 2002 ein Sammelband ihrer Studien zur Arbeitermusikultur der Öffentlichkeit übergeben werden konnte. In diesem Verlag erschienen dann weitere Arbeiten Inge Lammels.

In ihren letzten Lebensjahren hat sie sich ein neues Wirkungsfeld erschlossen. Sie befasste sich mit jüdischen Schicksalen in Berlin. Sie initiierte Tafeln zum Gedenken an ermordete Pankower Juden, setzte selbst Stolpersteine, die an jüdische Mitbürger erinnern, so noch im Sommer 2014 einen Stein in der Rosenheimer Straße 26 in Berlin-Schöneberg, der an ihre ermordeten Eltern erinnert. Sie organisierte Ausstellungen, trat dafür ein, dass ein Platz in Berlin-Pankow den Namen des jüdischen Zigarettenfabrikanten Josef Garbáty¹⁷ erhielt. Es ist wesentlich ihr Verdienst, dass das 1940 von den Nazis geschlossene Jüdische Waisenhaus in Berlin-Pankow in eine Erinnerungs- und Begegnungsstätte umgewandelt wurde. Sie machte ehemalige Zöglinge dieses Waisenhauses in aller Welt ausfindig und lud sie zur Eröffnung

¹⁷ Josef Garbáty-Rosenthal (1851–1939) zeichnete sich als Unternehmer durch ein vorbildliches soziales Engagement für seine Beschäftigten aus.

ein. In Anerkennung ihrer Leistungen wurde sie zur Ehrenvorsitzenden des Vereins Jüdisches Waisenhaus Pankow berufen.

Inge Lammel war Mitbegründerin des Bundes der Antifaschisten in Berlin-Pankow und von November 2011 bis zu ihrem Tod Ehrenvorsitzende des Landesverbands Berlin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten. Zu ihrem literarischen Spätwerk gehören – teils gemeinsam mit anderen Akteuren verfasste – Publikationen über jüdisches Leben in Pankow, eine Biographie des Baumeisters der Berliner Jüdischen Gemeinde, Alexander Beer¹⁸, eine Geschichte des Jüdischen Waisenhauses Berlin¹⁹, eine Sammlung jüdischer Lebenswege²⁰, von dem bereits eine zweite Auflage erschien. Es zeugt von der humanistischen Gesinnung Inge Lammels, wenn sie ihr eigenes Flüchtlingsschicksal mit den heutigen Flüchtlingstragödien in Verbindung brachte und die Berliner daran erinnerte, welche Bereicherung die Stadt gerade durch Flüchtlinge erfahren kann, wie sie das in einem Interview für die Berliner Zeitung zum Ausdruck brachte.²¹

Die DDR ehrte Inge Lammel als Historikerin der Arbeitermusikbewegung mit dem Kunstpreis des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds und dem Hanns-Eisler-Preis. Die BRD würdigte vor allem ihr Engagement für das Gedenken an die Opfer des Holocaust und die Traditionen jüdischen Lebens in Berlin mit dem Verdienstkreuz am Bande. Orden anzulegen, war ihre Sache nicht, sie fanden ihren Platz in einer Schublade. „Ich habe mich halt ehrenamtlich engagiert. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit“²² so ihre eigenen Worte.

Inge Lammel verstarb am 2. Juli 2015 in Berlin, wenige Wochen nach Vollendung ihres 91. Lebensjahres.

¹⁸ *Inge Lammel*, Alexander Beer. Baumeister der Jüdischen Berliner Gemeinde, Berlin 2003.

¹⁹ *Inge Lammel*, Das Jüdische Waisenhaus in Berlin. Seine Geschichte in Bildern und Dokumenten, Berlin 2004.

²⁰ *Inge Lammel*, Jüdische Lebenswege. Eine Dokumentation mit vielen Bildern und Dokumenten, Berlin 2007.

²¹ Siehe Berliner Zeitung vom 4. Juli 2014.

²² prenzlauer berg, Nachrichten vom 13. Februar 2012.

Dagmar Goldbeck

Hans Landauer (1921–2014)

Hans Landauers Berufung zum Archivar ist ungewöhnlich. Erst nach seiner Pensionierung widmete er sich intensiv dem Aufbau einer einzigartigen Spezialsammlung zum Spanischen Bürgerkrieg im Dokumentationszentrum des Österreichischen Widerstandes (DÖW) in Wien. Da brachte er die Erfahrungen und Erlebnisse eines langen reichen Lebens ein.

Geboren wurde Landauer am 19. April 1921 in Oberwaltersdorf in einer sozialdemokratisch geprägten Familie. Seine beiden Großväter waren bis zum Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAP) Bürgermeister in den zwei benachbarten Marktgemeinden Oberwaltersdorf und Tattendorf in Niederösterreich. Sie waren Kleinbauern, Mitbegründer des Arbeitsbauernbunds.¹ Hans wurde schon als Kind Mitglied der sozialdemokratischen Jungfalken und mit 14 Jahren der Jugendorganisation Rote Falken Österreich. Nach den Februarkämpfen 1934 und der Errichtung des Austrofaschismus durch Dollfuß erfolgte die Ausschaltung der Demokratie schrittweise auch in seiner engeren Heimat. „Ab diesem Zeitpunkt spielte sich das politische Leben – für mich auf zwei Ebenen – im Untergrund ab. [...] Die zweite Ebene sollte für mich und mein ganzes Leben bestimmend werden.“² Als 13jähriger Schuljunge verteilte er im Auftrag des Großvaters mütterlicherseits verbotene Zeitungen wie die „Arbeiter-Zeitung“ und die „Rote Fahne“, die illegal ins Land geschmuggelt worden waren. Für Landauer war dies ein „Hereinwachsen in den antifaschistischen Kampf“, wie er später sagte.³ Im Jahre 1935 begann er in seinem Heimatort als Blattbindergehilfe in der mechanischen Baumwollweberei

¹ *Hans Landauer*; Erinnerung an Diktatur und Verfolgung am Beispiel eines Dorfes im Wiener Becken, in: Erinnerung an Diktatur und Verfolgung im internationalen Vergleich, Leipzig 2001, S. 171–177.

² Ebd., S. 172.

³ http://de.Wikipedia.org/wiki/Hans_Landauer [zuletzt besucht: 08.06.2017].

A. Rudolf zu arbeiten. In diesem Betrieb gab es „eine radikale rote Agitation“⁴, ging die illegale Presse von Hand zu Hand.

Als 1936 in Spanien das Militär – unterstützt von Italien und Deutschland – gegen die legal gewählte linke Volksfrontregierung putschte, bildeten Antifaschisten aus der ganzen Welt Internationale Brigaden, um die Demokratie in Spanien zu verteidigen. Etwa 1 400 Österreicher schlossen sich den Interbrigadisten an. Viele von ihnen verteidigten bereits in den Februarkämpfen 1934 die Demokratie in Österreich, waren Schutzbündler, Sozialisten, Kommunisten, politisch aktive Antifaschisten. Auch Landauer sah im Kampf gegen die Truppen General Francos die letzte Chance, den Faschismus abzuwehren. Voll Abenteuerlust und glühender Überzeugung fuhr er heimlich mit drei weiteren Niederösterreichern nach Paris. Da war er 16 Jahre alt, zu jung um im Spanischen Bürgerkrieg zu kämpfen. Nur die Verheimlichung seines wahren Alters und Namens ermöglichte ihm die Weiterreise nach Albacete ins Ausbildungslager der Internationalen Brigaden. Vierzehn Tage später war er unter dem Namen seines Cousins Hans Operschall bereits Melder in der MG-Kompanie⁵ des Österreicher-Bataillons „12. Februar“ der XI. Brigade und kämpfte ab Mai/Juni 1937 im Spezialbataillon der 35. Division. Im September 1937 wurde er verwundet und erkrankte wenig später an Typhus. Nach der Niederlage im Spanischen Bürgerkrieg und dem Rückzug der Internationalen Brigaden Ende September 1938 wurde Landauer in einem Demobilisierungslager in Katalonien festgehalten. Der Kampf war verloren, doch gemeinsam mit anderen österreichischen und deutschen Freiwilligen meldete er sich im Dezember 1938 zum sogenannten Zweiten Einsatz, um den Vormarsch der Franco-Truppen zu verzögern. Am 9. Februar 1939 ging Landauer mit dem großen Flüchtlingstreck – wie die meisten überlebenden Interbrigadisten – über die Grenze nach Frankreich.

In Frankreich wurde er in den Lagern Argelès-sur-Mer, Saint-Cyprien und ab Kriegsausbruch in Gurs sowie im Gefängnis von Toulon interniert. Im Irrglauben, gefahrlos in die Heimat zurückkehren zu können,

⁴ Landauer; Erinnerung, S. 173.

⁵ Maschinengewehrkompanie.

wurde er im November 1940 in Paris verhaftet. Das Vichy-Regime lieferte ihn nach Österreich aus. Er saß im Wiener Gestapo-Gefängnis Roßauer Lände ein und wurde am 6. Juni 1941 als „Rotspanienkämpfer“ nach Deutschland in das KZ Dachau deportiert. Dort traf er zahlreiche österreichische Interbrigadisten, die mit anderen politisch Verfolgten in einer Baracke zusammengepfercht waren. Die Spanienkämpfer waren gut organisiert. Die Solidarität der Lagergemeinschaft half vielen Gefangenen zu überleben. Einige Wochen arbeitete Landauer bei einem Gleisumbaukommando, dann wurde er der Kunstformerei des Außenkommandos Porzellanmanufaktur Allach zugeteilt. „Mit der Zeit sind mehr und immer mehr Spanienkämpfer in die Porzellanmanufaktur gekommen und auch junge Spanier, die man in Frankreich verhaftet hatte. Wir waren dann 120 Mann im Kommando Porzellanmanufaktur 2“, erinnerte sich Landauer.⁶ Hier waren die Arbeits- und Lebensbedingungen vergleichsweise leichter als im KZ Dachau selbst. Nach der Befreiung am 29. April 1945 kehrte er nach Österreich zurück.

1946 heiratete Landauer die Lehrerin Hermine Pachler. Das Paar hatte vier Kinder.⁷ 1982 wurde die Ehe geschieden. In zweiter Ehe war er mit der pensionierten Bankangestellten Ilse Rest verheiratet; sie starb im Dezember 2014.

Wie viele politisch Verfolgte des NS-Regimes hatte Hans Landauer den leidenschaftlichen Wunsch, im Nachkriegsösterreich die Nazi-Verbrecher aufzuspüren und ihre Verbrechen aufzuklären. Das brachte ihn wie andere Kommunisten und Sozialdemokraten dazu, im Polizeidienst zu arbeiten. Auch, so erklärte Landauer 2005 in einem Interview „weil wir der Meinung waren, wir könnten eine andere Polizei aufbauen“.⁸ Landauer war zuerst in der Sicherheitsdirektion Niederösterreich und dann bei der Kriminalpolizei Wien, 18. Abteilung, tätig, bis er in

⁶ Landauer, Ein Hasten und Laufen, in: www.doew.a/erinnern/biographien/erzaelte-geschichte/haft... [zuletzt besucht: 08.06.2017].

⁷ Isabella (* 1947, sie starb im Alter von drei Monaten), Hans Prisciliano (1948–1982), Linda (* 1950) und Friedl Luigi (* 1957).

⁸ Demokratie verteidigen, Interview von Eva Egermann mit Landauer (1921–2014): Abschied von einem Freund, in: Junge Welt, Nr. 171 vom 26./27.07.2014, S. 11.

die Abteilung IIc des Innenministeriums (NS-Kriegsverbrechen) eintrat. Bis in die 1960er Jahre widmete er sich der Aufklärung von NS-Verbrechen. Sein erster Fall war die Ermordung von 100 Juden durch SS und Hitlerjugend im niederösterreichischen Schlieffau. Dann hatte das Innenministerium keine Verwendung mehr für ihn und versetzte ihn zur Hotelkontrolle. Bald danach ging Landauer deshalb als Angehöriger des UNO-Polizeikontingents nach Zypern. Dort deckte er 1972 getreu seiner antifaschistischen Gesinnung Neo-Nazi-Umtriebe im österreichischen Kontingent auf und wurde daraufhin diszipliniert. Das betrachtete Landauer als die bitterste Erfahrung seiner beruflichen Laufbahn.⁹ Nach seiner Rehabilitierung arbeitete er noch ein Jahr als Sicherheitsbeamter an der österreichischen Botschaft in Beirut, kehrte danach nach Wien zurück und quittierte 1983 den Dienst.

Schon lange hegte Hans Landauer den Wunsch, das Schicksal seiner ehemaligen Kameraden zu recherchieren und die entsprechenden Materialien zusammenzutragen und zu sichern. In dieser Absicht wurde er durch Herbert Steiner, dem Leiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes, bestärkt. Einen Tag nach seiner Pensionierung begab er sich sofort ins DÖW, um seine Vorhaben zu realisieren. Als ehrenamtlicher Mitarbeiter musste er zunächst aber zwei Jahre Hilfsdienste und Zuarbeiten für die wissenschaftlich Beschäftigten verrichten. Dann jedoch widmete er sich ganz seinem Lebenswerk.

„Das DÖW wurde 1963 von ehemaligen Widerstandskämpfern und Widerstandskämpferinnen und Verfolgten sowie von einigen engagierten Wissenschaftlern gegründet. Es entsprang – ebenso wie die von ihm ausgehende Widerstandsforschung – nicht der vom offiziellen Österreich vertretenen Opfertheorie (Österreich als erstes Opfer von Hitlers Aggressionspolitik), sondern dem Bemühen um Selbstdarstellung der WiderstandskämpferInnen und Verfolgten und deren Selbstbehauptung gegen Ignoranz und Verdrängung“, heißt es auf der offiziellen Internet-Seite des Archivs.

⁹ Siehe *Ernst Hackl*, Wer da liegt. Der Spanienkämpfer Hans Landauer (1921–2014): Abschied von einem Freund, in: *Junge Welt*, Nr. 171 vom 26./27.07.2014, S. 11.

„Trotz dieser Fokussierung der Gründungserklärung auf den österreichischen Widerstand umfasste die inhaltliche Tätigkeit des DÖW von Beginn an auch die Geschichte der Verfolgung, vor allem der Jüdinnen und Juden, aber auch anderer Gruppen. Das DÖW war auch als Institution stets von weltanschaulicher und religiöser Pluralität geprägt, die Vorstand, Kuratorium und die Zusammensetzung des MitarbeiterInnenstabes ebenso wie deren Tätigkeit bis heute auszeichnet. Seit 1963 gehören dem Vorstand des DÖW Repräsentanten der drei Opferverbände (ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, KZ-Verband) ebenso an wie jene der Israelitischen Kultusgemeinde, der katholischen Kirche und der Wissenschaft.

Einen Markstein in der Entwicklung des DÖW bildete 1983 die Gründung der Stiftung DÖW, die gemeinsam von der Republik Österreich, der Stadt Wien und dem Verein DÖW getragen wird und der Arbeit des DÖW ein finanzielles Fundament schuf.

Basis der Arbeiten des DÖW ist die Vernetzung der Arbeitsbereiche Archiv/Bibliothek - Forschung, durch die wir unsere Bestände als Grundlage eigener Forschungsvorhaben ebenso nützen können, wie unsere Projekte zum ständigen Anwachsen der verschiedenen Sammlungen beitragen.“¹⁰

Von 1963 bis 1983 leitete Herbert Steiner¹¹ das Archiv, seine Nachfolger wurden Wolfgang Neugebauer und Brigitte Bailer. Heute ist Gerhard Baumgartner der wissenschaftliche Leiter.

Als Hans Landauer mit seiner Arbeit begann, gab es im Dokumentationsarchiv nur 36 entsprechende Dossiers. „Also habe ich mich in die Materie gekniet.“¹² Er forschte in Österreich und mehreren europä-

¹⁰ www.doew.at/wir_uber_uns/Geschichte [zuletzt besucht: 08.06.2017]. Zur Geschichte des DÖW siehe auch: 40 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2003.

¹¹ Siehe *Winfried R. Garscha*, Herbert Steiner (1923–2001), in: *Günter Benser/ Michael Schneider* (Hrsg.), *Bewahren – Verbreiten – Aufklären*, Bonn 2009, S. 326–334.

¹² Parole „Milchkaffee“: Wie es dem Roten Falken Hans Landauer mit einer Notlüge

ischen Ländern, durchforstete alle einschlägigen Archive, Gedenkstätten und Institute. „Ein Historiker ist ein Kriminalbeamter, der in die Vergangenheit geht“.¹³ Auf seinen Spanienreisen machte er sich mit detektivischem Gespür auf die Spurensuche, besuchte die Krankenhäuser und Erholungsheime, wo österreichische Freiwillige sich eine Zeit lang befunden hatten, forschte in Gemeindeämtern und auf Friedhöfen nach den Gräbern der 265 Gefallenen und legte Dossiers an. Seine Berufserfahrungen als Polizeibeamter waren bei den Ermittlungen sicherlich von Nutzen. Sein Freund Erich Hackl beschreibt anschaulich seine Arbeitsmethoden: „Er klapperte Rathäuser, Stadtarchive, Standesämter ab, lief auf Friedhöfe, freundete sich mit Lehrerinnen, Lokalhistorikern, Gemeindepolizisten an, die ihm bei der Suche behilflich waren. Noch mit fünfundachtzig war Hans täglich, oft auch am Wochenende, damit beschäftigt, neue Unterlagen zu sichten oder Anfragen zu bearbeiten, immer bereit zu helfen und mit ungebrochenem Elan. Erstaunlich war, daß ihm diese Arbeit nie zur Routine geriet. Er blieb empfindsam, wißbegierig, begeisterungsfähig.“¹⁴ In Rage geriet Landauer, so Hackl, über ungerechtfertigte Urteile und war besonders berührt vom Schicksal jener mittellosen Freiwilligen, die schon nach wenigen Tagen gefallen waren. Sie der Anonymität zu entreißen, war ihm Herzensangelegenheit.

Mit Akribie dokumentierte er den Anteil der Österreicher am Spanischen Bürgerkrieg und baute in zwanzig Jahren eine einzigartige Spezialsammlung auf. Er stellte Quellenmaterial über rund 1 400 österreichische Freiwillige, Männer und Frauen, zusammen. Zu den einzelnen Personen wurden die verschiedensten Unterlagen erfasst, wie autobiographische Texte, Kopien amtlicher Dokumente, Fotos, Briefe und Zeitungsartikel. Die Sammlung schließt auch Daten zu deutschen Spanienkämpfern ein. Sie wird durch eine Spezialbibliothek „Spanischer

gelang, in den Spanienkrieg zu ziehen. Interview von Karlen Vesper mit Landauer, in: Neues Deutschland vom 16.07.2011, S. 3. In diesem Interview nennt Landauer eine Zahl von etwa 1 500 Österreichern, die in den Interbrigaden gekämpft haben.

¹³ Hans Landauer, Letzter Spanien-Kämpfer aus Österreich ist tot, in: <http://derstandard.at/2000003.336415/Hans-Landauer> [zuletzt besucht: 08.06.2017].

¹⁴ Hackl, Wer da liegt, S. 11.

Bürgerkrieg“ ergänzt. Mit Rat und Tat stand Landauer bei dieser Arbeit vor allem Herbert Exenberger zur Seite, der langjährige Bibliothekar des DÖW.¹⁵ Exenberger, Autor, engagierter Sozialdemokrat und Antifaschist, teilte eine Eigenschaft mit Hans Landauer: Selbstlosigkeit und Hilfsbereitschaft. Sie unterstützten jeden, der sich mit Fragen an sie wandte.¹⁶ Stolz stellte Landauer fest: „Es gibt kein Archiv der Welt, das die Gruppe von Menschen, die in den 30er Jahren dem spanischen Volk zu Hilfe gekommen ist, so gut dokumentiert wie bei uns in Österreich.“¹⁷

Zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Spanischen Bürgerkriegs erschien 1986 die Dokumentation „Für Spaniens Freiheit. Österreicher an der Seite der Spanischen Republik 1936–1939.“¹⁸ Landauer war einer der Hauptautoren. Gemeinsam mit dem Schriftsteller Erich Hackl gab er 2000 das „Album Gurs“¹⁹ heraus, welches die Zeit in diesem Internierungslager der Interbrigadisten dokumentiert. 2003 veröffentlichte Landauer in Zusammenarbeit mit Hackl das Ergebnis seiner jahrzehntelangen Bemühungen im „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939“. Es war die bislang umfangreichste und vollständigste Darstellung einer nationalen Gruppe von Spanien-Freiwilligen und war schnell vergriffen. Viele neue Informationen und Erkenntnisse machten eine grundlegende Überarbeitung unumgänglich. Deshalb kam 2008 eine verbesserte und erweiterte Neuauflage heraus.²⁰ Unter dem Titel „ÖsterreicherInnen für Spaniens Freiheit 1936–1939“ stellte das DÖW nunmehr eine aktualisierte und erweiterte Online-Veröffentlichung dieses Lexikons ins Netz. Sie enthält rund 1400 Kurzbiographien, die durch Dokumente und über 1500 Fotos ergänzt wurden. Erst 2015 erschien eine gleichwertige Veröffentlichung in Deutschland, die

¹⁵ Herbert Exenberger (1943–2009) war von 1970 bis 2003 Bibliothekar im DÖW und baute die Bibliothek zu einer im In- und Ausland geschätzten Einrichtung aus.

¹⁶ Schreiben von Hackl an die Autorin, 19.11.2015.

¹⁷ Demokratie verteidigen, S. 3.

¹⁸ Für Spaniens Freiheit. Österreicher an der Seite der Spanischen Republik 1936–1939. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1986.

¹⁹ *Ernst Hackl/Hans Landauer* (Hrsg.), *Album Gurs*. Ein Fundstück aus dem Widerstand, Wien 2002.

²⁰ *Ernst Hackl/Hans Landauer*, *Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939*, Wien 2003, verb. u. verm. Aufl., Wien 2008.

jenseits aller ideologischen Differenzen die Männer und Frauen würdigt, welche in jenen Jahren in Spanien gekämpft oder gearbeitet haben beziehungsweise auf vielfältige Weise ihren Beitrag zur Verteidigung der Republik geleistet haben.²¹

Als Zeitzeuge wurde Hans Landauer zu einem der bekanntesten Gesichter des Widerstands gegen Austrofaschismus und Nazi-Ideologie. Doch nicht immer erfuhr er Anerkennung und Zuspruch von den noch lebenden Spanienkämpfern, persönliche Animositäten und gegensätzliche politische Auffassungen hemmten anfangs auch seine Arbeit.²² Gern und ausführlich hat Landauer über den Widerstand im KZ Dachau und über die Lebensbedingungen im Außenkommando Porzellanmanufaktur in Allach erzählt sowie über den Kampf der Internationalen Brigaden.²³ Ohne Pathos, vielmehr war es „ein nüchternes, faktenreiches, abwägendes Berichten“.²⁴ Ebenso ließ er sich auch in seiner Forschungsarbeit nicht von ideologischen Prämissen und moralischen Ansprüchen leiten, so Hackl.

Wenngleich persönlich von vielem enttäuscht und desillusioniert, hat er sich stets für seine ehemaligen Kameraden engagiert, seit 1991 als langjähriger Obmann in der „Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 und der Freunde des demokratischen Spaniens“ sowie für die KZ-Gemeinschaft Dachau. Hans Landauer starb am 9. Juni 2014 nach langer Krankheit im engsten Familienkreis in seinem Geburts- und Elternhaus in Oberwaltersdorf.

²¹ *Werner Abel/Enrico Hilbert* (Hrsg.), „Sie werden nicht durchkommen“. Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution, Bd. 1, Lich 2015. Dieser Band enthält ca. 3 500 Biographien. Weitere ca. 1 000 Personen konnten nach Drucklegung ermittelt werden. Bd. 2 in Vorbereitung.

²² Von 1937 bis 1948 war Landauer Mitglied der Juventud Socialista Unificada und der KP Österreichs, eine kurze Zeit nach 1945 auch der SPÖ.

²³ *Simon Rosner*, Hans Landauer 1921–2014. Nachruf, in: Wiener Zeitung Online vom 22.7.2014.

²⁴ *Hackl*, Wer da liegt, S. 10.

Andreas Diers und Rudolf Steffens

Arthur Lehning (1899–2000)

Im Jahre 1979 erschien im Rowohlt Verlag ein Buch, dessen Titel „Die zornigen alten Männer“ die Hoffnungen ansprach, die die Angehörigen jener Generation, die Krieg und Faschismus im Widerstand durchlebt und durchlitten hatten, für die Nachkriegsordnung hegten. Sie wollten eine Neugestaltung Deutschlands, in der die Ursachen von gesellschaftlicher Ungerechtigkeit, Krisen und Krieg beseitigt sind. Ihr Zorn richtete sich gegen die Geschichtsvergessenheit und die Verdrängung der Verbrechen des Naziregimes. In diesem Sinne ist Arthur Lehning zeitlebens ein „zorniger“ Mann gewesen. Auch er konnte sich nicht mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen abfinden. „Deshalb will ich gestehen, daß dieser Verlust geschichtlicher Vorstellungen und geschichtlichen Denkens mich häufig in Wut bringt.“¹ Als Sozialhistoriker und Publizist leistete er seinen eigenen Beitrag gegen Geschichtsvergessenheit. In der Reihe der überwiegend auf die Organisation der arbeitenden Klasse in Gewerkschaften und Parteien orientierten politisch aktiven Wissenschaftler, Publizisten, Gewerkschafter wäre er als Vertreter der anarcho-syndikalistischen Richtung² vielleicht eine provokative Ergänzung gewesen.

In dieser biographischen Skizze sollen schwerpunktmäßig vier hervorragende Aspekte seines Lebens behandelt werden: Arthur Lehnings Rolle in der anarcho-syndikalistischen Bewegung sowie seine poli-

¹ *Wolfgang Abendroth*, „Haben wir ‚Alten‘ noch etwas zu sagen? Sind wir zornig?“ in: *Axel Eggebrecht* (Hrsg.), *Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945*, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 148.

² Arthur Lehning versteht den Anarchismus als „Teil des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse“. Auch ihm schwebt eine Gesellschaft ohne Privatbesitz an den Produktionsmitteln vor. „Die Bildung politischer Parteien und die Eroberung der Staatsmacht“ hält er für unzweckmäßig „und das hauptsächlich deshalb, weil er eine Gesellschaft ohne Staat“ propagierte, die unter Bewahrung von Autonomie und Freiheit föderativ organisiert werden sollte. *Arthur Lehning*, *Anarchismus – Das Prinzip des gesellschaftlichen Lebens*, in: *Ich will weder befehlen noch gehorchen. Marxismus und Anarchismus*, Bd. 2, Berlin o.J., S. 12.

tisch-publizistische Praxis, seine Verdienste um die Erhaltung des schriftlichen Erbes der Arbeiterklasse, seine Aktivitäten als Vermittler zwischen Kunst und Politik sowie sein Wirken als Historiker.

Lehning wurde am 23. Oktober 1899 in Utrecht als Sohn deutscher Eltern geboren. Nach Abitur und Wehrdienst studierte er ab 1919 Wirtschaftswissenschaften in Rotterdam, ab 1922 belegte er in Berlin außerdem Geschichte und kunsthistorische Seminare. Bereits zu Beginn seines Studiums wurde er durch den Antimilitaristen und christlichen Sozialisten Bart de Ligt mit den Ideen des Antimilitarismus, Anarchismus und Syndikalismus bekannt und las Texte Michail Bakunins. Während seines Studiums in Berlin kam er in Kontakt mit dem deutschen Anarchosyndikalisten Rudolf Rocker sowie mit russischen Anarchisten, darunter Alexander Berkman, Emma Goldman und Alexander Schapiro. „Ihr von Michael Bakunin geprägtes Revolutions- und Staatsverständnis, dass es keine Freiheit ohne Sozialismus und keinen Sozialismus ohne Freiheit geben kann, wurde Leitmotiv für Arthur Lehnings künftiges Wirken.“³ „Die Begegnung mit den deutschen und russischen Anarcho-Syndikalisten [...] hat für die nächsten fünfzehn Jahre meine politische Tätigkeit bestimmt“, schrieb er in seinen Erinnerungen.

Die emigrierten russischen Anarchisten hatten 1921 eine anonym verfasste Broschüre „Die russische Revolution und die Kommunistische Partei“ veröffentlicht, in der sie scharfe Kritik an der politischen Entwicklung in der entstehenden Sowjetunion übten. Arthur Lehning zitiert daraus: „Das Weltproletariat Muss die große Tragödie der Arbeiter Rußlands verstehen: Das Weltproletariat Muss ehe es zu spät ist, die würgende Schlange lösen. Wenn nicht, dann wird Sowjetrußland, einst der Herd der sozialen Weltrevolution, wieder die Werkstätte schwärzester Reaktion werden.“⁴

Lehning wurde zu einem aktiven Mitglied in der anarcho-syndikalistischen Bewegung und gehörte zu deren sozialistischen Flügel. Er arbei-

³ *Volker Külow*, Am Sonnabend begeht der niederländische freiheitliche Sozialist Arthur Lehning seinen 100. Geburtstag, in: *trend online zeitung* 11/1999, 29, S. 1.

⁴ *Lehning*, Autobiographisches, S. 22.

tete in einem Komitee mit, das sich für die Freilassung der in der Sowjetunion verfolgten Anarchisten und Sozialrevolutionäre einsetzte. Auch der Beginn seines Engagements im Kampf gegen Militarismus und Krieg fällt in diese Zeit. So wurde er 1922 Korrespondent des 1921 in Den Haag gegründeten Internationalen Antimilitaristischen Büros (IAMB).

Nach Abschluss seines Studiums folgten längere Auslandsaufenthalte in Wien und Paris, bis er im Jahre 1926 wieder nach Holland zurückkehrte. Dort war er weiterhin in der syndikalistischen Bewegung und in der anarchistisch orientierten antimilitaristischen Bewegung tätig. Er vertrat als Delegierter die IAMB und die Internationale Arbeiter-Association (IAA), den im Dezember 1922 gegründeten anarchistischen Gewerkschaftsbund, auf den Weltkongressen der Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit in Brüssel (1927) und Frankfurt am Main (1929). Mehrere dort anwesende Delegierte, wie Jawaharlal Nehru, Ho Chi Min und Mohammad Hatta sollten später in den antikolonialen Befreiungskämpfen ihrer Länder eine herausragende Rolle spielen.⁵

1926 wurde Lehning in das Sekretariat der Internationalen Antimilitaristischen Kommission gewählt, die aus dem IAMB und der IAA gebildet wurde und die Aufgabe hatte, die antimilitaristische Arbeit in Form eines ab 1929 erscheinenden Pressedienstes zu dokumentieren.

Als weitere Funktion innerhalb der anarcho-syndikalistischen Bewegung übte er neben Augustin Souchy⁶, Alexander Schapiro und Rudolf Rocker in den Jahren 1932 bis 1935 das Amt eines Sekretärs der IAA aus. In dieser Eigenschaft unternahm er im Oktober 1936 zusammen

⁵ Ebd. S. 24.

⁶ *Augustin Souchy*, „Vorsicht: Anarchist! Ein Leben für die Freiheit“, Darmstadt/Neuwied 1977. Seltsamerweise erwähnt Souchy Arthur Lehning, mit dem er längere Zeit zusammengearbeitet hat, in seinen Memoiren nicht. Möglich, dass für ihn der Name Lehning diskreditiert war, war doch dessen Bruder Hans Werner Müller-Lehning zur Zeit der deutschen Besatzung der Niederlande mitverantwortlich für den Raub jüdischen Vermögens. Siehe Wikipedia, de vrije encyclopedie Artikel: Hans Werner Müller.

mit Souchy und Schapiro in Spanien den vergeblichen Versuch, „in Gesprächen mit führenden Anarchisten die Bürokratisierung und Zerschlagung der Sozialen Revolution zu verhindern⁷. Er lehnte den Eintritt der Anarchisten in die Volksfrontregierung ab, setzte auf „die Fortsetzung der Revolution gegen Faschismus und Stalinismus“.⁸

Seinen persönlichen Beitrag zum Kampf gegen den deutschen Faschismus hat Lehning im Londoner Exil als Mitarbeiter der niederländischen Abteilung der BBC, im britischen Außenministerium und für das US-Kriegsinformationsministerium geleistet.⁹

Bereits während seines Studiums in Rotterdam begann Lehning auch seine umfangreiche publizistische Tätigkeit. Es erschienen zahlreiche Aufsätze und Broschüren¹⁰, in denen er seine Auffassungen entwickelte und von denen an dieser Stelle nur einige exemplarisch erwähnt werden sollen, die sein pazifistisches Engagement und seine antiimperialistischen Überzeugungen dokumentieren. So behandelte er 1922 in „Der Syndikalist“ ein seinerzeit aktuelles Thema: „Der holländische Antimilitarismus“. Im folgenden Jahr, dem Jahr des sogenannten Hitler-Putschs, veröffentlichte er in „Erkenntnis und Befreiung“ einen Aufsatz über „Die Wurzeln des deutschen Faschismus“. In Auseinandersetzung mit der Rolle der Sozialdemokratie im Zeitalter des Imperialismus verfasste er 1924 „Die Sozialdemokratie und der Krieg“. Gegen deren Rechtfertigung sogenannter Verteidi-

⁷ Johannes Hilmer, Arthur Lehning zum 100. Geburtstag, in: www.anarchismus.at/geschichte-des-anarchismus-in-deutschland/614-johannes-hilmer-arthur-lehning-zum-100-geburtstag, S. 4 [zuletzt besucht: 08.06.2017]. Für diese Zeit fehlen detailliertere Informationen. Sie wären insofern aufschlussreich, als die Tätigkeit für Regierungsinstitutionen und Militärbehörden im Grunde seinen pazifistischen Überzeugungen widersprach, der Faschismus jedoch kaum mit Strategien zivilen Ungehorsams zu schlagen war. In seiner autobiographischen Skizze, *Arthur Lehning: Autobiographisches zu Politik und Kultur*, in: *Heribert Baumann/Francis Bulhof/Gottfried Mergner, Anarchismus*, Oldenburg 1985 S. 16–28, finden sich dazu ebenso wenig Angaben wie in den Beiträgen von Volker Külöw und Johannes Hilmer.

⁸ Hilmer, Arthur Lehning, 90, in: *taz* vom 23.10.1989, S. 2.

⁹ *Ders.*, Arthur Lehning, 100, S. 5.

¹⁰ Francis Bulhof verweist auf die bereits seinerzeit 600 Titel umfassende Bibliographie Arthur Lehnings, in: *Baumann/Bulhof/Mergner, Anarchismus*, S. 10.

gungskriege propagierte er unter Bezugnahme auf Positionen, wie sie bereits in der I. Internationalen Arbeiterassoziation in einer Resolution des Brüsseler Kongresses 1868 formuliert wurden, die Strategie des Generalstreiks. Unter dem Titel „Kolonialkrieg und Weltfrieden“ kritisierte er 1925 in „Der Syndikalist“ die holländische Kolonialpolitik.¹¹ 1929 und 1930 veröffentlichte er in der Zeitschrift „Die Internationale“, der Monatszeitschrift der anarcho-syndikalistischen Freien Arbeiter-Union, eine Artikelserie unter dem Titel „Marxismus und Anarchismus in der russischen Revolution“. Dort definierte er Sozialismus kurz und bündig: „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“.¹²

Eine biographische Skizze über einen zeit seines Lebens politisch und publizistisch, wissenschaftlich und organisatorisch aktiven Menschen, der seinen 100. Geburtstag feiern konnte, muss naturgemäß bruchstückhaft bleiben. Doch würde ein wesentlicher Bereich fehlen, bliebe Arthur Lehnings Rolle als Vermittler zwischen Kunst und Politik unerwähnt. Als Herausgeber der Avantgarde-Zeitschrift „i 10. Internationale Revue“ (1927–1929) gab er all jenen neuen revolutionären Strömungen in Kunst und Politik ein Forum, „die seine Überzeugung widerspiegeln, dass ‚nur eine Revolutionierung des gesamten Lebens‘ den Aufbau einer herrschaftsfreien Gesellschaft ermöglicht“.¹³ Unterstützt von den Redakteuren J. J. P. Oud und Lázló Moholy-Nagy schrieben für diese in vier Sprachen erscheinende Zeitschrift bedeutende Intellektuelle und Künstler: Dadaisten, Philosophen, Architekten, Anarchisten, Maler, Schriftsteller und Frauenrechtlerinnen.¹⁴ Zu den Mitarbeitern gehörte auch Emil Gumbel, der den Justizskandal der Weimarer Republik, die nachsichtige Bestrafung der Mörder von rechts und die rigorosen Urteile gegen linke Täter statistisch aufgearbeitet hatte.¹⁵

¹¹ Siehe ebd.

¹² *Lehning*, Autobiographisches, S. 19.

¹³ *Hilmer*, Arthur Lehning, 100, S. 4.

¹⁴ Siehe ebd., S. 4.

¹⁵ *Emil Gumbel*, Vier Jahre politischer Mord, Heidelberg 1980.

Arthur Lehning unterstützte mit seinen Beiträgen die breite Solidaritätsaktion für die Freilassung der unschuldig zum Tode verurteilten Anarchisten Sacco und Vanzetti. Er setzte sich für eine radikale Reform der sexuellen und gesellschaftlichen Moral in Holland und für die Aufhebung des Abtreibungsverbots ein und versuchte, die „Widersprüche und Lügen in der veröffentlichten Meinung aufzuzeigen.“¹⁶ Dass diese Beiträge ein breiteres Publikum erreichten, erscheint bei 250 Abonnenten eher unwahrscheinlich. Die Zeitung musste schließlich aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt werden.

Daneben entfaltete Arthur Lehning eine umfangreiche Vortragstätigkeit. Sein letzter öffentlicher Auftritt fand am 17. Februar 1933 in Berlin statt, als er zum Thema „Der sozialistische Staatsbegriff und der staatlose Sozialismus“ sprach.

In den Niederlanden war es Ausländern untersagt, sich politisch zu betätigen. Da Lehning damit rechnen musste, als Ausländer eingestuft zu werden, legte er 1935 seine Ämter nieder. Er wandte sich anschließend wissenschaftlichen und publizistischen Aufgaben zu.¹⁷ Die Aufgaben wurden unterbrochen durch seine kurzzeitige Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg.

Bereits während seines Studiums in Berlin hatte Lehning begonnen, Bücher zur Geschichte des Anarchismus und der „alten“ deutschen sozialdemokratischen Partei zu sammeln. Seine private Bibliothek wuchs im Laufe seines Lebens auf viele Tausend Bände an. 2014 gab das „Rote Antiquariat“ in Berlin einen Katalog heraus, in dem als Auswahl des (Teil)Nachlasses von Arthur Lehning über 1 000 Angebote an Broschüren, Büchern, Zeitungen und Plakaten verzeichnet waren.¹⁸ Lehning hinterließ eine umfangreiche Sammlung zur historischen Arbeiterbewegung, die viele Themenbereiche abdeckte. „Im Bereich des revolutionären Syndikalismus pflegte Lehning eine wohl einzigartige

¹⁶ Hilmer, Arthur Lehning, 100, S. 4.

¹⁷ Siehe Auswahlbibliographie, nur Nachweis deutscher Texte, in: *Baumann/Bulhoff/Mergner*; Anarchismus in Kunst und Politik. S. 13–15.

¹⁸ Rotes Antiquariat. Katalog Sommer 2014. Anarchistica/Socialistica. Aus dem Nachlass von Arthur Lehning, Berlin 2014.

Kollektion, die nahezu sämtliche Länder umfasst, in denen in diesem Bereich organisatorische Aktivitäten registriert werden können“, heißt es im Vorwort des Kataloges.¹⁹

Für Lehnings Aktivitäten als Sammler war seine Begegnung mit Max Nettlau von großer Bedeutung. Er hatte den Historiker 1924 in Wien kennengelernt. Nettlau, der selbst eine sehr bedeutende Bibliothek besaß, wurde für Lehning zu einem wichtigen Ratgeber nicht nur zur Geschichte des Anarchismus und der Ideen Bakunins, sondern auch bezüglich der Erwerbung antiquarischer Literatur und deren Katalogisierung.²⁰

Auf Einladung seines früheren Professors N. W. Posthumus wirkte Lehning seit 1935 am Aufbau des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam mit.

Dieses Institut erwarb sich unschätzbare Verdienste bei der Sammlung von Nachlässen, Archivalien, Zeitungen und Zeitschriften, Büchern und grauer Literatur, die für die wissenschaftliche Erforschung der verschiedenen Zweige der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts unabdingbar waren und sind.²¹ Lehning wurde insbesondere verantwortlich für die französischen, spanischen und italienischen Bestände sowie für die Anarchismussammlungen des ISSG. Zu den bedeutsamen Nachlässen gehören diejenigen von Marx und Engels und auch die „legendäre 40 000 Bände umfassende Anarchismus-Bibliothek Max Nettlaus“²², welche durch die Vermittlung von Lehning für das ISSG erworben werden konnte. 1939 beschloss die Leitung des Instituts, die wertvollsten Quellen- und Dokumentensammlungen vor der drohenden Beschlagnahme durch die deutschen Besatzer nach England zu überführen. Lehning nahm viele Archivalien persönlich mit nach Oxford. Von 1939 bis 1947 war er Geschäftsführer der dortigen Filiale des IISG, klassifizierte und katalogi-

¹⁹ Ebd., S. 3.

²⁰ Siehe *Percy B. Lehning*, Arthur Lehning, in: *Rotes Antiquariat. Katalog Sommer 2014*, S. 11.

²¹ Auch der Nachlass von Wolfgang Abendroth ist dort zugänglich.

²² *Külow*, *Am Sonnabend*, S. 2.

sierte die nach Oxford ausgelagerten Bestände. Unermüdlich erwarb er weiter Literatur für das Institut und seine private Bibliothek und nutzte dafür seine zahlreichen Kontakte zu Buchhändlern und Antiquaren.²³

Nach Kriegsende – er war mittlerweile britischer Staatsbürger geworden – wandte sich Lehning einer neuen Aufgabe zu, die es ihm ermöglichte, seine wissenschaftlichen Neigungen mit der Anteilnahme an aktuellen Geschehnissen zu verbinden. Anfang der 1950er Jahre war Lehning maßgeblich am Aufbau einer Bibliothek in Djakarta beteiligt.²⁴ Auf Anregung von Mohammad Hatta hatte ihn 1949 die indonesische Regierung mit der Errichtung einer Bibliothek für Ökonomie und Politik im von den Niederlanden unabhängig gewordenen Land beauftragt. 15 000 Bände Bücher und Zeitungen, die er auf Reisen durch ganz Europa bei vielen Antiquariaten erworben hatte, bildeten den Grundbestand dieser dem IISG vergleichbaren Bibliothek für Sozialgeschichte. Sie wurde 1952 eröffnet, Lehning offiziell eingestellt. Zudem übernahm er eine Professur an der Universität von Djakarta, die er von 1954 bis 1957 innehatte.

Zurückgekehrt nach Amsterdam, widmete sich Lehning wieder der Sozialgeschichte. „Buonarroti, der größte Konspirator seit der Französischen Revolution, [...] wurde ein ‚Objekt‘ meiner Studien.“²⁵ Anschließend begann er mit der Herausgabe einer historisch-kritischen Gesamtausgabe der Schriften Michail Bakunins, dem, wie er ihn charakterisierte, größten russischen Revolutionär des neunzehnten Jahrhunderts und bedeutendsten Theoretiker des Anarchismus und Anarchosyndikalismus.²⁶ In den Jahren 1961 bis 1981 edierte Lehning die wichtigsten Werke Bakunins in den „Archives Bakounine“.²⁷ Den letzten Band dieser siebenbändigen Edition, der die zentralen Aussagen Bakunins zu Atheismus, Föderalismus und Kollektivismus enthält, konnte er zu Lebzeiten nicht mehr abschließen. In Anerkennung seiner

²³ *Percy B. Lehning*, Arthur Lehning, S. 12f.

²⁴ Siehe *Külow*, Am Sonnabend, S. 2.

²⁵ *Arthur Lehning*, Autobiographisches zu Politik und Kultur, in: *Anarchismus in Kunst und Politik*. Arthur Lehning zum 85. Geburtstag, Oldenburg 1985, S. 25.

²⁶ Siehe ebd., S. 25.

²⁷ Siehe *Hilmer*, Arthur Lehning, 100, S. 5.

Verdienste als Sozialhistoriker und Schriftsteller wurde ihm im Jahre 1992 der Literaturpreis De Gouden Ganzenveer (Goldene Gänsefeder) verliehen.

Die Zugänglichkeit der Texte Bakunins bildete für Teile der entstehenden Protestbewegung in den 1960er Jahren in Europa und Amerika die theoretische Grundlage für die Hinwendung zu Formen des zivilen Ungehorsams und des Antimilitarismus. Die freiheitlichen Gedankengänge des Anarchismus blieben, auch ohne dass sich die Protestbewegungen ausdrücklich dazu bekannten – so jedenfalls urteilt Arthur Lehning – nicht ohne Einfluss auf „die Grünen, die ‚Alternativen‘, [und] die beispiellosen Massenbewegungen, [...] gegen den Atomkrieg.“²⁸

Arthur Lehning hat die utopische Erwartung auf die Errichtung einer libertären Gesellschaft nie aufgegeben. Diese Gesellschaft sollte nach den Grundsätzen des Kollektivismus und Föderalismus organisiert sein. Der Staat sollte ersetzt werden, und hier tritt die Differenz zu marxistischen Auffassung zur Rolle des Staats zu Tage, „durch eine Organisation autonomer, selbstverwalteter sozialer, ökonomischer und kultureller Organe, die sich auf der Ebene von Provinzen und Nationen international zusammenschließen“²⁹. In der Pariser Kommune, den Sowjets zu Anfang der Russischen Revolution und den Kollektivierungen im Spanischen Bürgerkrieg sah er modellhaft dieses Ideal der libertären Gesellschaft verwirklicht.³⁰

Während Lehning ursprünglich die anarchistische Tradition des Generalstreiks als geeignete Strategie zur Verhinderung von Kriegen und als Mittel befürwortete, um die soziale Revolution einzuleiten, gelangte er später zu einer Position, die als ziviler Widerstand zu kennzeichnen wäre. Zur Verteidigung einer siegreichen Revolution gegen eine konterrevolutionäre Intervention von außen traten Lehning und Albert de Jong „für gewaltfreie Aktionen, wie Streiks, Boykott, Steuerverweigerung, passiven Widerstand und die Verweigerung jeder Zusammenar-

²⁸ *Lehning*, Autobiographisches, S. 27.

²⁹ Ebd., S. 26.

³⁰ Ebd.

beit mit den Aggressoren³¹ ein. Mit dieser Position, Ziele künftigen gesellschaftlichen Handelns bereits in den Mitteln, dem gewaltlosen Widerstand also, vorwegzunehmen, sollten Lehning und de Jong innerhalb der IAA in der Minderheit bleiben.³² Der barbarische, hochgerüstete Faschismus in Deutschland und Italien konnte nur mit Waffengewalt beseitigt werden.

Das Konzept des zivilen Ungehorsams hat sich in den Massenbewegungen gegen Atomtod und Atomkraft, in Bürgerrechtsbewegungen, in Befreiungsbewegungen und „friedlichen Revolutionen“ als durchaus wirksames Mittel erwiesen.

Wie im Zeitalter asymmetrischer und „begrenzter“ Kriege, global einsetzbarer automatisierter Tötungsmaschinen allerdings ein erfolgreicher ziviler Widerstand organisiert werden könnte, mag dahin gestellt bleiben. Arthur Lehning jedenfalls hielt an der Hoffnung auf die Verwirklichung eines „freiheitlichen und konstruktiven Sozialismus“ fest, und er sah 1985 keinen Grund, seine „Ideen zu ändern, nur weil sie, bis jetzt, weit entfernt von der Verwirklichung sind, umso weniger, weil sie immer mehr von der Geschichte bestätigt werden.“³³

Zeitlebens war Arthur Lehning publizistisch tätig, redigierte verschiedene Zeitschriften, hielt Vorlesungen und Vorträge. 1994 stellte er fest, dass er in 140 verschiedenen regelmäßig erscheinenden Blättern Beiträge veröffentlicht hatte.³⁴ Er starb am 1. Januar 2000 in Lys-Saint-Georges.

³¹ Hilmer, Arthur Lehning, 100, S. 2; siehe *Lehning*, Autobiographisches, S. 26; vgl. in diesem Zusammenhang die von Theodor Ebert entwickelten Konzepte zu einer nichtmilitärischen Verteidigung im Zeitalter der Atombombe. *Theodor Ebert*, Soziale Verteidigung. Formen und Bedingungen zivilen Widerstands, Waldkirch 1983.

³² Hilmer, Arthur Lehning, 100, S. 3.

³³ *Lehning*, Autobiographisches, S. 27.

³⁴ [http://deu.anarchopedia.org/Arthur Lehning](http://deu.anarchopedia.org/Arthur_Lehning) [zuletzt besucht: 08.09.2017].

Frauke Mahrt-Thomsen

Bona Peiser (1864–1929)

Bona Peiser wurde am 26. April 1864 als Tochter des jüdischen Verlagsbuchhändlers Wolf Peiser und seiner Frau Rosalia, geb. Gottheil, in Berlin geboren. Die Eltern stammten beide aus der Provinz Posen, der Vater besaß seit Anfang der 1850er Jahre eine Buchhandlung in der Spandauer Vorstadt und ab 1866 einen eigenen Verlag in der Auguststraße 73, mit Druckerei und Zeitungsexpedition, von der ab 1868 unter anderem die „Deutsche Tabakzeitung“ vertrieben wurde. Der 1862 geborene Bruder Felix Ernst Peiser studierte klassische Philologie, Geschichte und semitische Sprachen, wurde ein bedeutender Assyriologe und Professor an der Universität Königsberg.

1871 starb Wolf Peiser und die Mutter heiratete 1874 den Buchhändler Gotthold Samuel Kaliski. Dieser wurde Inhaber des Wolf-Peiser-Verlages und übernahm den Vertrieb der „Deutschen Hausfrauenzeitung“ von Lina Morgenstern, ab 1898 auch der von seinem Stiefsohn herausgegebenen „Orientalistischen Literaturzeitung“. 1875 erwarb Kaliski das Haus Brandenburgstraße 11 in der Luisenstadt (heute: Lobeckstraße in Kreuzberg). In diesem typischen Mietshaus in einem gewerbereichen Mischquartier am Rande des Berliner Zentrums wohnte Bona Peiser, zeitweise als (Mit-) Eigentümerin, bis zum Ende ihres Lebens.

Nach ihren eigenen Angaben stand ihr für die schulische Bildung – wie allen Frauen in Deutschland – nur die Höhere Töchterschule offen. Sie besuchte von 1870 bis 1875 mit großer Wahrscheinlichkeit die nahegelegene Luisenschule, die erste Höhere Töchterschule der Stadt Berlin, in der Oranienburger Straße 69 / Ziegelstraße 8, und nach dem Umzug in die Luisenstadt vermutlich bis zum Jahre 1880 oder 1881 die Viktoriaschule in der Prinzenstraße 45.

Für Bona Peiser begann eine längere Phase der Selbststudien und der Suche nach einem Tätigkeitsfeld, das längerfristige berufliche Perspek-

tiven eröffnete. Bei ihren Sondierungen konzentrierte sie sich sicher frühzeitig auf den Bereich, der ihr von Kindheit an vertraut war, auf die Arbeit mit Büchern.

Seit 1850 gab es städtische Volksbibliotheken in Berlin, aber diese waren jahrzehntelang nur kleine Ausleihstellen in Schulen ohne Fachpersonal, nur nebenamtlich von Lehrern betreut. Voraussetzung für eine Tätigkeit als Bibliothekar in einer wissenschaftlichen Bibliothek war eine akademische Ausbildung – eine unerreichbar hohe Hürde für Frauen, denen in Preußen nicht vor 1893 schrittweise die Möglichkeit zur Erlangung des Abiturs eröffnet wurde und erst ab 1908 der Zugang zum regulären Hochschulstudium.

Aber im Laufe der 1880er Jahre erschienen in den Zeitschriften des wissenschaftlichen Bibliothekswesens zunehmend Berichte über die beeindruckenden Erfolge der Public Libraries in den angloamerikanischen Ländern,¹ wo es ein schnelles Wachstum der Bibliotheksbestände gab und eine rasche Vermehrung des hauptamtlichen Personals. Dieses wurde systematisch ausgebildet, ab 1887 in den USA auch in einer eigenen Bibliotheksschule, und bestand zunehmend aus weiblichen Beschäftigten.² Mitglieder der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung und wissenschaftliche Bibliothekare wie Constantin Nörrenberg aus Kiel sowie weitere Vertreter des liberalen, reformorientierten Bürgertums begannen daraufhin, sich für neue Formen einer Bildungsbibliothek für alle Schichten der Bevölkerung in Deutschland einzusetzen und unterstützten ab Anfang der 1890er Jahre die Bücher- und Lesehallen-Bewegung.

Bona Peiser konnte im Laufe der 1880er Jahre – zum Teil in ihrem unmittelbaren Umfeld – auch die wachsenden Aktivitäten der sich formierenden Frauenbewegung beobachten, zur Verbesserung der Bil-

¹ *Eduard Reyer*, Amerikanische Bibliotheken, in: Centralblatt für Bibliothekswesen, 3 (1886), S. 121–129.

² 1878 waren bereits 2/3 der Beschäftigten in der Public Library von Boston Frauen, 1910 in den öffentlichen Bibliotheken der USA fast 80 Prozent.

derungssituation der Frauen,³ ihrer Bürgerinnen-Rechte⁴ und ihrer sozialen Absicherung als Arbeitnehmerinnen.

So wurde am 2. Juli 1889 von etwa 500 in Handel und Gewerbe tätigen Angestellten, mit Unterstützung von Vertreterinnen der Frauenbewegung,⁵ der Kaufmännische und gewerbliche Hilfsverein für weibliche Angestellte (VWA) gegründet, der sich sehr schnell zum größten Berufsverband erwerbstätiger Frauen in Deutschland entwickelte.⁶ Ziel des VWA war von Anfang an neben der Hilfe bei Krankheit, Stellensuche, sozialen Notlagen auch die „Förderung der allgemeinen Bildung seiner Mitglieder [...], die er durch verschiedene Mittel zu erfüllen sucht. Ein wesentliches ist das Darbieten guter Bücher.“⁷

Bald nach der Gründung begann der Verein, eine eigene Bibliothek aufzubauen, woran sich Bona Peiser vermutlich frühzeitig – ohne das Datum genauer benennen zu können – beteiligte. 1892 wurde die Bibliothek für die Präsenznutzung der Mitglieder geöffnet. Als man sie ab 1895 für die aufwendigere Außer-Haus-Ausleihe der Mitglieder einrichten und dafür hauptamtliches Personal einstellen wollte, entschied man sich für Bona Peiser, die als Leiterin und Ausbilderin die VWA-Bibliothek bis zu ihrem Lebensende betreute.

Die VWA-Bibliothek wuchs rasch, verfügte 1914 bereits über 10 000 Bände und war damit größer als die meisten Berliner Volksbibliotheken. Bona Peiser arbeitete von Anfang an auch im Ortsgruppenvorstand des VWA mit und entwickelte ein intensives Gespür für die Lage von Frauen in den verschiedensten, oft ungesicherten Tätigkeitsfeldern und Lebenslagen. Davon zeugte die Aufsatzserie, die sie ab 1899 im „Centralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine“ (BDF) veröffentlichte.⁸

³ 1888 Petition und „Gelbe Broschüre“ von Helene Lange, Minna Cauer u.a.

⁴ 1888 Gründung des Vereins Frauenwohl von Minna Cauer, Forderungen: Frauenstimmrecht, freie Berufswahl u.a.

⁵ Anna Schepeler-Lette, Minna Cauer u.a., letztere wurde für 16 Jahre die stellvertretende Vorsitzende des VWA.

⁶ Mitgliederzahl nach 10 Jahren: 11 451, nach 20 Jahren: 25 238, nach 40 Jahren: ca. 40 000!

⁷ Vierzig Jahre VWA 1889–1929, Berlin 1929, S. 35.

⁸ Aufsätze zur Dienstboten- und Kellnerinnenbewegung, zur Lage der kaufmännischen

Am 18. November 1892 wurde in der ebenfalls zur Luisenstadt gehörenden „Berliner Ressource“⁹, Kommandantenstraße 57, von vielen Persönlichkeiten aus dem liberalen und reformorientierten Bürgertum¹⁰ die Deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur (DGEK) gegründet. Bona Peiser gehörte zu den Gründungsmitgliedern und mit ihr eine Reihe von Frauen und Männern, die später für die Lesehalle der DGEK eng mit ihr zusammenarbeiten sollten: darunter Jeannette Schwerin und Heinrich Simon, die künftigen Vorsitzenden der Bibliothekskommission, Paul Jaffé, der Schatzmeister, und Elsbeth Levy, die langjährige bibliothekarische Mitarbeiterin.

Die Berliner Ortsgruppe der DGEK bildete sehr schnell eine Sozial- und eine Bibliothekskommission, ihre wichtigsten Vorhaben waren die systematische Weiterentwicklung der sozialen Arbeit¹¹ und die Gründung einer Lesehalle, die den Lese-, Informations- und Aufenthaltsbedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung wesentlich besser gerecht werden sollte als die bisherigen Volksbibliotheken.

Die Vorsitzende sowohl der Sozial- wie der Bibliothekskommission wurde Jeannette Schwerin¹², die bald in der Berliner Frauenbewegung eine bedeutende Rolle spielen sollte und mit der Bona Peiser bis zu ihrem frühen Tod im Jahre 1899 eng verbunden blieb. Die Bibliothekskommission begann bald mit einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit, der

nischen Angestellten, KünstlerInnen, hilfsbedürftigen Wöchnerinnen u.a., siehe *Frauke Mahrt-Thomsen*, Bona Peiser – Die erste deutsche Bibliothekarin, Berlin 2013, S. 149–153.

⁹ Später „Gebr. Herrfeld-Theater“, 1935–1941 „Theater des Jüdischen Kulturbundes“.

¹⁰ An der Spitze: der Direktor der Königlichen Sternwarte Wilhelm Foerster, außerdem die Philosophen Georg von Gizycki und Hermann Cohen, der Soziologe Ferdinand Tönnies, der Justizrat Richard Bieber und Lily von Kretschman (später: von Gizycki/Braun).

¹¹ Ab 1896 Herausgabe des Buches „Die Wohlfahrtseinrichtungen von Groß-Berlin“ durch die Auskunftsstelle der DGEK.

¹² Jeannette Schwerin (1852–1899), Tochter von Dr. Eduard Abarbanell, dem Vorsitzenden des Berliner Handwerkervereins. Sie leitete ab 1893 die Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit (Nachfolgerin: Alice Salomon) und wurde u.a. Vorstandsmitglied im Bund Deutscher Frauenvereine und Begründerin des Centralblatts des BDF.

Sammlung von Sach- und Geldspenden und einer breit angelegten Pressekampagne, in der mit Hilfe von prominenten Unterstützern aus allen Kreisen der Berliner Gesellschaft für das Lesehallen-Projekt geworben wurde.

Um sich auf den bibliothekarischen Beruf vorzubereiten, den sie in Deutschland als Frau noch nicht erlernen konnte, ging Bona Peiser spätestens im Jahre 1893 für eine Zeitlang nach England. Dort gab es zwar noch keine Bibliotheksschule wie in den USA, aber Zertifizierungs- und Fortbildungskurse und die Möglichkeit, das Funktionieren der bereits etablierten Public Libraries vor Ort zu studieren. Im Januar 1894 publizierte Bona Peiser einen Beitrag in der Zeitschrift „Ethische Kultur“ mit dem Titel „Volkslesehallen“,¹³ der sich detailliert mit den Bibliotheken und Lesehallen der Stadt Manchester beschäftigte und nur den Schluss zuließ, dass sie sich dort, in der Hochburg des sprichwörtlichen Manchester-Kapitalismus, aber auch der fortgeschrittenen Public Library-Entwicklung längere Zeit aufgehalten haben musste.

Als die Erste öffentliche Lesehalle zu Berlin am 1. Januar 1895 von der DGEK eröffnet wurde, konnte diese zufrieden verkünden: „Es gelang der Kommission, in Herrn Dr. Jeep, Assistenten an der Königl. Bibliothek, und Frl. Bona Peiser, die ihre Fachstudien in England gemacht hat, zwei werthvolle Kräfte als Bibliothekare für die Leitung der Lesehalle zu gewinnen.“¹⁴ Nicht nur, dass die DGEK – zusammen mit dem VWA – als erste den Schritt wagte, eine Frau als hauptberufliche Bibliothekarin anzustellen, sondern die Qualität der Ausbildung von Bona Peiser wurde von der DGEK als gleichwertig mit der eines akademisch geschulten Bibliothekars anerkannt. Dr. Ernst Jeep wurde von der Königlichen Bibliothek wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Lesehallenprojekts für zwei Jahre ausgeliehen, danach leitete Bona Peiser die Bibliothek allein.

¹³ *Bona Peiser*, Volkslesehallen, in: *Ethische Kultur*, 2 (1894), 1, S. 4f.

¹⁴ *Jeannette Schwerin*, Vorwort, in: Bericht über die Verwaltung der Ersten öffentlichen Lesehalle zu Berlin im Jahre 1895, Berlin 1896, S. 4.

Die Öffnungszeiten der Lesehalle orientierten sich an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung: Sie war werktags von 18 bis 22 Uhr, sonntags von 9.30 bis 13 Uhr und 17 bis 22 Uhr geöffnet, ab Ende 1897 auch wochentags in den Mittagsstunden von 12 bis 15 Uhr. Der Andrang war so groß – im ersten Jahr kamen fast 50 000 Besucher, später verdoppelte sich die Zahl –, dass die Stadt Berlin ab 1896 begann, ihre Volksbibliotheken auch schrittweise durch Lesehallen zu ergänzen und nach 1900 ausgebildete Bibliothekarinnen einzustellen.

In ihrem ersten Jahresbericht hielten Bona Peiser und Dr. Jeep fest, dass die neue Form der Bildungsbibliothek sich nicht nur an die oberen oder nur an die unteren Klassen wenden sollte, sondern „sie gehört der Gesamtheit des Volkes. Sie muss den Anforderungen der – populären! – Wissenschaft so gut wie denen der Unterhaltung gerecht werden, Lesezimmer und Ausleihbibliothek in sich vereinigen und schließlich den ganzen Tag über Zutritt und zwar freien Zutritt gewähren.“¹⁵ Wegen des anfangs noch begrenzten Bestandes war die Nutzung zunächst nur vor Ort möglich, aber ab 1900 begann die Ausleihe außer Haus.

Auf besonderes Interesse stieß von Anfang an das große Zeitungs- und Zeitschriften-Angebot, das die Lesehalle ihren Nutzern zur Verfügung stellen konnte: 43 Tageszeitungen und 53 Journale waren vorhanden. Die meisten wurden von den Verlagen gespendet, Bona Peiser und Ernst Jeep legten aber größten Wert darauf, dass die Lesehalle gerade in ihrem Zeitungs- und Zeitschriftenangebot alle Richtungen vertrat und Überparteilichkeit wahrte: „Die einzige Tendenz aber, die eine öffentliche Bibliothek haben darf, ist: keine Tendenz zu haben! Die Volksbibliothek, soll sie ihrer Bestimmung [...] sich würdig erweisen, muss über den Parteien, auf einer höheren Warte stehen.“¹⁶ Die Auslage von politischen Tageszeitungen war in vielen kommunalen Volksbibliotheken und Lesehallen noch lange Zeit untersagt oder heftig umstritten.

Die Lesehalle fand ihr erstes Domizil in der Neuen Schönhauser Straße 13, im Hofgebäude der Volks-Kaffee-und-Speise-Hallen-Gesellschaft,

¹⁵ Bericht der Bibliothekare, in: Bericht über die Verwaltung, 1896, S. 6.

¹⁶ Ebd., S. 9f.

1902 wechselte sie in die Münzstraße 11, mitten ins Scheunenviertel. Das waren zwei Standorte, über die Bona Peiser später sagte: „beide Stätten [waren] in einem recht dunkeln und sozial unerschlossenen Viertel gelegen, in dem sie wie ein ‚Settlement‘ etwas Licht, Bildung und Freude auch den bescheidensten und gedrücktsten Volksschichten zu bringen suchte.“¹⁷

1908 zog die Lesehalle in einen neu errichteten Gewerbebau in der Luisenstadt, Rungestraße 25, und war dort „mitten in einer industriereichen Gegend, wo die Lesehalle vorzüglich den kaufmännischen und gewerblichen Angestellten und Arbeitern, männlichen und weiblichen, älteren und jugendlichen, dient“.¹⁸

Da Bona Peiser in der VWA-Bibliothek sofort mit der Ausleihe der Bücher außer Haus beginnen konnte, entwickelte sie dort auch zuerst die Arbeitsmittel und Methoden, die sich auf Jahrzehnte in deutschen Volksbibliotheken durchsetzen sollten, solange sie als Thekenbüchereien, ohne Freihandaufstellung arbeiteten. Es handelte sich um den Buchkarten-Präsenzkatalog, der der beratenden Bibliothekarin/dem Bibliothekar an Hand der systematisch geordneten, mit Annotationen versehenen Buchkarten der vorhandenen Bücher sofort den Überblick verschaffte, welche Bücher ausleihbar waren, und für wen sie sich eigneten. Von den ausgewählten Exemplaren wurden die Buchkarten gezogen und den Bibliothekshelfern übergeben, die die Bücher aus dem Magazin holten. Für Bona Peiser besaß es immer einen sehr hohen Stellenwert, sich den Leserinnen und Lesern im Beratungsgespräch intensiv und ohne störende Unterbrechungen zuwenden zu können.

Nach mehrfachem Wechsel der Geschäftsstelle bezog der VWA 1909 ein eigenes Gebäude in der Köpenicker Straße 74/Ecke Ohmstraße, das sich ganz in der Nähe der Lesehalle und der von dem Sozialdemokraten Hugo Heimann eingerichteten Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle in der Adalbertstraße 41 befand. Obwohl Bona Peiser sich nie

¹⁷ *Bona Peiser*, Fünfundzwanzig Jahre Öffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, in: *Ethische Kultur*, 28 (1920), S. 4–6.

¹⁸ Ebd., S. 5.

politisch organisierte, pflegte sie mit Hugo Heimann einen freundschaftlichen Kontakt.¹⁹

1900 wurde von Professor Christlieb Gotthold Hottinger eine Bibliothekarinnen-Schule in Berlin-Südende gegründet, deren Konzept von Bona Peiser sogleich kritisch hinterfragt wurde. Man brauche keine getrennte Ausbildung nach dem Geschlecht: „Eine andere Vorbereitung für Bibliothekarinnen würde diese nur zu Ausnahmestellungen bringen und die Folge würde unausbleiblich sein, daß auch die tüchtigsten Kräfte als minderwertig betrachtet würden.“²⁰ Aber genau diese Entwicklung trat – wie auch in anderen Frauenberufen – ein: Begrenzung der Ausbildungsinhalte und -zeiten für Frauen, Minderbewertung der weiblichen Leistungen, niedrigere Eingruppierung, eingeschränkte Aufgabenverteilung und geringere Aufstiegschancen im Beruf.

Da aber der Ausbildungsbedarf sowohl von Seiten der Frauen wie der Bibliotheken groß war, wurde 1902 eine zweite Schule nur für Bibliothekarinnen eingerichtet, von Professor August Wolfstieg, dem Direktor der Bibliothek des Preußischen Abgeordnetenhauses. Mit der Ausbildung war die Verpflichtung zu Praktika verbunden, und es entwickelte sich ein starkes Interesse an Praktikumsplätzen in den beiden, von Bona Peiser geleiteten Bibliotheken. Wie ein DDR-Bibliothekshistoriker später resümierte: „Die Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur kam so in den Ruf einer ‚Kaderschmiede‘. Bei Bona Peiser gelernt zu haben, bedeutete für jeden Bibliothekseleven [oder jede -eleven, d. A.] eine Empfehlung.“²¹

¹⁹ Zu Hugo Heimann siehe *Richard Sperl*, Hugo Heimann, in: *Günter Benser/Michael Schneider* (Hrsg.), *Bewahren, Verbreiten, Aufklären*, Bonn 2009, S. 108–116. Es existiert ein Brief von Bona Peiser an Hugo Heimann vom 7.5.1903, in dem sie sich für die Zusendung seines Bibliothekskataloges bedankt und lobt, dass dieser „nicht nur durch reichen Inhalt, sondern durch die treffliche Anlage unter den deutschen Katalogen hervorragend ist“, abgedruckt in: *Günther Meyer*, *Bibliothekarsbriefe*, in: *Beiträge zur Berliner Bibliotheksgeschichte*, 6 (1988), S. 5–30.

²⁰ *Bona Peiser*, *Eine Schule für Bibliothekarinnen?*, in: *Centralblatt des BDF*, 1 (1899/1900), S.153–154.

²¹ *Erwin Marks*, *Berlins erste öffentliche Lesehalle*, in: *Der Bibliothekar*, 4 (1987) 2, S. 59.

Weil der Platz nicht reicht, um alle Aktivitäten Bona Peisers ausführlicher zu behandeln, sollen sie im Folgenden stichwortartig benannt werden:

- 1900 erster informierender Beitrag über den Beruf der „Bibliothekarinnen“ in: „Illustriertes Konversations-Lexikon der Frau“
- 1901 Beitrag über „Die Bibliothekarinnen“ in: „Centralblatt des BDF“
- 1897 erster gedruckter Katalog der VWA-Bibliothek
- 1906 erster gedruckter Katalog der Lesehalle
- 1905 regelmäßige Bibliothekarinnen-Treffen im Frauenclub von 1900, vorbereitet durch die „Wanderbriefe“ von Bona Peiser
- 1907 Gründung der „Vereinigung bibliothekarisch arbeitender Frauen“
- 1908 Umfrage der Vereinigung zu den „Gehalts- und Arbeitsbedingungen bibliothekarisch arbeitender Frauen“; Jahresgehalt von Bona Peiser: 2 400 Mark
- 1909 Preußische Prüfungsordnung zur Diplomprüfung für den mittleren Bibliotheksdienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und den Dienst an Volksbibliotheken, Kommentar von Bona Peiser im „Centralblatt des BDF“
- 1912 Beteiligung der Vereinigung an der Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf“ mit einer Präsentation der von Bona Peiser entwickelten Arbeitsmethoden
- 1912/1913 Vortrags- und Übungskurse für freiwillige Volksbildungsarbeit der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Bona Peiser ist die einzige weibliche Referentin
- 1916 Beitrag „Bibliothekarinnen“ im „VWA-Archiv für Frauenarbeit“, Kommentar zur neuen Diplom-Prüfungsordnung
- 1920 Rückblick in der „Ethischen Kultur“ auf „Fünfundzwanzig Jahre Öffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für

- Ethische Kultur“, über 2 Millionen Menschen haben die Lesehalle besucht
- 1920 Auflösung der Vereinigung, Gründung des „Reichsverbandes Deutscher Bibliotheksbeamten und –angestellten“, Bona Peiser im Vorstand
- 1926 Veröffentlichung der von Bona Peiser konzipierten Denkschrift „Zur Neuregelung der Ausbildungs- und Prüfungsbestimmungen“ durch den Reichsverband
- 1927 Übergabe der Lesehalle der DGEK an die Stadtbibliothek Berlin-Mitte, Bona Peiser und Elsbeth Levy werden übernommen
- 1928 Einführungsreferat von Bona Peiser auf der 8. Hauptversammlung des Reichsverbandes zum Thema: „Vorbildung und Ausbildung für den Dienst an Volksbibliotheken im Zusammenhang mit der Frage des akademischen Volksbibliothekars“
- 17.3.1929 Bona Peiser stirbt an Herzschwäche.
- 20.3.1929 Trauerfeier für Bona Peiser auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee.

In einem ihrer ersten Beiträge für das „Centralblatt des BDF“ formulierte Bona Peiser mit Blick auf die zukünftigen Aufgaben: „An diesen Anstalten, die heute von allen erstrebt und ersehnt werden, denen Aufklärung und Volksbildung, Ueberbrückung der sozialen Gegensätze, die im tiefsten Grunde Bildungsunterschiede sind, am Herzen liegt, wird neuer Platz für Bibliothekare sein.“²²

Die ethische Grundhaltung und das gesellschaftliche Verantwortungsgefühl, mit dem Bona Peiser ihren Beruf ausübte, sind beispielhaft für Bibliothekarinnen und Bibliothekare bis heute.

²² Centralblatt des BDF, 2 (1900/1901) 23, S. 181.

Heinz Deutschland

Heinz Peter (1930–2013)

„Mit Büchern hatte ich immer etwas zu tun, soweit ich zurückdenken kann. Die meisten befanden sich in Schränken und auf Regalen, die mir lange Zeit unerreichbar waren. Aber einige gehörten mir und standen in meinem Regal neben Teddybär, Holzauto und Baukasten.“¹ Mit diesen Worten beginnt Heinz Peter den Erinnerungsbericht über seine Kindheit, Schulzeit und den Einstieg (1948) in seinen künftigen Beruf als Bibliothekar. Der langjährige Leiter der Zentralbibliothek der Gewerkschaften (ZBG) des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) wollte damit keineswegs zum Ausdruck bringen, ihm sei der Weg zu seinem Beruf bereits in frühen Kinderjahren vorgezeichnet gewesen. Gleichwohl gelingt es ihm, überzeugend zu schildern, welche Erlebnisse, Eindrücke und Begegnungen – ungeachtet aller Widrigkeiten – ihn beeinflusst und bewogen haben, sich für den Beruf des Bibliothekars zu entscheiden, in dem er seit 1959 vornehmlich als Gewerkschaftsbibliothekar tätig war.

Heinz Peter wurde am 19. Dezember 1930 in Berlin-Charlottenburg geboren. Sein arbeitsloser Vater und auch die Mutter haben frühzeitig dafür gesorgt, ihren Jungen mit Büchern, zuerst mit Bilderbüchern, später mit Kinderbüchern, vertraut zu machen, sie gemeinsam mit ihm zu betrachten und ihm daraus vorzulesen. Der Vater brachte ihm sogar das Lesen bei. „Eines Tages konnte ich es, ein Jahr, bevor ich zur Schule kam.“² Da beide Eltern selber gern lasen, wurde auch Heinz schon in den ersten Schuljahren an anspruchsvolle Lektüre (Goethes Reinecke Fuchs oder die Bücher von Bruno H. Bürgel) herangeführt. 1938 zog die Familie nach Ludwigsfelde bei Berlin um, weil der Vater endlich Arbeit in dem dort angesiedelten Rüstungsbetrieb Daimler-Benz gefunden hatte, der Flugzeugmotoren produzierte. In Ludwigsfelde besuchte Heinz Peter die Volksschule und ab Sommer 1941 eine Mittelschule im Berliner Bezirk Steglitz.

¹ *Heinz Peter*, Bücher und Menschen, Eigenverlag, 2005, S. 5.

² Ebd., S. 10.

Der Unterricht in der Schule und in den Lagern der Kinderlandverschickung, der Dienst in der Hitlerjugend und vor allem der Einfluss der Kriegsliteratur formten Heinz Peter und seine Klassenkameraden immer mehr zu „gläubigen Anhängern des Führers“³, die schließlich verwirrt und orientierungslos erkennen mussten, dass der ihnen verheißene Endsieg Großdeutschlands ausgeblieben war. Doch als Vierzehnjähriger fühlte er sich dann sehr schnell befreit von der Angst, im Krieg sterben zu müssen, befreit vom militärischen Drill und aufgeschlossen für die neuen Freuden und Freiheiten des Friedens. Dazu gehörte auch, nunmehr alles lesen zu dürfen, was in der Nazizeit verboten und unerwünscht gewesen war. Erste günstige Voraussetzungen dafür bot die vom Vater eröffnete Buchhandlung, für die der Sohn von überallher Bücher zusammentragen half und einige davon auch für sich abzweigte. Er besuchte wieder seine alte Schule, die jetzt im amerikanischen Sektor von Berlin lag. Vom Sommer 1946 bis 1948 nutzte der in der Sowjetischen Besatzungszone wohnende Mittelschüler Heinz Peter die vielfältigen Angebote und Verführungen der Viersektorenstadt Berlin, in der es ab Sommer 1948 sogar zwei Währungen geben sollte. In diesen Jahren erlebte er unendlich viel, sammelte er unschätzbare Erfahrungen. Heinz Peter begegnete Menschen, die ihn abstießen und die er verachtete: Den Herrn Direktor Sturhahn der Lankwitzer Mittelschule, der nunmehr im schwarzen Gehrock mit Schwalbenschwänzen die Schüler ebenso kujonierte wie vormals als Hauptmann der Naziwehrmacht die ihm unterstellten Soldaten; den Steglitzer Großschieber – genannt der „kleine Butz“ –, in dessen schmutzige Geschäfte er einen oberflächlichen Einblick erhielt, während er dessen Büchersammlung für einen Teller Suppe und einen Fünf-Mark-Schein sortierte; Parteifunktionäre in Ost und West, die den suchenden jungen Menschen mit wenig Verständnis, dafür mit gestanzten Phrasen, begegneten. Heinz Peter lernte jedoch auch Menschen kennen, denen er vertraute, die er achtete, weil sie ihm halfen und ihn unmerklich leiteten: Seine christliche Deutsch- und Englisch-Lehrerin Frau Dr. Stagneth, die ihren Schülern eine Ahnung

³ Ebd., S. 32.

von Toleranz und Güte zu vermitteln suchte, oder die Leiterin der Volksbücherei in Berlin-Lankwitz.⁴

Prägenden Einfluss auf Heinz Peter übte der Ludwigsfelder Drucker und Kommunist Rudolf Reimann aus, der seine umfangreiche Bibliothek über die Jahre des Faschismus gerettet hatte, jedoch nur ungenügend Bücher verlieh. Bei Rudi Reimann durfte Heinz Einblick nehmen in die Romane von Traven, die Ausgaben mit den Holzschnitten von Frans Masereel und in viele andere Bücher. Gleichermaßen nachhaltig erwies sich auch der zufällige Kontakt zu dem skurrilen Rentner Kurt Postler aus Berlin-Lichterfelde-West, der ihn unter anderem auf die Literatur der asiatischen Religionsstifter und Philosophen sowie weitere Schätze der Weltliteratur aufmerksam machte.

Die ihm von seinen Mentoren empfohlenen Bücher fand Heinz Peter vor allem in der Bibliothek des Amerika-Hauses am Nollendorfplatz, des Hauses der Kultur der Sowjetunion Unter den Linden und in der schon erwähnten Lankwitzer Volksbücherei. An allen drei Orten konnte er zugleich die verschiedenen Zugangs- und Ausleihbedingungen wie auch den unterschiedlichen Umgang der Bibliothekare mit ihren Lesern beobachten und verinnerlichen. Die Bibliotheksbesuche und das damit verbundene Lesepensum ließen nur wenig Zeit für die Bewältigung des Schulstoffs, was sich auch in zwei Noten des Abgangszeugnisses abbildete: Eine Eins in Deutsch und ein Fünf in Mathematik. Doch Heinz Peter hatte sich bereits entschieden: „Für mich kam nur die Arbeit in einer Bibliothek in Frage.“⁵

Eine einschlägige Arbeitsstelle nach dem Ende der Schulzeit fand sich schneller als erwartet. Heinz Peter wurde angetragen, in Ludwigsfelde eine Volksbücherei aufzubauen, aus dem vorhandenen Buchbestand die Nazi- und Kriegsliteratur auszusondern, eine Liste der verbliebenen Titel anzufertigen und mit der Ausleihe zu beginnen. An der Büchereischule in Ost-Berlin durfte er schon ab Herbst 1948 als Gast und

⁴ „Zwei Jahre lang [...] habe ich die etwa dreißigjährige Frau Woche für Woche beobachtet und mit ihr gesprochen. Wie sehr sie meine Vorstellungen vom bibliothekarischen Beruf geprägt hat, ist mir erst später bewußt geworden.“ Ebd., S. 158.

⁵ Ebd., S. 144.

ab 1949 als regulärer Hörer eine Ausbildung absolvieren, die er 1952 erfolgreich abschloss. In der Büchereischule traf er mehrere Lehrer, die ihm Vorbild waren und ihn stark beeinflussten, insbesondere die Leiterin, Lotte Bergtel, ein Mitglied der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“, die 1942 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.⁶ „Sie konnte zuhören und sie wurde auch nicht ungeduldig, wenn sie etwas hörte, womit sie nicht einverstanden war.“⁷

Das die Ausbildung abschließende Praktikum absolvierte Heinz Peter als Bibliothekar in Volksbibliotheken des Bezirks Berlin-Treptow. Im Mai 1953 wurde er eingeladen, als Assistent für das Fach „Deutsche Gegenwartsliteratur“ an seine Ausbildungsstätte – inzwischen Fachschule für Bibliothekare „Martin-Andersen-Nexö“ – zurückzukehren. Dort qualifizierte er sich zugleich zum Fachschuldozenten mit entsprechendem Abschluss 1957. Eine Delegation zum Universitätsstudium lehnte Heinz Peter ab. Er wollte zuerst seine Erfahrungen in der praktischen Bibliotheksarbeit, zunächst in Berlin, erweitern. Im März 1959 übernahm er die Leitung der Gewerkschaftsbibliothek im VEB Industrierwerke Ludwigsfelde und begann damit seine dreißigjährige Tätigkeit als Gewerkschaftsbibliothekar. Hier war es ihm bereits nach einhalb Jahren gelungen, die Zahl der Leser beachtlich zu erhöhen, weil er in allen Wohnheimen und Betriebsteilen Außenstellen der Bibliothek aufgebaut hatte. Von ihm wurde die Buchausgabe direkt am Arbeitsplatz eingeführt, er lud zu literarischen Veranstaltungen ein und rief auch einen Zirkel „Schreibender Arbeiter“ ins Leben. Seine Ideen und Initiativen hatten über den Betrieb hinaus Aufmerksamkeit erregt und Anklang gefunden, so dass Heinz Peter bereits im Herbst 1961 an die Zentralbibliothek der Gewerkschaften in Berlin berufen wurde.

Hier war er im Kabinett für Bibliotheksarbeit tätig, das ein Jahr später der Kulturabteilung im Bundesvorstand des FDGB zugeordnet wurde.

⁶ Ebd., S. 199ff.; *Heinz Peter*; Versuch über Lotte Bergtel, in: *Der Bibliothekar*, 31 (1977), Beih. 3, S. 6–21. *Ders.*, Auskunft über Lotte Bergtel, in: *Laurentius*, 14 (1997) 1, S. 14–22. Lotte Bergtel führte nach ihrer Heirat 1945 den Doppelnamen Bergtel-Schleif, unter dem sie auch publizierte, den sie später jedoch wieder aufgab.

⁷ Ebd., (Auskunft), S. 15.

Es hatte die Aufgabe, die Kollegen in den Vorständen und die Gewerkschaftsbibliothekare in den Betrieben, Klubbäusern und Ferienheimen anzuleiten, neue Ideen und Konzepte der Literaturpropaganda zu entwickeln, Erfahrungen aufzugreifen und weiterzutragen sowie Handreichungen unterschiedlichster Art für die Bibliothekare zu erarbeiten. Diese Tätigkeit lag Heinz Peter, sie füllte ihn aus und ermöglichte es ihm, Kontakte zu zahlreichen langjährigen und erfolgreichen Kollegen in den Gewerkschaftsbibliotheken aufzubauen, die auch ihn bereicherten und die er ab 1972 weiterführen und vertiefen konnte.

In den Jahren 1965 bis 1969 studierte Heinz Peter an der Humboldt-Universität Berlin Bibliothekswissenschaft und Philosophie. Anschließend absolvierte er bis Ende 1971 ein Forschungsstudium. Er untersuchte zusammen mit Studenten des Instituts für Bibliothekswissenschaft die Tätigkeit und Wirksamkeit von Gewerkschaftsbibliotheken und legte dazu mehrere Analysen und Konzepte vor. Zum 1. Januar 1972 wurde Heinz Peter zum Leiter der Zentralbibliothek der Gewerkschaften berufen.

Damit begann für ihn, aber auch für die Bibliothek ein neuer Tätigkeits- und Entwicklungsabschnitt. Die ZBG⁸ und ihre 25 (zeitweilig sogar 30) Mitarbeiter konnten zu diesem Zeitpunkt bereits auf zwei Jahrzehnte wechselvoller Geschichte zurückblicken. Eigentlich war schon im November 1945 mit der Sicherung von Beständen aus Gewerkschaftsbibliotheken begonnen worden, die die Nazis 1933 geraubt, aber nicht vernichtet hatten. Die Bücher aus diesen geretteten Beständen waren dem FDGB Berlin bereits im Juli vom noch einheitlichen Berliner Magistrat überlassen worden.⁹ Zwei Drittel dieser Bestände bildeten den Grundstock der am 3. Januar 1949 offiziell eingerichteten ZBG im Haus der Gewerkschaften Unter den Linden 15. Nur Schritt für Schritt war es möglich, diese historischen Bestände (etwa

⁸ Einen speziellen Sektor der ZBG bildete das Zentrale Gewerkschaftsarchiv mit seinen eigenständigen Aufgaben. Zur ZBG gehörten eine Fotostelle und eine Buchbinderei.

⁹ Vgl. dazu *Heinz Braun*, Zum Schicksal der Archive und Bibliotheken der deutschen Gewerkschaften nach 1933, in: *IWK*, 34 (1998) 1, S. 25.

70 000 Einheiten aus den Jahren 1890–1933) zu ordnen, zu katalogisieren und für die Nutzung vorzubereiten, die laufenden Zugänge zu verzeichnen und bereitzustellen. Erst allmählich konnte aus der ursprünglich reinen Organisations- eine öffentliche wissenschaftliche Bibliothek werden.

Heinz Peter und seinen Mitstreitern wurde nunmehr die Aufgabe übertragen, die ZBG zu einer Spezialbibliothek für die Geschichte der Gewerkschaften und der Sozialpolitik in Deutschland auszubauen und sie zugleich in ihrer Funktion und Wirksamkeit als Spezialbibliothek für aktuelle Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftsarbeit sowie als allgemeine Gewerkschaftsbibliothek mit künstlerischer Literatur und aktueller Sachliteratur weiterzuentwickeln. Außerdem sollte die ZBG für die Leitungen des FDGB, der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften Untersuchungen zum Stand und zu den Entwicklungstendenzen aller Gewerkschaftsbibliotheken erarbeiten. Eine wichtige Aufgabe fiel dabei dem Sektor Methodik zu, der als methodisches Zentrum die Anleitung der territorialen und betrieblichen Gewerkschaftsleitungen sowie der damals über 550 angestellten und weit über 1 000 ehrenamtlichen Bibliothekare gewährleisten sollte.¹⁰ Wichtige Mittel zur Lösung dieser Aufgaben waren die von der ZBG geleiteten Weiterbildungen, die Untersuchungen durch Arbeitsgruppen in den Betrieben, die Veröffentlichung von Pressebeiträgen sowie die Bereitstellung von Arbeits- und Studienmaterialien. Dazu gehörten auch die Diskussionen im Beirat für Bibliotheksarbeit sowie die Gespräche in den von Heinz Peter geleiteten Konsultationszentren anlässlich der Arbeiterfestspiele der DDR. Die Kollegen der ZBG haben sich bis 1989/1990 zielstrebig und erfolgreich dafür eingesetzt, diese Aufgaben zu erfüllen¹¹, woran Heinz Peter selbst maß-

¹⁰ Das Konzept dafür wurde von Heinz Peter entworfen. „Die Literaturpropaganda der Gewerkschaften verbessern und die Wirksamkeit der Gewerkschaftsbibliotheken erhöhen“. Beschluß des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB vom 4. Mai 1973, in: Informationsblatt, 6 (1973), S. 7–12.

¹¹ Davon zeugen u. a. auch folgende Angaben: Zahl der angestellten Gewerkschaftsbibliothekare/Bestand/Nutzer/Entleihungen (1970: 567/6,7 Mill./986 772/10,5. Mill. – 1985: 647/9,8 Mill./921 434/14,1 Mill.). Zitiert nach *Carmen Adam*, Geschichte der Betriebs- und Gewerkschaftsbibliotheken der DDR anhand der Quellen und Bestände von Bibliothek und Archiv der Gewerkschaftsbewegung Berlin (Johannes-Sassen-

geblichen Anteil hatte. Die Bibliothekare in den Betrieben und die Kollegen der ZBG schätzten die Kreativität von Heinz Peter, seine Anregungen und die Art seines Umgangs mit ihnen.¹² Einen Schwerpunkt für eigene Recherchen hatte er sich mit der Sammlung von Materialien zur Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbibliotheken sowie zu Biographien von Bibliothekaren der Arbeiterbewegung erwählt, die jeweils zu umfangreichen Dossiers angewachsen waren.

Heinz Peter arbeitete eng mit den Mitarbeitern für Bibliothekswesen im Ministerium für Kultur der DDR und dem Zentralinstitut für Bibliothekswesen zusammen. Die Kollegen des Instituts und der ZBG kreierten und edierten über zehn Jahre die gemeinsame Publikationsreihe „Werkstatt Literaturpropaganda“. Dabei konnte Heinz Peter auf Erfahrungen zurückgreifen, die er im Laufe vieler Jahre bei von ihm gestalteten literarischen Veranstaltungen und Buchvorstellungen gesammelt hatte. Er besaß die Gabe, andere Menschen an der Bereicherung und Freude, die er einem guten Buch verdankte, unaufdringlich teilhaben zu lassen.

Heinz Peter war seit 1972 Mitglied des Präsidiums des Bibliotheksverbandes der DDR. In dieser Eigenschaft ergriff er im Frühjahr 1990 gemeinsam mit 25 BibliothekarInnen aus Großbetrieben die Initiative, eine Sektion „Gewerkschafts- und Betriebsbibliotheken“ im Bibliotheksverband aufzubauen und Überlegungen zur Bewahrung der Gewerkschaftsbibliotheken zu entwickeln. Die Ende Juni gegründete Sektion konnte jedoch angesichts der alsbald einsetzenden Privatisierung der DDR-Betriebe die schnell voranschreitende Liquidierung der Gewerkschaftsbibliotheken und ihrer Bestände sowie die Entlassung der Mehrheit ihrer Leiter und Mitarbeiter nicht aufhalten. 1992 existierten nach vorsichtigen Schätzungen nur noch in 10 Prozent der Einrichtungen Gewerkschaftsbibliotheken. Die etwa 180 000 katalogisierten Bände der ZBG wurden unter aktiver Teilnahme von Heinz Peter in

bach-Stiftung), Diplomarbeit 1992, S. 20.

¹² Eine für Heinz Peter von den Kollegen der ZBG zu seinem 50. Geburtstag 1980 zusammengestellte Bibliographie listet über 50 Veröffentlichungen und 17 interne Analysen, Studien und Konzepte auf.

die Anfang Oktober 1990 ins Leben gerufene Johannes-Sassenbach-Stiftung übergeführt, er selbst in die Arbeitslosigkeit beziehungsweise Frühverrentung entlassen.

1992 wurde Heinz Peter zum Vorsitzenden des parteipolitisch unabhängigen und gemeinnützigen Vereins zur Förderung der alternativen Bibliothek Berlin-Hellersdorf gewählt, der von überwiegend jüngeren Frauen und Männern bereits am 18. September 1990 gegründet worden war.¹³ Sie hatten sich die Aufgabe gestellt, entsorgte Bücher aus ehemaligen DDR-Bibliotheken als Kulturgut zu bewahren. Außerdem sammelten sie Bücher von privaten Spendern. Aus dieser Initiative wurde nun dank des Einsatzes von Heinz Peter und seiner Mitstreiter und ungeachtet der zahlreichen schier unüberwindbaren Schwierigkeiten (wie Beschaffung der Räume, Beschaffung der erforderlichen Finanzen, mehrfache Umzüge) eine beispielhafte Erfolgsgeschichte. Inzwischen ist die Peter-Weiss-Bibliothek – Alternative Bibliothek Hellersdorf zu einer weit über die Grenzen des Stadtbezirks hinaus anerkannten Institution mit einem Bestand von etwa 20 000 Bänden geworden, die nicht nur von Einwohnern des Stadtbezirks genutzt wird. Die Peter-Weiss-Bibliothek hat sich mit ihren vielfältigen Angeboten (Montagsrunde, Literaturklub, Erzählcafé) an unterschiedlichen Veranstaltungsorten (Bibliothek, Klub Kiste, Klub 74 und andere) zu einem geschätzten und stets gut besuchten Forum eines engagierten politisch-kulturellen Austausches entwickelt. Auch nach dem Tod ihres „geistigen Vaters“ – Heinz Peter verstarb am 17. September 2013 – wirkt sie unermüdlich und ganz in seinem Sinne weiter.¹⁴

Mit der Skizze zu Leben und Wirken von Heinz Peter sei zugleich allen Gewerkschaftsbibliothekaren der DDR gedankt. Ihnen gebührt Anerkennung für ihre Tätigkeit, mit der sie Erbe und Tradition der Bibliothekare der Arbeiterbewegung um ein Kapitel bereichert haben.

¹³ Zu den Problemen der schwierigen ersten Jahre siehe

http://www.peter-weiss-bibliothek.de/unsere_geschichte.html [zuletzt besucht: 08.06.2017].

¹⁴ *Gisela Peter/Gertraude Sumpf* (Hrsg.), *Kultur ist: zu wagen. Zur Geschichte der Veranstaltungen der Peter-Weiss-Bibliothek*, Berlin 2015.

Ottokar Luban

Agnes F. Peterson (1923–2008)

Agnes F. Peterson¹ war an der mit der Stanford Universität in Kalifornien verbundenen Hoover Institution on War, Revolution, and Peace im Bereich Bibliothek und Archive von 1952 bis zur ihrem Ruhestand im Jahr 1993 tätig, davon seit 1958 als verantwortliche Kuratorin der „Central and Western European Collection“. In diesen vier Jahrzehnten – wie auch noch nach ihrer Emeritierung – half sie, eine Reihe bedeutender Archivalien zu erwerben, vor allem zu erschließen und einer breiten wissenschaftlichen Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Zu den Archivbeständen, an deren Erwerb sie maßgeblich beteiligt war, zählen unter anderem die frühen Tagebücher des SS-Führers Heinrich Himmler, der Nachlass des französischen Ministers Louis Loucheur, des deutsch-österreichischen Sozialisten Karl B. Frank, zusätzliche Rosa-Luxemburg-Materialien, umfangreiches Material zu dem Pariser Mai 1968 (Studentenprotest und Generalstreik) sowie Dokumente und Medien zum Wiedervereinigungsprozess in Deutschland.

Ihre bei amerikanischen und internationalen Forscherinnen und Forschern weit bekannte und gerühmte sachkundige Hilfsbereitschaft konnte der Verfasser dieses Beitrags – alles auf dem Postwege – bei eigenen Recherchen in unterschiedlichen Beständen ihres Archivs (Mathilde Jacob – Rosa Luxemburg Papers, Fanny Ezierskaja [Jeziarska] Papers, Boris I. Nikolajewskij Collection) mehrfach persönlich erfahren. Nachdem Agnes F. Peterson 1993 in einer deutschen Broschüre Hinweise auf unbekannte Rosa-Luxemburg-Materialien in Privatbesitz gefunden hatte, machte er Bekanntschaft mit ihrer brieflich übermittelten freundlichen Hartnäckigkeit bei der gemeinsamen Spurensuche nach dieser in Berlin verschollen gegangenen Sammlung, einem ursprünglich von Mathilde Jacob stammenden Nachlasssplitter. Nicht zuletzt dank ihrer fortlaufenden Ermutigung gelang es 1997, nach intensiven Nachforschungen den Weg dieser Materi-

¹ Agnes, geb. Fischer, war verheiratet mit Professor Louis John Peterson.

alien von einer unterdessen verstorbenen Arbeiterveteranin zur jetzigen Besitzerin, einer Stadthistorikerin, aufzuklären. Der Teilnachlass mit wertvollen Dokumenten wie unter anderem eine ganz seltene, fast vollständige Sammlung der von Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Julian Marchlewski (Karski) herausgegebenen „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ (Dezember 1913 – Dezember 1914) und Autographen von Mathilde Jacob und Leo Jogiches konnte dann in guter archivalischer Aufbereitung Anfang 2001, wenn auch nur in Form von Fotokopien, den Mathilde Jacob-Rosa Luxemburg Papers im Archiv der Hoover Institution hinzugefügt werden (jetzt in box 5).

1997 hatte der Autor die Freude, Agnes F. Peterson in Berlin persönlich kennen zu lernen. Ihr ausdrucksvolles Deutsch war ohne Anglizismen und ohne jeglichen amerikanischen Akzent, obwohl sie den größten Teil ihres Lebens im englischen Sprachraum zugebracht hatte. Sie beeindruckte durch ihre natürliche würdevolle Haltung und hohe Sachkompetenz.

Agnes F. Peterson wurde am 23. März 1923 in Berlin geboren und wuchs nach eigener Aussage im Ortsteil Wannsee auf. Ihr Vater Hermann Fischer war Biochemiker und an der Berliner Universität tätig. Sensibilisiert durch seine Erlebnisse während des Ersten Weltkriegs, den er als einziger von drei Brüdern überlebte, sah Fischer Anfang der 1930er Jahre die Gewaltherrschaft der Nazis voraus. Mit seiner Frau Ruth, geborene Seckels, und den drei Kindern Agnes, Gerhard² und Laurenz zog er deshalb 1932 in die Schweiz und nahm eine Professur an der Universität Basel an. 1937 emigrierte die Familie nach Kanada und lebte in Toronto. 1948 gingen sie in die USA, wo Hermann Fischer dann eine Professur für Biochemie an der Berkeley Universität in Kalifornien innehatte. Verschiedene von ihm entwickelte chemische Verfahren tragen seinen Namen. Ihr Großvater Emil Fischer (1852–1919) gilt als einer der bedeutendsten Chemiker seiner Zeit und Begründer der klassischen organischen Chemie. Er war Professor an der Berliner Universität und erhielt 1902 für seine Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Zuckerchemie den Nobelpreis für Chemie.

Nach ihrem Master Abschluss in Geschichte am Radcliff College in Mas-

² Gerhard E. Fischer, ein bedeutender Physiker, starb 1993 mit 64 Jahren.

sachusetts arbeitete Agnes F. Peterson als Forschungsassistentin bei der California Historical Society. 1952 begann sie ihre Tätigkeit in dem Bereich Bibliotheken und Archive der Hoover Institution on War, Revolution, and Peace, die einen reichhaltigen Bestand an Dokumenten vor allem zur europäischen und deutschen Geschichte – besonders zur deutschen Revolution 1918/19 – und zu den Themen Sozialismus und Kommunismus aufweist. Peterson galt in den USA als die Experte für Rosa Luxemburg und deren Sekretärin Mathilde Jacob.³ Eine bedeutsame Korrespondenz der beiden Frauen erwarb 1939 Professor Ralph H. Lutz⁴ in Berlin aus den Händen von Mathilde Jacob. Diese Dokumente werden in allen Beschreibungen als ein Highlight des Archivbestands hervorgehoben. Mit dem bereits emeritierten, aber danach noch immer aktiv forschenden Ralph Lutz hatte Agnes Peterson in ihren ersten Jahren an der Hoover Institution noch intensiv zusammenarbeiten können.

Ihre sachkundige Kooperationsbereitschaft ermöglichte 1988 eine umfangreiche Publikation der im Archiv der Hoover Institution lagernden Erinnerungen Mathilde Jacobs „Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914–1918“, sorgfältig ediert und fachkundig eingeleitet von Sybille Quack und Rüdiger Zimmermann.⁵ Mit Archiven der DDR arbeitete sie ebenfalls zusammen. Ihre wichtige, sachkompetente Hilfestellung bei Forschungsarbeiten wurde nicht nur von Rosa-Luxemburg-Forschern wie Professor Narihiko Ito aus Japan, sondern von vielen bekannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wie beispielsweise Barbara Tuchman oder William L. Shirer hervorgehoben.

Peterson zeichnete sowohl für eine Reihe von Verzeichnissen der Hoover-Archiv- und Bibliotheksbestände⁶ verantwortlich wie auch – zusammen

³ *Agnes F. Peterson*, A Working Woman: Mathilde Jacob, 1873–1942, in: *IWK*, 18 (1973), S. 51–55.

⁴ *Ottokar Luban*, Ralph Haswell Lutz (1886–1968), in: *Günter Benser/Michael Schneider* (Hrsg.), *Bewahren - Verbreiten - Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung*, Bonn 2009, S. 177–179.

⁵ *IWK*, 24 (1988), S. 435–515.

⁶ *Grete Heinz/Agnes F. Peterson* (Hrsg.), *NSDAP Hauptarchiv, guide to the Hoover Institution microfilm collection*, Stanford, Calif., 1964; *Agnes F. Peterson* (Hrsg.),

mit ihrem Kollegen Bradley F. Smith – für die Edition der frühen Himmler-Reden, eine Publikation, deren deutsche Ausgabe Anfang der 1970er Jahre in der alten Bundesrepublik große Beachtung fand.⁷ Peterson entwickelte viele Initiativen für Forschung und Lehre und erhielt mehrere akademische Auszeichnungen.

Generationen von Historikern profitierten von ihren überragenden Kenntnissen nicht nur der Hoover-Sammlungen, sondern der europäischen Geschichte insgesamt. Sie war „eine Institution innerhalb einer Institution“, wie sie in einem amerikanischen Nachruf gekennzeichnet wurde.⁸ Seit 1981 initiierte und organisierte sie Vorlesungen an der Universität Stanford, die „Tower Talks“ (Gespräche im Turm), in denen Neuerscheinungen vorgestellt und diskutiert wurden. Sie veröffentlichte zahlreiche Rezensionen über Werke zur deutschen und europäischen Geschichte, die in der amerikanischen Forschung große Beachtung fanden. Sie war aktiv in verschiedenen wissenschaftlichen Organisationen der USA tätig, darunter in der Western Association of German Studies sowie in der Sektion für Westeuropäische Studien der Association of College and Research Libraries.

Nachdem sie nach der Emeritierung im Jahre 1993 noch wissenschaftlich sehr aktiv gewesen war, widmete sie sich Ende der 1990er Jahre ihrem nach einem Unfall pflegebedürftigen Bruder Laurenz in New York. Tragischerweise erlitt sie selbst in dieser Zeit einen Sturz und war danach in ihrer Bewegungsfähigkeit stark eingeschränkt, was für diese agile Persönlichkeit, die trotz hohen Alters noch gern in ihr Büro fuhr und an wissenschaftlichen Veranstaltungen teilnahm, eine besondere Belastung darstellte. Am 1. September 2008 erlag Agnes F. Peterson im Alter von 85 Jahren nach längerer Krankheit einem Herzleiden.

Western Europe, a survey of holdings at the Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford, Calif., 1970; *Grete Heinz/Agnes F. Peterson* (Hrsg.), *The French Fifth Republic. Continuity and change, 1966–1970. An annotated bibliography. A sequel to the French Fifth Republic, 1958–1965*, Stanford, Calif., 1974.

⁷ *Bradley F. Smith/Agnes F. Peterson* (Hrsg.), *Heinrich Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen*, Frankfurt/M. 1974.

⁸ <http://net.lib.byu.edu/estu/wess/AgnesObit.html> [zuletzt besucht: 08.06.2017].

Gisela Notz

Amalie Pinkus-De Sassi (1910–1996)

„Im Schatten stehen die Zürcherinnen noch immer“, so steht es auf einer Website, auf der ein Stadtrundgang in Zürich beschrieben wird.¹ Viele Haustafeln in der Stadt weisen auf die einstigen Bewohner hin. Lenin, Keller, Büchner, Stüssi und viele andere lebten, arbeiteten oder starben in diesen Häusern. Nach Frauen wie Rosa Luxemburg, die 1847 in Zürich promovierte und nach Amalie Pinkus-De Sassi, die als „unbeugsame Kämpferin für das Frauenstimmrecht“ bezeichnet wird, würde man vergeblich suchen. Tatsächlich existiert jedoch am denkmalgeschützten Haus Katzenstock in der Froschaugasse 7 eine unscheinbare Tafel, die an das Ehepaar Amalie Pinkus-De Sassi und Theo Pinkus erinnert, das zwischen 1957 und 1999 dort eine Buchhandlung und ein Antiquariat, das später in eine Genossenschaft übergang, betrieb und das Haus 1973 der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung schenkte. „Als Kommunisten vertraten sie einen aufgeklärten Sozialismus. Sie waren von der Wirkung des gedruckten Wortes zutiefst überzeugt“, heißt es unter anderem auf der Tafel. Amalie stand zu Unrecht im Schatten des Buchhändlers, Kommunisten, Juden und Querdenkers Theo Pinkus (1909–1991).² Sie war weit mehr als die Frau, mit der Pinkus seit 1935 verheiratet war.³ Wer sie auf die Ehefrau reduziert, übersieht, dass sie eine weit über die Grenzen der Schweiz hinaus bekannte Frauenrechtlerin, Bibliothekarin und Archi-

¹ www.gesundheit.com/ge_detail_21_gc30050602.html [zuletzt besucht: 21.07.2015].

² Zu Theo Pinkus als Archivar und Bibliothekar siehe *Brigitte Walz-Richter*, Theo Pinkus (1909–1991), in: *Günter Benser/Michael Schneider* (Hrsg.), *Bewahren, Verbreiten, Aufklären*, Bonn 2009, S. 242–246; *Erinnern und Ermutigen. Hommage für Theo Pinkus 1909–1991*, Zürich 1991. Siehe auch *Gisela Notz*, Pinkus, Paul Theo, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 20, Berlin 2001, S. 45–452.

³ *Gisela Notz*, Kämpferin für Frieden und Frauenrechte: Amalie Pinkus-De Sassi (1910–1996), in: *Jahrbuch zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 9 (2010) 3, S. 81–96. *Dies.*, Amalie Pinkus-De Sassi (1919–1996), in: *Kalender Wegbereiterinnen VIII*, Bonn 2010. *Rolf M. Lüscher/Werner Schweizer*, Amalie und Theo Pinkus-De Sassi: *Leben im Widerspruch*, Zürich 1987.

varin der deutschsprachigen Arbeiterbewegung und eine leidenschaftliche Büchersammlerin war.

Als Kind aus ärmlichen kleinbürgerlichen Verhältnissen, das im Alter von acht Jahren bereits der Mutter bei der Heimarbeit half, lebte sie nach dem frühen Tod ihrer Eltern mit ihrem Bruder Maurizio und Esther Longa, die früher ihrer Mutter geholfen hatte, in einer Wohngemeinschaft. Gemeinsam mit einem Vetter besuchte sie mit der kleinen Gruppe viele politische Veranstaltungen – sie gingen auch zu „verbotenen Roten Treffen“.⁴ Ihre eigene politische Arbeit begann sie 1929, indem sie Mitglied der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH) und der Roten Hilfe wurde. Sie beteiligte sich an Sammlungen der beiden Organisationen, sprach in einem Sprechchor der IAH, las in ihrer Freizeit die Werke von Karl Marx und Friedrich Engels. 1931 wurde sie Mitglied in der Gesellschaft Freunde der Sowjetunion und in mindestens sieben weiteren linken Organisationen. Die Jahre 1929 bis 1932 waren bewegte Jahre in Zürich. Viele Menschen waren erwerbslos. Zusammen mit ihrem Bruder und ihrem Vetter nahm sie an zahlreichen Streikversammlungen und Demonstrationen teil. Es blieb nicht aus, dass sie in Konflikt mit der Polizei kam, unter anderem weil sie sich an einer nicht genehmigten Sammlung beteiligte.

1930 reiste Amalie De Sassi als Delegierte der Internationalen Arbeiterhilfe nach Paris. Ein Jahr später wurde sie für die IAH als eine der Schweizer Delegierten zum Kongress anlässlich des zehnjährigen Bestehens nach Berlin und anschließend in die Sowjetunion entsandt. Als sie aus der Sowjetunion zurückkehrte, trat sie der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) bei und übernahm das Sekretariat der kommunistischen Zeitung „Falce e Martello“. Nach kurzer Zeit wurde sie „Zellenobmann“ und Mitglied der Zürcher Parteileitung und engagierte sich in der Frauengruppe des Verbands. Bezahlte Arbeit fand sie beim Sekretär des Schlossermeisterverbands und anderer Gewerbeverbände. Fest glaubte sie an die Revolution, und sie glaubte, sie würde sie noch erleben.⁵ Neben ihrer 44-Stunden-Woche besuchte Amalie

⁴ *Lüscher/Schweizer*, Amalie und Theo Pinkus-De Sassi, S. 143.

⁵ *Ebd.*, S. 153.

Kurse in der Marxistischen Arbeiterschule und las viele Bücher, die sie in der Bibliothek auslieh. Über ihre Reise in die Sowjetunion hielt Amalie ihre ersten Vorträge, beteiligte sich an Agitation, Unterschriftensammlungen und Wahlkampagnen und wurde bald in die Kreisleitung der Partei und 1932 zum Mitglied der Zürcher Parteileitung gewählt. In ihrer kleinen Wohngemeinschaft fanden bald mittellose deutsche und italienische politische Emigranten Asyl, denn die Kommunistische Partei Italiens (PCI) war bereits verboten. Wiederholt fuhr sie in riskanter Mission mit einem Koffer mit doppeltem Boden nach Deutschland und Italien.

Nach der Machtübernahme der Nazis in Deutschland lernte sie Theo Pinkus kennen, der 1933, wenige Wochen nach dem Reichstagsbrand, aus Berlin hatte flüchten müssen. Wie sie gehörte er der kantonalen Parteileitung der KPS an. Amalie erzählte über ihre illegale Arbeit bei der PCI wenig, weil sie Angst hatte, Theo in Gefahr zu bringen. Im August 1934 war sie Delegierte des Internationalen Kongresses der Frauen gegen Krieg und Faschismus. Das Hauptanliegen der kommunistischen und parteilosen Initiatorinnen bestand darin, Frauen aller Klassen und Schichten in die antifaschistische und antimilitaristische Bewegung einzubeziehen. Der Kongress verabschiedete ein Manifest an die Frauen aller Länder gegen den drohenden Zweiten Weltkrieg. Während des Spanischen Bürgerkrieges (1936–1939) dachte Amalie über einen Einsatz in Spanien nach. Als Mitglied der Parteileitung und ohne die dafür notwendige Ausbildung war ihr das jedoch nicht möglich. Der Sieg der Franco-Faschisten 1939 war für sie „die zweite große Niederlage, nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland.“⁶ Der Zweite Weltkrieg war für Amalie ein tiefer Einschnitt. Wie viele andere hatte sie nicht gedacht, dass zwanzig Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs ein zweiter möglich würde. 1939 heiratete sie Theo und wenig später kam ihr ältester Sohn Marco auf die Welt.

1940 gründeten Amalie und Theo in der Froschaugasse in der Zürcher Altstadt einen Büchersuchdienst. Damit schufen sie sich eine originelle,

⁶ Ebd., S. 217.

wenn auch bescheidene Verdienstmöglichkeit. In der Schweiz herrschte damals ein großer Mangel an guter Literatur, und die Buchhandlungen mussten immer mehr zum Antiquariat greifen, um ihre Kunden halten zu können. Der Büchersturm der Nationalsozialisten hatte klaffende Lücken in das Angebot deutscher Literatur gerissen. Bücher waren kaum zu bekommen, viele Schriftsteller waren verboten; ihre Bücher sowie die gesamte sozialistische und kommunistische Literatur waren nicht mehr lieferbar. Nazi-Literatur fand keinen Anklang und Emigrationsliteratur kam zunehmend seltener über die Grenze. Theo Pinkus – zu dieser Zeit aus politischen Gründen erwerbslos – hatte die Idee, systematisch Bücher zu suchen und zu vermitteln, die nicht mehr über Verlage besorgt werden konnten. Über den Büchersuchdienst kauften Amalie und Theo überschüssige Buchbestände auf und boten sie Buchhändlern und Schriftstellern an. Auch Buchhändlern, die bestimmte Bücher suchten, boten sie, gegen eine kleine Vermittlungsgebühr, das Gewünschte aus dem Lager eines anderen Buchhändlers an. Der Büchersuchdienst, der sich auf Bücher und Broschüren zum Thema „Sozialismus und Arbeiterbewegung“ spezialisiert hatte, wurde von den Branchenkollegen gut angenommen. Aus ihm entwickelte sich ein weit über die Schweiz hinaus bekanntes Antiquariat; eine Fundgrube (nicht nur) für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Binnen kurzer Zeit war die Firma Pinkus und Co. zu einer Institution geworden. Buchhandlung, Antiquariat und die Privatbibliothek von Amalie und Theo wurden zum Sammelpunkt der in Deutschland seit 1933 verbotenen Literatur und zum Treffpunkt der antifaschistischen Emigranten. Nach dem Verbot der KPS am 26. November 1940 waren Amalie und Theo illegal aktiv. Sie kamen regelmäßig mit Genossen in Privatwohnungen zusammen, verteilten Arbeitsaufträge und Flugblätter.

1941 wurde der zweite Sohn André geboren. Obwohl Theo und Amalie der KP auch in der Illegalität die Treue gehalten hatten, wurde gegen Theo im Winter 1942 ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet, und er wurde 1943 aus der KPS ausgeschlossen und Amalie, weil sie seine Ehefrau war, gleich mit.⁷ Für sie gab es nicht einmal ein eigenes Ver-

⁷ *Thomas Schmid*, *Leben im Widerspruch. Zum Tod des Zürcher Buchhändlers Theo*

fahren. Das kränkte sie tief. 1943 trat Amalie gemeinsam mit Theo der Sozialdemokratischen Partei (SPS) bei, begriff sich jedoch weiterhin als Kommunistin. Gleichzeitig wurde sie Mitglied im Frauenstimmrechtsverband. Eine andere politische Bühne von Amalie und Theo waren die Naturfreunde. Dieser Organisation gehörten sowohl linke Sozialdemokraten als auch Kommunisten an. 1943 wurde Amalie als Protokollführerin zum Mitglied der Landesleitung der Naturfreunde gewählt. Das Amt hatte sie bis 1945 inne.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam zum Büchersuchdienst der Ersatz für die vielen Bücher-Zerstörungen aus Deutschland und anderen Ländern, die sich vom Faschismus befreit hatten, hinzu. Mit Theo zusammen baute Amalie 1948 die auf Sozialismus und Arbeiterbewegung spezialisierte Limmat-Buchhandlung auf, als deren Mitarbeiterin es ihr gelang, den Boykott der USA gegen China in Bezug auf wissenschaftliche Literatur zu brechen. Lange Jahre betreute sie die China-Import- und -Exportabteilung. 1949 wurde Felix Pinkus geboren. Die drei Söhne wollte sie im kommunistischen Sinne erziehen und baute eine entsprechende Kinderbibliothek auf, vor allem mit Kinderliteratur aus der DDR. Im Hause Pinkus wurden viele politische Diskussionen geführt, auch mit Gästen und Freunden, in die die Kinder früh einbezogen wurden. Amalie wurde in der Weltfriedensbewegung aktiv und engagierte sich 1950 für den Stockholmer Appell zum Verbot der Atomwaffen und sammelte mit ihrem inzwischen zwölfjährigen ältesten Sohn Unterschriften gegen die atomare Aufrüstung. 1951 fuhr sie mit den beiden älteren Kindern zu den Weltfestspielen der Jugend nach Berlin. Theo trat wieder in die KP ein und später, wie auch Amalie, in die Partei der Arbeit (PdA). Theo und Amalie fuhren zu den Buchmessen nach Frankfurt am Main und nach Leipzig, wo sie stets von der Stasi überwacht wurden, beteiligten sich mit ihren Söhnen an den jährlich stattfindenden Ostermärschen gegen atomare Aufrüstung, engagierten sich in der schweizerischen Anti-Atom-Bewegung und folgten wie viele andere der Losung: „Nieder mit den Atomwaffen – für die

friedliche Verwendung der Atomenergie“.⁸ Der „Kalte Krieg“ der Kommunistenfeinde machte auch vor der Pinkus-Buchhandlung nicht Halt.

Im Gefolge der Studierendenbewegung wurde besonders die Privatbibliothek immer stärker von Interessierten benutzt. Die Buchhandlung in der Zürcher Altstadt wurde in den 1960er Jahren zum Wallfahrtsort der „neuen Linken“, zur bekanntesten Adresse in der linken Szene.“⁹ Amalie Pinkus-De Sassi und Theo Pinkus schienen mitgerissen von der Hoffnung auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die 1968 auch die Schweiz erfasste, und wollten aktiv ihr eigenes Leben umgestalten. 1971 vergesellschafteten Theo und Amalie Pinkus ihren Privatbesitz, indem sie zunächst die Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung und am 3. März 1973 nach langwierigen Diskussionen die selbstverwaltete Pinkus-Genossenschaft, der nur die im Betrieb (Buchhandlung und Antiquariat) Arbeitenden angehören konnten, gründeten.¹⁰ Die Pinkus Genossenschaft war bis zu ihrem Konkurs 1998 ein selbstverwalteter Betrieb, es gab keine formalen Hierarchien. Die Entscheidungen wurden in den monatlich stattfindenden Vollversammlungen getroffen, auf der alle im Betrieb Arbeitenden eine Stimme hatten. Ausführliche Betriebsverfassungen regelten Arbeitszeiten, Urlaub, Einheitslohn und Ausbildung ebenso wie die Aufgabe der verschiedenen Abteilungen und Gremien.¹¹ Amalie und Theo erhielten einen Einheitslohn als Altersrente. Beide hofften auf den Modellcharakter selbstverwalteter Betriebe und darauf, die nach 1968 entstandene neue alternative Bewegung mit der alten Genossenschaftsbewegung und mit der Arbeiterbewegung zu verbinden. Die Philosophie der selbstverwalteten Buchhandlung war einfach: „Niemand, der in den Betrieb kommt, muss Eigenkapital mitbringen, und niemand der weggeht, kann etwas mitnehmen.“¹² 1975 kam die Lim-

⁸ *Lüscher/Schweizer*, Amalie und Theo Pinkus-De Sassi, S. 349.

⁹ *Schmid*, *Leben*, S. 3.

¹⁰ Siehe *Pinkus*, 20 Jahre selbstverwaltet, Zürich 1991.

¹¹ Pinkus AG – Eigentum der Stiftung „Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung“. Betriebsverfassung. Pinkus-Genossenschaft: Betriebs-Verfassung.

¹² *Christa Piotrowski*, Die Literatur der Verfolgten gesammelt, in: *Der Tagesspiegel* vom 24.12.1989.

mat-Verlags-Genossenschaft hinzu, die unter anderem wichtige Bücher zu Frauen- und Geschlechterfragen veröffentlichte. 1985 zog das Ehepaar Pinkus mit den Büchern von der Wildbachstrasse in die Quellenstrasse in den Arbeiterbezirk als Mieter des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks. 2015 feierte der Verlag unter dem Motto „40 Jahre todtglücklich, zäh und wild“ sein 40jähriges Jubiläum.

1991 – nach dem Tod von Theo Pinkus – wurde Amalie Präsidentin der Studienbibliothek, die 1998 50 000 Bücher, zahllose Zeitschriften und Archivalien umfasste. Nach ihrem Tod 1996 übernahm ihr Sohn André Pinkus das Amt. Die Studienbibliothek beinhaltet die wichtigsten Veröffentlichungen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, bedeutende Erstausgaben, Tarnschriften und Werke der sozialistischen Kunst, Kultur und Literatur. Die Sammelschwerpunkte sind kommunistische Bewegung des 20. Jahrhunderts, Frühsozialismus, Marxismus, Anarchismus, Sozialismus, Spanischer Bürgerkrieg, Nationalsozialismus, antifaschistischer Widerstand, Exil, Weimarer Republik, Bücher aus der DDR und UdSSR, Studentenbewegung, Frauenbewegung, Umweltbewegung, der KPS und der PdA sowie der revolutionären Aufbauorganisation Zürich (RAZ) oder der Zürcher Bewegung 1980/81. Auch aus Deutschland sind kleinere Bestände vorhanden, zum Beispiel von der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) und dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Sozialkritische und revolutionäre Literatur sowie eine umfassende Dokumentation der Geschichte der DDR und etwa 1 500 belletristische Werke aus der DDR ergänzen den Bestand.¹³ Die rund 12 000 Personen- und Organisationsdossiers konnten nur zum geringen Teil durch das Schweizerische Sozialarchiv übernommen werden. Wesentliche Teile des Buchbestandes, Archivalien, die umfangreiche Zeitschriftensammlung, zahlreiche der Stiftung vermachte Privat- und Organisationsarchive sowie der gesamte schriftliche Nachlass des Ehepaars Pinkus wurden durch Interessierte aus ganz Europa genutzt, konnten aber aus dem Ertrag des Stiftungsvermögens nicht mehr angemessen und benutzerfreundlich betreut werden.

¹³ Ausführlicher zum Bestand siehe *Walz-Richter*; Theo Pinkus, S. 245.

Um eine Weiternutzung des Bestandes zu gewährleisten, wurde der Buch- und Archivbestand im Jahr 2000 als Schenkung der Zentralbibliothek Zürich übergeben, wo er integral erhalten bleibt, seit 2001 rekatalogisiert wurde und uneingeschränkt ausleihbar ist. Das Projekt eines unabhängigen sozialen und politischen Treffpunkts und das eines traditionsreichen selbstverwalteten Archivs der Arbeiter- und neuen sozialen Bewegungen ist allerdings vorerst zu Ende.¹⁴

Amalie Pinkus-De Sassis Engagement kann nicht gewürdigt werden, ohne ihre Arbeit in der Frauenbewegung zu erwähnen. Schon seit 1943 war sie Mitglied im 1909 gegründeten Frauenstimmrechtsverband. Frauen bekamen in der Schweiz bekanntlich erst 1971 nach hartnäckigen Kämpfen das aktive und passive Wahlrecht. Seit 1968 – inzwischen 58 Jahre alt – engagierte sich Amalie Pinkus-De Sassi in der Neuen Frauenbewegung.¹⁵ Sie wurde nicht nur eine weithin bekannte Aktivistin, sondern auch zur Identifikationsfigur für die jungen Frauen, die 1969 die Frauenbefreiungsbewegung (FBB) gegründet hatten, noch bevor Amalie zu ihnen stieß und in den Vorstand gewählt wurde. Da der Kampf um die Selbstbestimmung der Frauen und die Freigabe der Abtreibung¹⁶ auch in die Schweiz gedrungen war, gründeten die Frauen 1972 die Infra, die Informationsstelle für Frauen, Amalie war dabei. Sie stellten Karteien zusammen, mit Adressen von Ärzten, welche die Antibabypille auch an junge, unverheiratete Frauen abgaben und Schwangerschaftsabbrüche vornahmen. Außerdem standen in den Karteien Weiterbildungsmöglichkeiten, Adressen für juristische Beratungen und so weiter. In der Matengasse bekamen sie danach „ein ganzes Haus nur für die Frauen“.¹⁷ Neben einem Frauencafé und einem Frauenambulatorium fand die Infra dort ihren Platz. Amalie gehörte zu den ständigen Mitarbeiterinnen und war maßgeblich an der Gründung einer Frauenbibliothek

¹⁴ Bernd Hüttner, Studienbibliothek Geschichte der Arbeiterbewegung, Zürich. Übergabe statt Ende, in: Der Archivar, 55 (2002) 4, S. 353.

¹⁵ Zu Amalies Arbeit in der Frauenbewegung siehe auch: Amalie Pinkus erzählt aus ihrem Leben, in: Fraue-Zitig, Juli – September 1981.

¹⁶ Frauen Befreiung, in: Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zürich 1975.

¹⁷ Lüscher/Schweitzer, Amalie und Theo Pinkus-De Sassi, S. 377.

beteiligt.

Eine besondere Stellung im Leben von Amalie Pinkus-De Sassi nahm die ebenfalls 1971 durch Theo und Amalie gegründete Stiftung Salecina ein. Amalie war eine der Hauptaktivistinnen des noch heute existierenden selbstverwalteten linken Studien-, Ferien- und Kommunikationszentrums am Maloja-Paß im Engadin, einem Begegnungsort für Menschen aus verschiedenen Gruppierungen. Sie leistete zusammen mit deutschen und italienischen Genossinnen und Genossen, die für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Gewalt und Krieg eintraten, Aufbauarbeit; für sie eine Verwirklichung ihrer Jugendträume. Sie gehörte dem Präsidium der Stiftung Salecina an und war von 1972 bis 1991 Präsidentin des Stiftungsrates. Das 300 Jahre alte Bauernhaus wurde zum „Ort des organisierten Zufalls“. Viele politische Treffen und Tagungen fanden im Laufe der Jahre dort statt. Zu den Salecina-Seminaren kamen politisch engagierte Persönlichkeiten aus ganz Europa, darunter Herbert Marcuse, Max Frisch, Rodolfo Stavenhagen, Karola Bloch, Robert Jungk. Salecina, so wollten es Amalie und Theo, sollte eine Stätte der Begegnung zwischen alter Arbeiterbewegung und neuer Sozialbewegung werden. Selbstverständlich richteten sie im Dachgeschoss des Haupthauses auch eine umfangreiche Bibliothek zu diesen und anderen Themen und zur Regionalgeschichte ein, die den Gästen zur Verfügung steht. Besonders beliebt waren die Seminare zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die an den Pfingsttagen stattfanden, Amalie und Theo waren meist dabei. Später wurden auch Frauenseminare, Wander- und Skiwochen und vieles andere durchgeführt. Amalie erzählte bei Geschichts- und Frauenseminaren aus ihrem reichen Leben und fühlte sich im lebhaften Salecina-Betrieb bis ins hohe Alter wohl.¹⁸

Amalies Aktivitäten wurden seit Oktober 1932 ununterbrochen von einem Dienst der Kantonpolizei Graubünden im Auftrag der Schweizerischen Bundespolizei überwacht. Mit 257 „Fichen“ in der Staatsschutzkartei hält Theo Pinkus vermutlich den Rekord, aber Amalie war

¹⁸ *Ruth Wyssseier*, Amalie Pinkus-De Sassi (1910–1996), in: Salecina-Info, 69 (1996), S. 1.

schon einige Jahre früher als Theo „fichiert“ worden. In den „Fichen“ heißt es unter anderem: „soll in Russland gewesen sein“. Zu lesen ist auch über ihre Rolle in der KP, die Teilnahme an Anti-Vietnam-Demos und über ihre Arbeit in der Frauenbewegung Ende der 1960er Jahre. Man kann dort sogar lesen: „1956: P = aktiv beteiligt an Unterschriftensammlungen betr. Petition für Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre.“¹⁹ Bis zum Jahre 1989 ist alles notiert.

1990 wurde in Salecina Amalies achtzigster Geburtstag gefeiert. Nach Theos Tod lebte sie allein in der Genossenschaftswohnung an der Besenrainstrasse. Sie erlebte den Zusammenbruch der DDR und der Sowjetunion und hat bis zu ihrem Tod „die Hoffnung nicht aufgegeben, dass es eines Tages eine sozialistische Gesellschaft geben wird“.²⁰ Sie war weiter auf vielen politischen Veranstaltungen und Kundgebungen zu sehen. Natürlich war sie auch am Schweizer Frauentreiktag am 14. Juni 1991 dabei. Unter dem Motto: „Wenn Frau will, steht alles still“ gingen damals mehr als eine halbe Million Frauen auf die Straße, um für die Umsetzung der Gleichstellung zwischen Mann und Frau im Beruf und im Privatleben zu kämpfen. Schon 1987 hatte Amalie in einem Interview gesagt: „Ich habe nie bereut, was ich gemacht habe, denn alles, was ich gemacht habe, habe ich aus voller Überzeugung gemacht. Ich denke, ich würde wieder so handeln.“²¹ Ein positiveres Resümee kann eine wohl kaum nach einem bewegten Leben ziehen. 1996 starb Amalie Pinkus-De Sassi im Alter von 86 Jahren an Altersschwäche. Mit ihr verlor (nicht nur) die Zürcher Linke eine engagierte Kämpferin.

¹⁹ Zit. nach *Lüscher/Schweizer*, Amalie und Theo Pinkus-De Sassi, S. 509.

²⁰ Ebd., S. 422.

²¹ Ebd., S. 405.

Elisabeth Ittershagen

Ilse Schiel (1924–2014)

Ilse Schiel erbrachte mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit theoretisch und praktisch den Nachweis, welche Rolle die Erinnerung als Quelle für die Geschichtsforschung und damit auch für die Literatur spielt. Sie unterstützte die Auffassung, dass „die Besonderheit der Erinnerungen als historische Quelle“ darin besteht, „daß sie dem Historiker nicht selten gestatten, fehlende Glieder in der ihm aus Dokumenten bekannten Reihe von Tatsachen, Ereignissen und Erscheinungen zu rekonstruieren“.¹ Sie vertrat auch die Meinung, dass gerade Erinnerungen dem historisch interessierten Leser viele unbekannte Fakten bieten.

Im April 1963 unterbreitete das Institut für Marxismus-Leninismus (IML) dem Sekretariat des Zentralkomitees der SED eine Vorlage über die Schaffung eines einheitlichen Parteiarchivwesens der SED. Diese Vorlage, die am 8. April bestätigt wurde, enthielt auch die Festlegung, dass aus dem vormaligen, nicht zugänglichen Institutsarchiv eine selbständige Abteilung Zentrales Parteiarchiv (ZPA) wurde.² Das bedeutete, dass ab sofort auch das im gesamten Parteiapparat bereits entstandene und entstehende Schriftgut durch das ZPA als Endarchiv übernommen wurde. Auch die Aufgabenstellung für das neu geschaffene Archiv wurde erweitert, neben der systematischen Sammlung der organisationseigenen archivalischen Quellen der deutschen Arbeiterbewegung hatte das Archiv nun auch die Sammlung von Erinnerungen zu forcieren. Ein wesentlicher Grund dafür war, die zentralen Forschungs- und Publikationsvorhaben des IML zu unterstützen.³

¹ *Heinz Vofke*, Über die Struktur und die Bestände des Archivs des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (BzG), (1963) 1, S. 105–111, hier Abschn. 5 Erinnerungen, S. 110f.

² Vierzig Jahre Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 1949–1989, Berlin 1989, S. 95. Siehe auch *Günter Benser*, Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR?, Berlin 2008, S. 5–8.

³ Vierzig Jahre, S. 98. Siehe dazu auch *Siegfried Lokatis*, Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht, Köln/Weimar/Wien 2003,

Die verstärkte Sammlung von Erinnerungen – für die Zeit bis 1962 lagen bereits über 1 200 vollständige Lebenserinnerungen beziehungsweise Teilerinnerungen über wichtige Kämpfe der Arbeiterklasse vor⁴ –, fand jetzt in enger Zusammenarbeit mit den Forschungsabteilungen des IML projektbezogener statt. So wurden für die Ausarbeitung der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ vor allem Erinnerungen an die deutsche Novemberrevolution 1918/1919, an die Niederschlagung des Kapp-Putsches vom März 1920, über die Organisation des antifaschistischen Widerstandskampfs in Deutschland und anderen Ländern in den Jahren 1933 bis 1945, zur deutschen Emigration vor und während des Zweiten Weltkriegs in verschiedenen Ländern sowie über die ersten Entwicklungsjahre in der Sowjetischen Besatzungszone und die Anfangsjahre der DDR gesammelt. Der Sektor Erinnerungen im ZPA, in der Regel mit 5 Mitarbeitern besetzt, konzentrierte sich auf die Sammlung und Erschließung. Vor allem wurden Persönlichkeiten, die zentrale Funktionen ausgeübt beziehungsweise an wichtigen Ereignissen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung teilgenommen haben, angeregt, ihre Erinnerungen niederzuschreiben, oder sie wurden darüber befragt.

Von Mitte der 1950er Jahre bis 1989 wurden vom IML neben anderen Publikationen 15 Sammelbände mit Erinnerungen herausgegeben, sieben davon kamen aus dem Sektor Erinnerungen. Ilse Schiel, ab 1966 Leiterin dieses Arbeitsbereichs, war selbst an sechs Titeln als Herausgeberin oder Mitherausgeberin beteiligt. Bereits ein Jahr nach Aufnahme ihrer Tätigkeit im ZPA war sie neben Heinz Voßke und Fanny Rosner Mitherausgeberin des Sammelbandes „Vereint sind wir alles“ mit Erinnerungen an die Gründung der SED.⁵ Ihre letzte Veröffentlichung war 1985 die „Lebensgeschichte“ der aus der Schweiz stammenden Mentona Moser, die sich große Verdienste in der schweizerischen, der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung erworben hatte. Auf Einladung von Wilhelm Pieck (Vorsitzender der SED), war sie

hier: Abschn. 2. Die neue Quellenbasis: Archivreform und KPD-Fonds, S. 227–230.

⁴ Voßke, Über die Struktur, S. 110f.

⁵ Vierzig Jahre, S. 155.

1950 in die DDR übergesiedelt, wo sie 1971 im 97. Lebensjahr verstarb. Ilse Schiel schreibt in ihrem Nachwort: „Die Kenntnis des Zeitpunktes und des Zwecks der Niederschrift autobiographischer Aufzeichnungen erlaubt es, besseren Zugang zum Verständnis des Inhalts und der Form konkreter Erinnerungen zu finden. Das trifft in vollem Maße auf die ‚Lebensgeschichte‘ Mentona Mosers zu. Die Autorin war sich der unabdingbaren Forderung jeglichen autobiographischen Schaffens, der historischen Wahrheit zu dienen und den Anforderungen der Gegenwart – ihrer damaligen Gegenwart – voll bewußt.“⁶ Man kann mit vollem Recht davon sprechen, dass die Mitarbeiter des Sektors Erinnerungen ihrer Aufgaben, der Sammlung, Bewertung und Publizierung gerecht wurden. Laut Materialeingangsbuch des ZPA – seit den 1950er Jahren erfolgte eine zentrale Registrierung aller Materialzugänge – wurden bis 1992 insgesamt 2 278 Signaturen für Lebenserinnerungen und einzelne Erinnerungsbeiträge vergeben.⁷

Ilse Schiel hatte an der Umsetzung obiger Aufgaben einen bedeutenden Anteil. Bevor sie im Februar 1965 ihre Tätigkeit im ZPA aufnahm, hatte sie bereits ein vielseitiges Arbeitsleben hinter sich. Geboren wurde sie am 24. Juli 1924 als erstes Kind des Tischlers Max Wittwika und seiner Frau Elisabeth, Schneiderin, in Zeitz, einer mitteldeutschen Industriestadt in der Provinz Sachsen-Anhalt. Der Vater, seit 1926 der SPD angehörend, war aktiver Funktionär im Arbeiter-Turn-und-Sportbund. Ilse Wittwika besuchte die achtklassige weltliche Volksschule (1931–1939) und erlernte den Beruf einer Stenotypistin in der Stadtverwaltung. Die bewusste Erziehung im Elternhaus vermittelte ihr und ihrem Bruder eine kritische Distanz zur nazistischen Ideologie.

Nach der Befreiung vom Faschismus 1945 traten die Eltern, der Bruder und sie selbst der KPD bei. Vom August 1945 bis Februar 1947 war sie als Sekretärin des Direktors der Braunkohle-Benzin-A.G. in Tröglitz bei Zeitz angestellt. In dieser Zeit engagierte sie sich im Frauenaus-

⁶ *Mentona Moser*; Unter den Dächern von Morcote. Meine Lebensgeschichte. Hrsg. und mit einem Nachwort versehen von *Ilse Schiel*, Berlin 1985, S. 240–280.

⁷ Siehe Zentraler Bestandsnachweis des ZPA bis 1992, in: SAPMO-BArch, SgY 30 – Erinnerungen.

schuss des Betriebs, gab eine Frauenzeitung heraus und war Mitglied der Kreisleitung der KPD. 1946 war sie Delegierte auf den Vereinigungsparteitag von KPD und SPD zur SED in Zeitz und in Halle/Saale. Im gleichen Jahr besuchte Ilse einen Zwei-Monate-Lehrgang der Landespartei­schule in Wettin bei Halle, und danach war sie bis zum Herbst 1947 als Sachbearbeiterin beim SED-Landesvorstand in Halle tätig. Ein von ihr langgehegter Wunsch, auf propagandistisch-journalistischem Gebiet zu arbeiten, wurde unterstützt durch ihre Delegation zum 2. Journalistenlehrgang von Oktober 1947 bis Mai 1948 an der Parteihochschule in Kleinmachnow bei Potsdam. Nach einem Volontariat in der Redaktion der Tageszeitung „Freiheit“ in Halle kehrte sie in ihren vorherigen Betrieb – jetzt Hydrierwerk-Tröglitz bei Zeitz – zurück. Man übertrug ihr die Parteischulung, wo sie selbst Vorlesungen hielt. Außerdem gründete sie die Betriebszeitung „Einheit“, deren Redakteurin sie war. Später vermerkte sie einmal, dass es diese Zeitung noch im Jahre 1981 gab.⁸

Das Jahr 1948 war für Ilse ein Jahr mit großen Herausforderungen. Als junge Journalistin wurde sie Mitglied der ersten Frauendelegation des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD), die auf Einladung des Antifaschistischen Komitees der Sowjetfrauen vom 26. August bis zum 13. September in der Sowjetunion weilte. Sie war als Berichterstatterin aus Halle die jüngste der neun Teilnehmerinnen und interessierte sich besonders dafür, wie die Jugend in der Sowjetunion lebt, wie sie arbeitet, lernt und ihre Freizeit verbringt.⁹

Über die einzelnen Stationen dieser Reise schrieb Ilse Wittwika – es war ihre erste größere Veröffentlichung – eine interessante Broschüre mit dem Titel „Was ich mit eigenen Augen sah!“.¹⁰ Nach vier Jahrzehnten, 1989, erreichte sie ein Brief der Vorsitzenden des Komitees der Sowjetfrauen, S. Puchowa. Erinnernd, welche Resonanz dieses Büchlein bei ihnen damals ausgelöst hatte, schrieb sie: „Ihr Buch jährt

⁸ Siehe *Ilse Schiel*, Lebenslauf vom September 1981, geschrieben für das Promotionsverfahren am 19. Februar 1982, in: SAPMO-BArch, DY 30/34050.

⁹ Siehe Bestand des DFD, in: SAPMO-BArch, DY 31/1174.

¹⁰ *Ilse Wittwika*, Was ich mit eigenen Augen sah, Berlin 1949.

sich zum 40. Mal. [...] Und heute, nach beinahe vierzig Jahren empfinden wir herzliche Dankbarkeit an alle Mitglieder der ersten Delegation des DFD in der UdSSR für die von Ihnen gezeigte Fähigkeit, viele Seiten unseres Lebens zu begreifen. Sehr geehrte Ilse, wir sind Ihnen sehr dankbar für solche emotionale und inhaltsreiche Erzählung über diese Reise in Ihrem Buch“.¹¹ Diese Reise fand in der Sowjetischen Besatzungszone einen großen Widerhall durch Rundfunksendungen, größere Veranstaltungen, Frauenkonferenzen und Betriebsversammlungen sowie in der Presse; allein Ilse Wittwika schrieb drei Artikel für die „Tägliche Rundschau“ und die „Sächsische Zeitung“.¹²

Im ersten Quartal des Jahres 1950 begann sie ein Studium an der Parteihochschule „Karl Marx“ in Kleinmachnow bei Potsdam. Nach dessen Abschluss wurde Ilse Schiel – sie hatte im Mai 1950 Wolfgang Schiel geheiratet – Assistentin bei Prof. Dr. Viktor Stern, ab Januar 1958 Dozentin am Lehrstuhl für dialektischen und historischen Materialismus und einige Jahre später verantwortliche Leiterin für den Fernunterricht auf diesem Gebiet. Neben dieser Lehrtätigkeit erwarb sie, trotz großer Belastung – 1951 war ihr Sohn geboren worden –, in einem externen Studium auf den Gebieten Ökonomie, Philosophie und Geschichte den akademischen Grad des Diplom-Gesellschaftswissenschaftlers. Letztlich verlangten all diese Verpflichtungen ihr nicht nur physische Kräfte ab, auch psychisch war sie stark gefordert. Nach 15jähriger Tätigkeit an der Parteihochschule „Karl Marx“ – diese befand sich seit 1955 in Berlin – gab sie ihre Lehrtätigkeit auf.¹³

Es begann die „... schöpferischste [Zeit] meines Lebens“, schrieb sie in ihren nachgelassenen Gedankensplittern.¹⁴ Am 15. Februar 1965 nahm Ilse Schiel ihre Tätigkeit als wissenschaftliche Oberassistentin am IML, Abteilung ZPA, Sektor Erinnerungen auf, wurde ein Jahr später Sektorleiterin und ab Oktober 1968 zum wissenschaftlichen Arbeitslei-

¹¹ S. Puchowa, Brief ohne Datum, in: SAPMO-BArch, DY 31/1174.

¹² SAPMO-BArch, DY 31/1174.

¹³ Petrik Wittwika, Lebensdaten von Ilse Schiel. Zusammengestellt vom Neffen, 2014. Im Besitz der Autorin.

¹⁴ Handschriftliche Aufzeichnungen von *Ilse Schiel*, undatiert, im Besitz von Petrik Wittwika. Kopie im Besitz der Autorin.

ter berufen. Hier fand sie ihre Lebensaufgabe, die ihren Neigungen und ihrer Ausbildung entsprach.¹⁵ In ihrem Lebenslauf vom September 1981 bekannte sie: „In dieser Arbeit beschäftigte ich mich mit der Sammlung, Erschließung und Publikation von Erinnerungen führender Funktionäre und Parteimitglieder. Die Arbeit, in der ich viel eigene Initiative entwickeln und meine bisherigen Erfahrungen in der wissenschaftlichen Tätigkeit und der Arbeit im Parteiapparat verwerten kann, entspricht meinen Vorstellungen von schöpferischer und interessanter Beschäftigung. Das trifft besonders auf den ständigen Kontakt mit erfahrenen Parteiarbeitern und auf die Herausgabe von Sammelbänden mit Erinnerungen zu.“¹⁶

Die Publizierung biographischer Lebenserinnerungen und einzelner Biographien herausragender Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung war für sie eine Herzensangelegenheit. Unter ihrer Mitarbeit bzw. Leitung erschienen: 1971 „Karl und Rosa“, ein Erinnerungsband anlässlich der 100. Geburtstage von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Diese Veröffentlichung erschien im gleichen Jahr in Frankfurt am Main und in Übersetzung 1975 in Japan. Der Band mit Erinnerungen an die Gründung der SED „Vereint sind wir alles“ kam in einer 2. erweiterten Auflage ebenfalls 1971 heraus. 1974 erschienen die Erinnerungen an die Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft: „Im Zeichen des roten Sterns“, die zum gleichen Zeitpunkt auch in Moskau veröffentlicht wurden. 1979, anlässlich des 30. Jahrestags der Gründung der DDR, kam der Sammelband mit Erinnerungen von Zeitzeugen, die maßgeblich an den revolutionären Umgestaltungen im Osten Deutschlands beteiligt waren, mit dem Titel „Die ersten Jahre“ heraus und 1980 erschien der in Zusammenarbeit des IML mit dem Kulturbund der DDR herausgegebene Sammelband „... einer neuen Zeit Beginn“. Ilse Schiel gehörte dem Redaktionskollegium als Sekretär an.¹⁷

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Siehe *Ilse Schiel*, Lebenslauf vom September 1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/34050.

¹⁷ Siehe *Vierzig Jahre. Bibliographie der Veröffentlichungen des Instituts 1950–1988*, S. 173.

Im Februar 1982 promovierte Ilse Schiel mit dem Thema „Zum Platz und Wesen der Erinnerungen bei der Verbreitung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes. Erfahrungen und Probleme des Sammelns, Gestaltens, Wertens“. Die Dissertation war letztlich auch das Ergebnis ihrer in zwölf Jahren gesammelten Erfahrungen auf diesem Gebiet. In ihrem Schlusswort wies sie nach, „daß alle historischen schriftlichen Quellen – darunter die Erinnerungen – als menschliche Zeugnisse der Vergangenheit immer in spezifischer Weise die dialektische Einheit von Gesellschaftlichem und Individuellem, vom Objektivem und Subjektivem und die Quellen sozialistischen Charakters außerdem die Einheit von Parteilichkeit und Wissenschaftlichkeit verkörpern. [...] Der Quellenwert vieler Memoiren bestehe gerade darin, daß sich in ihnen die Zeitumstände, die Epoche, die Atmosphäre und die Persönlichkeit des Quellenautors geschlossen, als Einheit widerspiegeln...“¹⁸ Ihre Arbeit wurde mit dem Prädikat „magna cum laude“ bewertet, und sie erhielt den wissenschaftlichen Grad eines Doktors der Philosophie verliehen.

Neben ihren engen Arbeitsaufgaben reiste sie zum Erfahrungsaustausch in mehrere Parteiinstitute der sozialistischen Länder; war Lehrbeauftragte am IML bei der Ausbildung von ausländischen Archivaren sowie von Mitarbeitern des Parteiarchivwesens zu Archivassistenten und übte verschiedene gesellschaftliche Funktionen aus. Für ihre herausragenden Leistungen wurde Ilse Schiel mehrmals mit hohen Auszeichnungen geehrt. Nie verlor sie die Bindung an ihre Heimatstadt Zeitz.¹⁹

1984 ging sie in den Ruhestand, der für sie aber ein „Unruhestand“ wurde. Die Thematik Erinnerungen beschäftigte sie weiter. 1989 verfasste sie eine 26seitige Konzeption für eine größere Arbeit „Zum Memoirenschaffen (Versuch einer Analyse)“. Zur Begründung dieses Vorhabens schrieb sie: „Seit der Existenz der Memoiristik wurde ein solches Thema

¹⁸ Siehe Thesen zur Dissertation A, Autorreferat und Protokoll über das öffentliche Verfahren zur Erlangung des wissenschaftlichen Grades „doctor philosophiae (Dr. phil.)“ am 19. Februar 1982, in: SAPMO-BArch, DY 30/34050.

¹⁹ Siehe handschriftliche Aufzeichnungen von *Ilse Schiel*.

nicht bearbeitet. Weder bürgerliche noch marxistische Autoren haben bisher den Schaffensprozeß zum Untersuchungsgegenstand genommen [...]. Meine 20jährige Tätigkeit als Leiterin des Sektors Erinnerungen im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED konfrontierte mich ständig mit dem Verlangen erfahrener Veteranen nach wissenschaftlich-methodischen Anregungen, nach ‚Hilfen‘ für das Schreiben von Erinnerungen.“ Dieses Verlangen nach ‚Hilfen‘ begründet sie so: „Memoirenautoren vermitteln mehr oder weniger bewußt und zielgerichtet als Handelnde und Zeugen der Geschichte aus ihrem unwiederholbaren individuellen Erleben Wissen und Erfahrungen von menschlichem, geschichtlichem, politischem, pädagogischem, moralischem, ästhetischem, psychologischem Wert zum Nutzen der Gesellschaft.“ Grundlage für die Ausarbeitung des Gesamtmanuskripts bildeten eigene Erfahrungen und Erkenntnisse. Sie hat in dieser Konzeption zehn Voraussetzungen für das Memoirenschaffen begründet und untersucht. Die Fertigstellung des Gesamtmanuskripts plante sie für Ende 1990.²⁰

Es sollte berücksichtigt werden, dass vom Sektor Erinnerungen im Zentralen Parteiarchiv der SED mit dem Befragen von Zeitzeugen und dem Sammeln schriftlich niedergelegter Erinnerungen begonnen wurde, bevor in der Bundesrepublik Oral History Schule machte, deren Instrumentarien aus den USA übernommen und verfeinert wurden. Zweifellos schlugen sich in der DDR die maßgeblich unter Walter Ulbricht geprägten Leitlinien im Umgang mit der Geschichte der Arbeiterbewegung auch in Memoiren und Erinnerungsberichten nieder – nicht so sehr als Vorgaben oder in redaktionellen Bearbeitungen, sondern vor allem, weil die Zeitzeugen sich das parteioffizielle Geschichtsbild selbst zu eigen gemacht und verinnerlicht hatten. Aber sie haben mit ihren detaillierten Schilderungen konkreter Vorgänge auch so manche festgeschriebene Darstellung und Interpretation präzisiert, relativiert oder korrigiert. Wie aussagekräftig viele dieser Quellen sind, hat jüngst Axel Weipert unter Beweis gestellt. In seinem Buch über die Berliner

²⁰ *Ilse Schiel*, Konzeption Zum Memoirenschaffen (Versuch einer Analyse), April 1989, 26 Bl., masch.schriftl., im Besitz von Petrik Wittwika. Kopie im Besitz der Autorin.

Räte-Bewegung 1919/1920 sind es nicht zuletzt die im IML gesammelten Erinnerungsberichte, die es ihm gestatteten, Lücken der Geschichtsschreibung zu schließen und manchen Wertungen zu widersprechen.²¹

Gemeinsam mit ihrem Mann Wolfgang reiste sie vorrangig durch Europa, führte über diese Reisen Tagebuch. Sie besuchten viele Kunstmuseen und Galerien. Ihr Mann nutzte diese Reisen für sein Hobby, das Malen und Zeichnen. Auch waren beide noch im hohen Alter gesellschaftlich aktiv. 2007 erschien von ihnen ein Beitrag als Wortmeldung zur Veröffentlichung des Buches „Die Parteihochschule der SED – ein kritischer Rückblick“.²²

In den bereits mehrmals erwähnten Gedankensplittern für die Niederschrift eigener Erinnerungen schreibt sie: „... meine berufl[iche]. Tätigkeit – Lehren, Schreiben – war für mich zugleich Hobby, war selten Last, meistens Befriedigung, Freude. Deshalb war ich meistens ein sehr glücklicher Mensch“.²³ Die Autorin hatte das Glück, Ilse Schiel einige Male auf ihrer „Spurensuche“ im In- und Ausland zu begleiten und erlebte, mit welchem Respekt sie den Zeitzeugen gegenübertrat; ihre Ruhe, Bescheidenheit, Herzlichkeit und Wärme, die jedem Gesprächspartner das Gefühl gab, dass seine subjektive Sicht für die Darstellung seiner Teilnahme an den geschichtlichen Ereignissen Bedeutung hat. Stets achtete sie bei der Publizierung darauf, dass das Detail des persönlichen Erzählens erhalten blieb. Letztlich wäre das Wissen um die einzelnen Aktivitäten unwiederbringlich verloren gegangen. Sie war mit ihren reichen Kenntnissen, vor allem zu Fragen der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, zur Kultur- und Literaturgeschichte eine gefragte Gesprächspartnerin.

Ilse Schiel verstarb am 11. Juli 2014, zwölf Tage vor Vollendung ihres 90. Lebensjahres, in Berlin.

²¹ Axel Weipert, *Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920*, Berlin 2015.

²² Siehe *Ilse Schiel/Wolfgang Schiel*, „Mensch statt Klasse“, in: *Utopie kreativ*, 199 (2007), S. 426–430.

²³ Siehe handschriftliche Aufzeichnungen von *Ilse Schiel*.

Rolf Hecker

Hans Stein (1894–1941)

Johann Ludwig Stein¹ wurde am 7. Dezember 1894 als Sohn des Rechtsanwalts Urban Stein und seiner Frau Henriette in Köln geboren. Er besuchte die Volksschule in Köln, anschließend das Marzellengymnasium (Dreikönigsgymnasium), später das St. Michaelsgymnasium in Münstereifel. Im März 1914 legte er die Reifeprüfung ab. Obwohl er im Sommersemester 1914 an der Philosophischen Fakultät der Bonner Universität immatrikuliert war, meldete er sich im August 1914 als Kriegsfreiwilliger. Im November 1918 wurde er aus dem Militärdienst als Leutnant d. R. entlassen. Das Studium absolvierte er in Bonn und Köln und legte 1921 eine Dissertation zum Thema: „Der Kölner Arbeiterverein (1848–1849). Ein Beitrag zur Frühgeschichte des rheinischen Sozialismus“ vor, mit der er zum Doktor der Staatswissenschaften promovierte. In den Jahren 1920/1921 leitete er die sozialistische Studentengruppe an der Universität Köln.

Seine Berufslaufbahn begann Stein als wissenschaftlicher Assistent im Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchiv in Köln. Bereits ein Jahr später wurde er entlassen, da infolge der Inflation keine finanziellen Mittel mehr zur Verfügung standen. Aufgrund seiner Studien zur neueren Wirtschafts- und Sozialgeschichte wurde er von der Rheinisch-Bergischen Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ mit einem Forschungsauftrag über die Genossenschaftsgeschichte beauftragt. Gleichzeitig konnte er Vorlesungen an der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fakultät der Kölner Universität halten. Diese Tätigkeit musste Stein im Herbst 1923 infolge seines Eintritts in die Kommunistische Partei ein-

¹ Siehe *Atie van der Horst/Elly Koen* (Hrsg.), *Guide to the International Archives and Collections at the IISH*, Amsterdam 1989, S. 159f. Die folgenden Angaben stützen sich auf den von Stein selbst verfassten Lebenslauf vom 19. August 1925 sowie auf die von Guus van der Ham verfasste Einleitung zum Inventarverzeichnis des Nachlasses von Hans Stein im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. Werner Blumenberg veröffentlichte 1950 eine kurze Annotation über Stein im „Bulletin of the IISG“, Amsterdam 1950, Bd. V, S. 30.

stellen. Im Herbst 1924 konnte die Genossenschaft die Finanzierung der Studien von Stein nicht mehr fortsetzen.

Im folgenden Jahr war Stein als Handlungsbevollmächtigter der Firma Roland Stahlwarenfabrik Köln-Ohligs-Solingen beschäftigt. Er wollte sich jedoch weiterhin mit einer wissenschaftlichen Aufgabe befassen. So nahm er im Herbst 1925 das Angebot an, an der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA1) mitzuwirken. Die Marx-Engels-Forschung sollte ihn, wie auch die Genossenschaftsgeschichte, nicht mehr loslassen. Vor seiner nächsten beruflichen Aufgabe heiratete er Elsbeth Ihlenburg; die Ehe blieb kinderlos.

Bevor Stein mit seiner Frau an das Marx-Engels-Institut (MEI) nach Moskau reiste, erfüllte er erste Aufträge des Direktors Dawid Rjasanow: Er ermittelte die Abiturarbeit von Marx und alle mit seiner Gymnasialzeit zusammenhängenden überlieferten Materialien in Trier. Außerdem sah er in Berlin die Akten zum Kölner Kommunistenprozess im Preußischen Geheimen Staatsarchiv durch. Von Dezember 1925 bis April 1926 war Stein in Moskau an der Redaktionsarbeit am ersten Band der MEGA beteiligt, wobei seine Spezialkenntnisse über das Rheinland und das Moselgebiet von Vorteil waren. Im April musste Stein aus gesundheitlichen Gründen nach Köln zurückkehren. In der Folgezeit sammelte er weiter Material für die Kommentierung der marxischen Artikel über die Moselbauer und den Holzdiebstahl² und für die bevorstehenden Bände 7 und 8 (1848/49), die mit Marx' Wirken in Köln zusammenhängen. Von Oktober 1926 bis Januar 1927 war Stein nochmals in Moskau, musste dann aber endgültig aufgrund seines Nierenleidens seinen Aufenthalt abbrechen.³

1927/28 setzte Stein seine Recherchearbeit für das MEI in Deutschland fort. Dabei konnte er beachtliche Ergebnisse erzielen. In Trier ermittelte er Angaben über die Vorfahren von Marx, über seine Geschwister, über seine Schulzeit am Trierer Gymnasium und übermittelte Fotos

² Siehe MEGA I/1, Frankfurt/Main 1927, S. 266–304, 336–383.

³ Der Briefwechsel von Hans Stein mit dem Moskauer Marx-Engels-Institut wird im Russländischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte unter der Signatur f. 71, op. 50, d. 142–145 aufbewahrt.

von zeitgenössischen Stadtansichten und Fotokopien der Dokumente. Interessant und aufschlussreich ist auch seine Schilderung über „Marx’ Geburtshaus zu Trier, Brückenstraße 91“. Weiterhin konnte Stein über seine Nachforschungen in Wuppertal berichten und eine genaue Aufstellung aller Lehrer von Friedrich Engels in Elberfeld übermitteln. Bedeutsam war ein Besuch Steins bei Emil Engels, Fabrikbesitzer in Engelskirchen, in dessen Ergebnis Anfang 1928 Dokumente aus dem Familienarchiv (Briefe, Zeitungen, Familienwappen) kopiert und nach Moskau gesandt werden konnten.⁴

Im Oktober/November 1927 befand sich Stein zu Archivstudien in Brüssel. Danach konnte er nach Moskau umfangreiches Material unter dem Titel „Belgische Akten zur Geschichte der demokratischen und sozialistischen Bewegung in den Jahren 1845–1852“ übermitteln. Dazu gehörten das Marx-Dossier aus dem Archiv der Sûreté publique Brüssel, politische Korrespondenz des Ministère des Affaires Etrangères, Zeitungen der 1840er Jahre aus verschiedenen Bibliotheken und Archiven Brüssels.

In seiner weiteren Korrespondententätigkeit für das MEI bis Anfang 1929 zeigte sich seine besondere Befähigung, nicht nur Aufträge des Arbeitgebers auszuführen, sondern selbständige Recherchestrategien zu entwickeln und neue Kontakte zu Bibliotheken und Archiven, zu Nachfahren der Familien Marx und Engels sowie zu mit ihnen befreundeten Familien herzustellen. Dadurch gelangen ihm „sensationelle Funde“ persönlicher Dokumente, von Materialien, Manuskripten und Briefen von und an Marx und Engels. Darüber hinaus kümmerte sich

⁴ Die Geschichte dieser Briefe war damit nicht abgeschlossen, sie setzte sich 1945/46 fort. Bei Ende des Krieges befand sich der Sohn von Emil Engels, Caspar Engels, in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Natürlich bemühte sich der Vater um seine Freilassung, wobei ihm die alten Familienbriefe einfielen, die für Moskau sicherlich von Interesse sein dürften. So wandte er sich an die Sowjetische Militäradministration in Deutschland. Diese schickte Major Alexander Michailowitsch Stoljarow zusammen mit dem Vertreter des Moskauer Marx-Engels-Lenin-Instituts in Deutschland, Michail Wasiljewitsch Ossipow, ausgestattet mit britischem Visum, nach Engelskirchen. Am 20. Januar 1946 erhielten beide von Emil Engels u.a. 19 Briefe des jungen Friedrich Engels; 144 Zeitungen mit Nekrologen zum Tode von Engels 1895 für das Moskauer Marx-Engels-Lenin-Institut ausgehändigt.

Stein um die Verbreitung und Propagierung der MEGA, organisierte Rezensionen und Besprechungen, gestaltete einen Stand über die MEGA auf der Ausstellung der Arbeiterpresse in Köln (1928).⁵

Zu den bedeutenden Funden Steins gehören Marx-Dokumente in den Nachlässen von Roland Daniels (Köln) und Georg Weerth (Detmold), beide enge Vertraute von Marx während der Kölner Jahre und der politischen Tätigkeit im Bund der Kommunisten. Bei der Familie Daniels befanden sich das Kondolenzschreiben von Marx an Amelie Daniels vom 6. September 1855 und zwei Gedichtbändchen von 1837 und 1839.⁶ Bei Familie Weerth konnte Stein die überlieferten Briefe (etwa 300), Manuskripte, Romanskizzen und andere Dokumente, ebenso Portraits und Fotos zum Fotokopieren erhalten; es gelang auch, fünf Briefe Ferdinand Freiligraths an Carl Weerth und zwei Briefe von diesem an Freiligrath sowie einige Briefe Georg Weerths im Original zu erwerben.⁷

In Deutschland hatte Stein Verbindungen zum Berliner Korrespondenten des MEI, Boris Iwanowitsch Nikolajewskij, und zum Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, Carl Grünberg, sowie zu den Geschäftsführern der Frankfurter Gesellschaft für Sozialforschung e.V., Friedrich Pollock und Felix Weil. Vor allem über das Frankfurter Institut wurden möglichst viele Kopieraufträge abgewickelt und auch die Weiterleitung nach Moskau übernommen. Steins Nachforschungen in Archiven und Bibliotheken wurden hilfreich unterstützt, er selbst würdigte die Arbeitskontakte zu dem Direktor des Kölner Historischen Archivs, Joseph Hansen, dem Direktor des Koblenzer Staatsarchivs, Emil Schmaus, und dem Kölner Wirtschaftshistoriker Bruno Kuske, der sein Doktorvater war. Es bestanden ebenso Kontakte zum Engels-Biographen Gustav Mayer.

⁵ Siehe *Rolf Hecker*, Hans Stein – wissenschaftlicher Mitarbeiter und Korrespondent des Moskauer Marx-Engels-Instituts (1925–1929). Teil I: Zur Mitarbeit an der MEGA¹, in: *Marx-Engels-Forschung im historischen Spannungsfeld*, Hamburg 1993, S. 17–40; Teil II: Die Entdeckung von unbekanntem Marx-Dokumenten, in: *Quellen und Grenzen von Marx' Wissenschaftsverständnis*, Hamburg 1994, S. 150–173.

⁶ Siehe MEGA² III/7, S. 205f. und MEGA² I/1, S. 615–703 und 773–858.

⁷ Siehe *Rolf Hecker*, Neues über die Überlieferungsgeschichte des Nachlasses von Georg Weerth, in: *Grabbe-Jahrbuch*, 17/18 (1998/99), S. 256–264.

Von den Honoraren des Marx-Engels-Instituts konnte Stein seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten. Im Herbst 1928 folgte er deshalb dem Ruf des Intendanten der Westdeutsche Rundfunk AG (WERAG) und begann eine Tätigkeit in der Vortragsabteilung, vor allem zur Erweiterung des Sendeprogramms zu wirtschaftskundlichen und sozialpolitischen Themen. In seinen eigenen Beiträgen befasste er sich mit praktischer Sozialpolitik und wirtschaftlicher Regionalkunde.⁸ Er veröffentlichte mehrere Aufsätze über das Vortragswesen im Rundfunk in Fachzeitschriften. Der Aufenthalt in Moskau hatte ihm Erfahrungen eines „Russland-Fahrers“ im ersten Dezennium der Sowjetmacht vermittelt, die er in Rundfunkvorträgen nutzbar machte.⁹ Am 19. April 1933 wurde Stein vom neuen Intendanten der WERAG wegen seiner politischen Tätigkeit und früheren Mitarbeit an der MEGA beurlaubt und bald danach gekündigt.

Stein emigrierte zunächst nach Frankreich, traf in Neuilly unter anderem Auguste Cornu, der ihn unterstützte, ging dann aber im Dezember 1933 nach Amsterdam. Die wenigen überlieferten Briefe aus der Zeit 1933/34 deuten an, dass er sich ganz den wissenschaftlichen Studien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Rheingebiet widmen wollte, unterstützt durch ein dreimonatiges Stipendium der Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaftler im Ausland. Ab Mitte 1934 ergab sich ein neuer Tätigkeitsbereich: Otto Neurath, Direktor des Mundaneum Instituts in Haag, bot Stein eine Honorartätigkeit an. Aufgrund der schwierigen finanziellen Bedingungen verblieb Steins Frau in Deutschland.

Im Juni 1935 wurde Stein Mitarbeiter und ab 1936 Leiter der deutschen Abteilung im neugegründeten IISG, das aus dem seit 1914 bestehenden Ökonomisch-Historischen Archiv unter der Leitung von Nicolaas Wilhelmus Posthumus hervorging. Ab Sommer 1936 nahm er ge-

⁸ Siehe *Renate Schumacher*, Hans Stein – „mit allen Wassern der Dialektik gekocht“. Mitarbeiter der Westdeutschen Rundfunk AG (1927–1933), in: *Quellen und Grenzen von Marx' Wissenschaftsverständnis*, Hamburg 1994, S. 174–189.

⁹ Siehe *Hans Stein*, Russland von heute. Sieben Rundfunkvorträge, in: *Jahrbuch des Westdeutschen Rundfunks* 1929, S. 72–111.

meinsam mit Nikolajewskij, Leiter der Pariser Filiale des IISG, ein großes Projekt zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, nämlich die Edition der Protokollbücher des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) in der Originalsprache, der sogenannten Minutes (1864–1872), in Angriff.¹⁰ Für dieses Projekt war Stein Ende März/Anfang April 1936 in Brüssel und sichtete das Material verschiedener Ministerien und der Sûreté für die Jahre 1850 bis 1886. Er setzte diese Studien von August bis Anfang Oktober 1936 fort. Aus dieser Zeit sind umfangreiche Berichte Steins über die aufgefundenen Dossiers von Mitgliedern der IAA im IISG vorhanden. Im Sommer 1937 arbeitete Stein erneut für einige Wochen in Brüssel, wobei er sich verstärkt den französischen Emigranten in der belgischen Hauptstadt im 19. Jahrhundert, vor allem Kommune-Flüchtlingen, zuwandte. Ab April 1937 war auch Gustav Mayer, der nach London emigrieren musste, an diesem IAA-Projekt als Mitarbeiter des IISG beteiligt.

Jedoch 1939 bricht die Forschungsarbeit zusammen. In großer Hast werden die Archivbestände des IISG verpackt und zur Evakuierung vorbereitet. Stein war bereits 1938 offiziell die deutsche Staatsbürgerschaft durch das NS-Regime entzogen worden. Der Zweite Weltkrieg brach am 1. September 1939 durch den Überfall auf Polen aus; am 14. Mai 1940 wurde Holland besetzt. Stein rettete sich nach London, wo er im Juli 1941 verstarb.¹¹ Gustav Mayer litt zunehmend unter dem Ge-

¹⁰ Siehe *Rolf Hecker*, Zur Geschichte der Veröffentlichung der Generalratsprotokolle der Internationalen Arbeiterassoziation, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, (2014) 3, S. 158–172.

¹¹ Veröffentlichungen von *Hans Stein* (Auswahl): Der Kölner Arbeiterverein (1848–1849). Ein Beitrag zur Frühgeschichte des rheinischen Sozialismus, Köln 1921 (Neuveröffentlicht in: *Freiheit, Arbeit. Organ des Kölner Arbeitervereins*, Nr. 1-33, Köln 14. Januar bis 24. Juni 1849. Mit e. Einführung v. Hans Stein u. erg. Beitr. v. Ernst Czóbel, Glashütten im Taunus 1972); K. Marks i mozel'skie krest'jane, in: *Letopisi marksizma*, 1 (1926); Iz archivnych materialov o Markse, in: *Letopisi marksizma*, 4 (1927); Politische Strömungen am Rhein 1815–1848, in: Sonderheft „Rheinischer Vormärz“, *Rheinische Heimatblätter*, 5 (1929), S. 217–225; Der Sturz Rjazanovs. Das Schicksal eines russischen Gelehrten, in: *Kölnische Zeitung*, Nr. 117, 28. Februar 1931, Abendausgabe; Der Übertritt der Familie Heinrich Marx zum evangelischen Christentum, in: *Jahrbuch des Kölner Geschichtsvereins e.V.*, 16 (1932), S. 126ff.; Karl Marx und der rheinische Pauperismus im Vormärz. Eine Studie

fühl der Heimatlosigkeit, Fassungslosigkeit und Entsetzen über den Nationalsozialismus und verstarb 1948. Nikolajewskij übersiedelte mit „seinem“ Archiv der russischen revolutionären Bewegung in die USA, wo er im November 1940 eintraf.

zur Sozialpolitik der Rheinischen Zeitung von 1842–1843, in: Jahrbuch des Kölner Geschichtsvereins e.V., 16 (1932), S. 130ff.; Ludwig Gall, in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. I, Münster i.W. 1932, S. 392–429; Pauperismus und Assoziation, in: *International Review of Social History*, 1 (1936), S. 1–120; Der Amsterdamer Arbeiterbildungsverein von 1847 und die Vorläufer der modernen sozialen Bewegung in Europa, in: *International Review of Social History*, 2 (1937), S. 105–170; Gall-Dokumente. Ein Beitrag zur Biographie des rheinischen Sozialreformers, in: *International Review of Social History*, 4 (1939), S. 139–152; Ein unbekannter Brief Friedrich Annekes aus dem Kölner Gefängnis, in: *Bulletin of the IISH*, 3 (1939), S. 75–78.

Andreas Herbst

Hermann Weber (1928–2014)

Unter der Überschrift „Ehemaliges SED-Archiv künftig im Bundesarchiv“ informierte Ende 1992 die Presse darüber, dass mit Wirkung vom 1. Januar 1993 die Bestände des Zentralen Parteiarchivs der SED und der Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung in die Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv eingebracht werden.¹

Einen nicht zu unterschätzenden Anteil an dieser Entscheidung hatte der Mannheimer Historiker Hermann Weber. Sein Einsatz für die Rettung der Archive war für ihn kein Selbstzweck, er betrachte es, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, als notwendige Voraussetzung für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der SED-Diktatur. Seine vier Grundforderungen:

1. Sicherung der Bestände und der Nachlässe
2. Fachkundige Behandlung sämtlicher Archivalien
3. Kein Auseinanderreißen vorhandener Bestände und auch keine Trennung wichtiger Archive von ihren Bibliotheken
4. Vor allem: Ungehinderter Zugang der Forschung zu den Quellen, also auch keine „30-Jahre-Sperre“ übernehmen²

waren für ihn Maßstab, um sich dem im März gebildeten Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung anzuschließen und dort bis 1997 als Beisitzer zu wirken.

Bereits vorher hatte sich Hermann Weber bei der Rettung der Archive des FDGB und der FDJ verdient gemacht. In höchst intensiver und effektiver Weise unterstützte er mit seinem Renommee als Kommunismus- und DDR-Forscher die Sicherung der archivalischen Hinterlas-

¹ Neue Zeit, Nr. 304 vom 31.12.1992, S. 4.

² Deutschland Archiv vom 5.5.1991, S. 453.

senschaften dieser beiden Massenorganisationen. Er war Gründungsmitglied von Sassenbach-Stiftung und -Gesellschaft und wie bereits angemerkt, maßgeblich am Zustandekommen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAP-MO-BArch) beteiligt.

Hermann Weber gehörte zu jenen engagierten Historikern, die sich um die Erhaltung und die Öffnung des Archivs der Kommunistischen Internationale bemühten. Im September 1990 war es am Rande der 26. Konferenz der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH) – angeregt von Theo Pinkus – zu informellen Gesprächen der Vertreter der wichtigsten, über bedeutende Archive verfügenden teilnehmenden Institutionen gekommen. Hier entstand die Idee, ein internationales Kuratorium zu bilden, das eine Vermittlerrolle spielen sollte. Der Vorsitz dieses Gremiums wurde Eric Hobsbawn angetragen.³ An der Fortsetzung dieser Beratungen auf der folgenden Tagung der ITH nahm auch Hermann Weber teil. Anlässlich einer Konferenz zu den stalinistischen Säuberungen „Weiße Flecken in der Geschichte des Weltkommunismus“ in Mannheim Ende Februar 1992 wurde eine von ihm initiierte „Mannheimer Erklärung zum Kominternarchiv“ verabschiedet, die auf die Gefährdung der Bestände hinwies.⁴ Gemeinsam mit dem Publizisten Wolfgang Leonhard appellierte er Ende März 1992, die materiellen Voraussetzungen zu Sicherung, Erschließung und den freien Zugang der Wissenschaft zum Archiv der Kommunistischen Internationale zu schaffen. Von 1997 bis 2002 gehörte Hermann Weber der gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen an. Danach war er ihr Ehrenmitglied.

In den Tagen vor seinem Tod erschien im de Gruyter Verlag die 1 840 Seiten umfassende Dokumentation „Deutschland, Russland, Komintern – Dokumente 1918–1943“, die er im Auftrag der Deutsch-Russischen Historikerkommission gemeinsam mit Bernhard H. Bayerlein und Jakov Drabkin herausgegeben hat. Bereits 2013 war dazu der Ana-

³ Siehe *Günter Benser*, 50 Jahre ITH aus der Sicht eines Wegbegleiters, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, (2014) 2, S. 148.

⁴ Die ZEIT, Nr. 12 vom 13.03.1992.

lyseband erschienen, dem Hermann Weber einen 130seitigen Beitrag „Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD“ beige-steuert hatte.

Für den im August 1928 in einer Mannheimer Arbeiterfamilie geborenen Hermann Weber – sein Vater, ein Kommunist, der unter Hitler für eineinhalb Jahre ins Gefängnis geworfen wurde – galt die Überzeugung, dass nur eine radikale Umkehr der Verhältnisse für eine bessere und gerechtere Zukunft sorgen würde. Im Jahr der Befreiung vom Hitlerfaschismus trat er der KPD bei, die ihn 1947 als Teilnehmer zum ersten 2-Jahres-Lehrgang an die SED-Parteihochschule zunächst nach Liebenwalde, dann nach Kleinmachnow bei Berlin delegierte. Hier erlebte er unter dem Namen „Wunderlich“ die Umwandlung in eine »Partei neuen Typs« und begegnete SED-Spitzenfunktionären als Vortragende und Dozenten, darunter neben Ulbricht, Pieck und Grotewohl, auch Anton Ackermann und Fred Oelßner. Aber auch solche Veteranen der Arbeiterbewegung wie Hermann Duncker, Otto Franke, Frida Rubiner oder die Bibliothekarin Li Seehof kreuzten seinen Weg.

Im Zusammenhang mit der Suche nach historischer kommunistischer Literatur durchstöberte der junge Hermann Weber während seiner Zeit an der Parteihochschule gern Berliner Antiquariate. Am bekanntesten war seinerzeit die Buchhandlung von Georg Pinzke unter der Brücke am Berliner Bahnhof Friedrichstraße.⁵ Pinzke, der ein sehr belesener Kommunist war, führte mit Weber spannende Diskussionen. Webers besonderes Augenmerk galt Werken von Trotzki, Sinowjew und Bucharin, die er unerwartet bei Pinzke fand. Außerdem eine größere Anzahl alter kommunistischer Schriften, darunter Protokolle der Kommunistischen Internationale. Er wollte alles sofort kaufen, doch Pinzke dämpfte seine „Entdeckerfreude“. Ohne Bescheinigung eines Instituts könne er diese Bücher nicht abgeben. Daraufhin erzählte er Li Seehof, der Bibliothekarin der Parteihochschule von seinem Raritätenfund, ohne ihr nähere Einzelheiten über die Verfasser mitzuteilen, und erhielt von ihr die gewünschte Bescheinigung. Mit der Genehmigung der Parteihochschule für den Erwerb „antiquarischer Bü-

⁵ *Hermann Weber*; Der Antiquar Georg Pinzke – Schicksal eines vergessenen Kommunisten, in: Die Vitrine. Fachblatt für linke Bibliomanie, (2003) 2, S. 4–11.

cher“ erwarb Weber von Pinzke die Bücher. Als er der damals 58jährigen Li Seehof, die den Terror und die Säuberungen in der Sowjetunion überlebt hatte, im Sommer 1948 stolz seine Erwerbungen aus dem Antiquariat vorzeigte, sah er, wie Li Seehof erblasste und zusammenschrak. Li Seehof nahm ihm die Bücher weg, und er war überzeugt, dass sie sie vernichtet hat. In seinen Erinnerungen schreibt Weber, dass er ihr dankbar sei, denn er erkannte, wovor sie ihn bewahrt hat. Was wäre ihm geschehen, wenn sie den Vorfall 1948 gemeldet hätte?

Trotz zunehmender Einengung der Lehre und Diskussion sowie wachsender Indoktrination nutzte Weber die Zeit an der Hochschule zur maximalen Wissensakkumulation sowie zur Schärfung der eigenen Urteilsfähigkeit. Mit wachsenden Zweifeln und größer werdender innerer Distanz zur Partei und ihrer Politik kehrte Hermann Weber nach Westdeutschland zurück, wo er als Chefredakteur des westdeutschen FDJ-Zentralorgans „Das junge Deutschland“ wirkte. An seiner Seite die große Liebe seines Lebens, seine Frau Gerda, mit der er über sechzig Jahre glücklich verheiratet war. 1953 wurden beide als „kommunistische Rädelsführer“ inhaftiert. Die stalinistischen Schauprozesse in Osteuropa, die protestierenden Arbeiter am 17. Juni 1953: all das summierte sich und gab den letzten Anstoß zum Bruch mit der KPD. Noch im Juni 1954 provozierte Hermann Weber mit einer in seiner kommunistischen Ortsgruppe Mannheim-Sandhofen einstimmig verabschiedeten DDR- und UdSSR-kritischen Resolution seinen Parteiausschluss.

Hermann und Gerda Weber fanden 1955 Anschluss an die SPD und engagierten sich in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung. In einer Phase von Arbeitslosigkeit und Aushilfstätigkeiten begann Hermann Weber sich als Publizist einen Namen zu machen. 1964 sorgte Webers Buch „Ulbricht fälscht Geschichte“ in der SED-Führung für Aufregung. Akribisch wies er dort systematische Geschichtsfälschungen im kurz zuvor erschienenen „Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ nach.⁶ Zwischen 1962 und 1968 absolvierte er Studium, Promotion und Habilitation. Seine 1969 erschienene,

⁶ Ders., *Ulbricht fälscht Geschichte*. Ein Kommentar mit Dokumenten zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Köln 1964.

zweibändige Dissertation „Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik“ ist heute noch ein Standardwerk. Im selben Jahr veröffentlichte Hermann Weber den Band „Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien“. Über Jahrzehnte hatte das Protokoll als verschollen gegolten. Hermann Weber hatte es im Nachlass des KPD-Mitbegründers Paul Levi in New York gefunden. Die Veröffentlichung war eine Sensation. 1993 durfte er im Dietz-Verlag Berlin den Band mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED neu herausgeben.⁷

1975 auf den Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim berufen, den er bis zu seiner Emeritierung 1993 innehielt, entwickelte sich der Arbeitsbereich DDR-Geschichte zu einem Zentrum der DDR-Forschung. Trotz aller Anfeindungen und Anfechtungen aus der DDR, wurde er zum weithin anerkannten und geschätzten Fachmann auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik.

1980 wurde an der Universität Mannheim durch Webers Initiative ein Trotzismus-Archiv eingerichtet. Es entwickelte sich in über zwei Jahrzehnten zu einer Sammelstelle von Zeitschriften, Kopien, Mikrofilmen, Broschüren und Nachlässen, die in erster Linie als Informationsspeicher für wissenschaftliche Untersuchungen diente und sich der Aufarbeitung der Geschichte der trotzkistischen Bewegung (Linke Opposition, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Vierte Internationale, Nachkriegszeit) im Rahmen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung widmete.⁸ 2004 übergab Hermann Weber das Archiv dem Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Mit Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion unter Gorbatschow

⁷ *Ders.*, Der Gründungsparteitag der KPD. Frankfurt/M. 1969. Neu herausgegeben und eingeleitet: Die Gründung der KPD, Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der KPD 1918/1919. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED, Berlin 1993.

⁸ *Anne Bärhausen/Gabriele Rose* (Bearb.), Das Trotzismus-Archiv (Sammlung Hermann Weber) in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung: ein Bestandsverzeichnis, Bonn 2007.

wurde in der Bundesrepublik die Forderung nach Rehabilitierung aller Opfer des Stalinschen Terrors erhoben. Nachdem im Juni 1987 sich europäische Intellektuelle, Sozialistinnen und Sozialisten an den Botschafter der UdSSR in Bonn wandten und die vollständige Rehabilitierung der Opfer der Moskauer Schauprozesse forderten, war es Hermann Weber, der im Frühjahr 1989 das kleine Bändchen „Weißer Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung“ veröffentlichte. Das Echo auf das Buch war enorm. Nach der friedlichen Revolution in der DDR erschien das Buch im Links Verlag im April 1990 in nochmals erweiterter Form.

Mit seiner Emeritierung im Jahr 1993 begründete er das „Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung“, das sich zu dem wichtigsten deutschsprachigen Forum einer international und interdisziplinär ausgerichteten Forschung über die Geschichte der kommunistischen Bewegungen, Parteien und Regime im 20. Jahrhundert entwickelte.

Neben seinem Engagement bei der Sicherung der archivalischen Hinterlassenschaften der DDR sowie der Erforschung ihrer Herrschaftsstrukturen und -formen – er war Mitglied der beiden dazu vom Bundestag eingerichteten Enquete-Kommissionen – führte er mit großer Intensität, Leidenschaft und geduldiger Klugheit die in den 1960er Jahren begonnenen und für ihn nie abgeschlossenen Recherchen zu den Lebenswegen und Schicksalen deutscher Kommunisten und Kommunistinnen fort. 2004 erschien der Band „Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945“⁹, 2008 folgte eine stark erweiterte 2. Auflage und 2013 zu Webers 85. Geburtstag ein Supplementband¹⁰.

1998 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen. Im Oktober 2002 erhielt er aufgrund seiner Verdienste um die Erforschung des deutschen und internationalen Kommunismus sowie der Geschichte der DDR die Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock.

⁹ *Andreas Herbst/Hermann Weber*, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004.

¹⁰ *Hermann Weber/Andreas Herbst*, Deutsche Kommunisten. Supplement zum Biographischen Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2013.

Außer seinem umfangreichen wissenschaftlichen Lebenswerk veröffentlichte Hermann Weber 2002 seine gemeinsam mit seiner Frau Gerda verfassten Erinnerungen „Damals, als ich Wunderlich hieß“¹¹ sowie 2006 „Leben nach den ‚Prinzip links‘“.¹²

Den letzten Vortrag seines Lebens hielt er wenige Wochen vor seinem Tod, am 3. November 2014, bei der Eröffnung der Wanderausstellung „Ich kam als Gast in euer Land gereist ... Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933–1956 in Ludwigshafen“. Diese Ausstellung der Projektgruppe Sowjetexil bei der Berliner VVN-Bund der Antifaschisten, unterstützt durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ergänzt durch zusätzliche Tafeln des Sozialdemokratischen Bildungsvereins Mannheim, war Hermann Weber sehr wichtig. Sein Thema hätte symbolträchtiger nicht sein können: Deutsche Kommunisten im Stalinismus. Am 29. Dezember 2014 verstarb Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Weber im Alter von 86 Jahren in Mannheim.

Klaus Schönhoven hat in seiner Trauerrede erläutert, warum Weber eine derartige wissenschaftliche Anstrengung auf sich genommen habe: „Er wollte einsehbar machen, dass man soziale Gerechtigkeit nicht auf diktatorischem Wege herstellen könne, weil dies dann stets auf Kosten der Freiheit des Einzelnen gehe.“ Auch Peter Brandt ist voll zuzustimmen, wenn er in einer Rezension schreibt, „Hermann Weber ist frei von Selbstgerechtigkeit und nachträglicher Rechthaberei, bemüht sich vielmehr ohne jede Beschönigung, doch auch ohne Hass und Häme, darum, den früheren Weggefährten als Menschen gerecht zu werden, auch gerade solchen, die sich anders entschieden haben ...“.¹³

¹¹ *Hermann Weber/Gerda Weber*; *Damals als ich Wunderlich hieß*. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten. Die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ bis 1949, Berlin 2002.

¹² *Hermann Weber/Gerda Weber*; *Leben nach dem ‚Prinzip links‘*. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 2006.

¹³ *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 63 (2015), S. 117–123; Utopie Kreativ, 203 (2007), S. 851.

Abbildungen



Abb. 1: Eduard Backert



Abb. 2: Emil Basner



Abb. 3: Friedrich P. Kahlenberg



Abb. 4: Werner Krause



Abb. 5: Jürgen Kuczynski



Abb. 6: Robert René Kuczynski



Abb. 7: Inge Lammell



Abb. 8: Hans Landauer



Abb. 9: Arthur Lehning



Abb. 10: Agnes F. Peterson

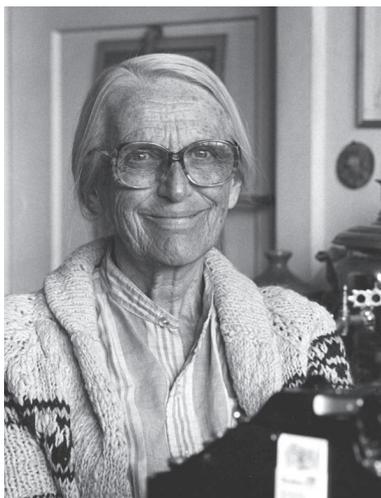


Abb. 11: Amalie Pinkus-De Sassi



Abb. 12: Ilse Schiel



Abb. 13: Hans Stein

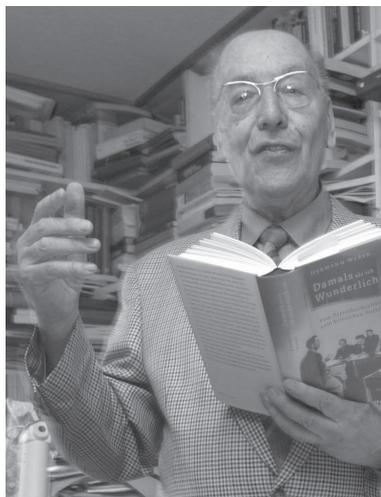


Abb. 14: Hermann Weber



Abb. 15: Bona Peiser



Abb. 16: Peter Heinz

Abkürzungsverzeichnis

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
AdW	Deutsche Akademie der Wissenschaften, auch: Akademie der Wissenschaften der DDR
AG	Aktiengesellschaft
BBC	British Broadcasting Corporation/britische Rundfunkanstalt
BDF	Bund Deutscher Frauenvereine
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGEK	Deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur
DÖW	Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
FBB	Frauenbefreiungsbewegung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
IAA	Internationale Arbeiter-Assoziation
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
IAMB	Internationales Antimilitaristisches Büro
IfGA	Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin
IG	Industriegewerkschaft

IGBM	Internationale Gesellschaft für Neue Musik
IISG	Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam
IMB	Internationales Musikbüro
IML	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin
Infra	Informationsstelle für Frauen
ITH	Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, Linz
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KdAM	Kampfgemeinschaft der Arbeitermusiker
KdAS	Kampfgemeinschaft der Arbeitersänger
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPS	Kommunistische Partei der Schweiz
KZ	Konzentrationslager
KZ-Verband	Verband der antifaschistischen österreichischen Konzentrationslager-Schutzhäftlinge
lfm	laufende Meter
MEGA1	(Erste) Marx-Engels-Gesamtausgabe
MEI	Marx-Engels-Institut, Moskau
MFK	Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung
NGG	Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
NS-	Nationalsozialistisch(e/er/es)
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PCI	Partito Comunista Italiano/Kommunistische Partei Italiens
PdA	Partei der Arbeit [Schweiz]
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus

Prof.	Professor
RAZ	Revolutionäre Aufbauorganisation Zürich
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
SA	Sturmabteilung
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin
SDAP(DÖ)	Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Deutsch-Österreichs)
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands [im Exil]
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SS	Schutzstaffel
SWP	Socialistische Werkers Partij/Sozialistische Arbeiterpartei
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organisations/Vereinte Nationen
US-, USA	United States of America/Vereinigte Staaten von Amerika
USSBS	United States Strategic Bombing Survey
VEB	Volkseigener Betrieb
VNG	Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
VWA	Kaufmännischer und gewerblicher Hilfsverein für weibliche Angestellte
WERAG	Westdeutsche Rundfunk AG
ZBG	Zentralbibliothek der Gewerkschaften, Berlin
ZK	Zentralkomitee
ZLB	Zentral- und Landesbibliothek Berlin
ZPA	Zentrales Parteiarchiv

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Günter Benser, Historiker, Berlin

Dr. Agnieszka Brockmann, Kulturwissenschaftlerin, Bibliothekarin,
Archivarin, Frankfurt/Oder

Dr. Willy Buschak, Historiker, Dresden

Prof. Dr. Heinz Deutschland, Historiker, Graal-Müritz

Dr. Andreas Diers, Jurist, Bremen

Dagmar Goldbeck, Bibliothekarin, Berlin

Prof. Dr. Rolf Hecker, Ökonom, Berlin

Andreas Herbst, Historiker, Berlin

Dr. Rainer Holze, Historiker, Berlin

Elisabeth Ittershagen, Archivarin, Berlin

Dr. Anja Kruke, Historikerin, Bonn

Dr. Birgid Leske, Historikerin, Berlin

Ottokar Luban, Historiker, Pädagoge, Berlin

Frauke Mahrt-Thomsen, Bibliothekarin, Berlin

Dr. Gisela Notz, Historikerin, Berlin

Rudolf Steffens, Historiker, Bremen

Dr. Rüdiger Zimmermann, Historiker, Bibliothekar, Bonn

Personenregister

Abarbanell, Eduard	93
Abendroth, Wolfgang (1906–1985)	80, 86
Ackermann, Anton (1905–1973)	140
Anneke, Friedrich [eigentlich: Anneke, Carl Friedrich Theodor] (1818–1872)	137
Arma, Paul [eigentlich: Weisshaus, Imre] (1905–1987)	68
Arnim, Bettina von [eigentlich: Arnim, Elisabeth Catharina Ludovica Magdalena von] (1785–1859)	61
Backert, Eduard (1874–1960)	8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 146
Bailer, Brigitte (geb. 1952)	76
Bakunin, Michail Alexandrowitsch [auch: Bakunin, Michail Aleksandrovič] (1814–1876)	24, 81, 86, 87, 88,
Barufke, Edith	39
Basner, Emil (1852–1918)	17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 146
Baumgartner, Gerhard (geb. 1957)	76
Bayerlein, Bernhard H. (geb. 1949)	139
Bebel, August (1840–1913)	23, 24, 39, 43, 59, 61
Beer, Alexander (1873–1944)	71
Bergtel, Lotte [eigentlich: Bergtel, Elly Lotte] (1903–1965)	103
Berkman, Alexander [eigentlich: Berkman, Ovsej Osipovic] (1870–1936)	81
Bernstein, Eduard (1850–1932)	24, 59
Bieber, Richard	93
Bismarck , Otto von [eigentlich: Bismarck–Schönhausen, Otto Eduard Leopold von, ab 1865 Graf, ab 1871 Fürst von Bismarck, ab 1890 Herzog zu Lauenburg] (1815–1898)	59
Bloch, Karola (1905–1994)	120
Bludau, Kuno (1930–1989)	41
Blumenberg, Werner (1900–1965)	38
Booms, Johannes Heinrich [genannt Hans] (1924–2007)	29

Brandeis, Hirschmann (1793–nach 1845)	49
Brandeis, Lucy	49, 60
Brandeis, Samuel (1820–1895)	49
Brandt, Peter (geb. 1948)	144
Brandt, Willy [eigentlich: Frahm, Herbert Ernst Karl] (1913–1992)	43, 46, 48
Braun, Otto (1872–1955)	39
Brecht, Bertolt (Bert) [eigentlich: Brecht, Eugen Berthold Friedrich] (1898–1956)	60
Brentano, Ludwig Joseph [Lujo] (1844–1931)	50, 55, 57, 58,
Bucharin, Nikolaj Iwanowitsch [Nikolaj Ivanovič Bucharin] (1888–1938)	140
Büchner, Georg [eigentlich: Büchner, Karl Georg] (1813–1837)	112
Bürgel, Bruno Hans (1875–1948)	100
Büsch, Johann Georg (1728–1800)	57
Buonarroti, Filippo Michele [auch: Buonarroti, Philippe] (1761–1837)	87
Buyl–Fromm, Regine	35
Cartarius, Ulrich (1940–2008)	47
Cauer, Wilhelmine Theodore [genannt Minna] (1841–1922)	92
Cohen, Hermann (1842–1918)	93
Cornu, Auguste (1888–1981)	135
Daniels, Amelie (1820–1895)	134
Daniels, Roland (1819–1855)	134
David, Eduard (1863–1930)	28
Dietrich, Gertrud (1885–1957)	17, 22
Dollfuß, Engelbert (1892–1934)	72
Dowe, Dieter (geb. 1943)	47
Drabkin, Jakow Samojlowitsch [auch: Drabkin, Jakov Samoilovič] (1918–2015)	139
Duncker, Hermann (1874–1960)	140
Eichler, Willi (1896–1971)	41
Einstein, Albert (1879–1955)	61
Eisler, Johannes [genannt Hanns] (1898–1962)	66, 67, 68

Engels, Caspar	133
Engels, Emil	133
Engels, Friedrich (1820–1895)	21, 24, 28, 49, 59, 86, 113, 133, 134
Erler, Fritz (1913–1967)	41
Etzel, Martin (gest. 1914)	9, 10,
Exenberger, Herbert (1943–2009)	78
Fichte, Johann Gottlieb (1762–1814)	49, 56, 57
Fischer, Agnes	109
Fischer, Emil [eigentlich: Fischer, Hermann Emil] (1852–1919)	109
Fischer, Gerhard (1929–1993)	109
Fischer, Hermann [eigentlich: Fischer, Hermann Otto Laurenz] (1888–1960)	109
Fischer, Laurenz	109
Fischer, Ruth geb. Seckels	109
Fitz, Alfred (1879–1947)	13
Foerster, Wilhelm	93
Fontane, Theodor [eigentlich: Fontane, Heinrich Theodor] (1819–1898)	60, 61
Franco, Francisco [eigentlich: Francisco Paulino Hermenegildo Teódulo Franco y Bahamonde Salgado Pardo] (1892–1975)	73
Frank, Karl B. [eigentlich: Frank, Karl Borromäus] (1893–1969)	108
Franke, Otto (1877–1953)	140
Freiligrath, Ferdinand (1810–1876)	134
Friedlaender, George (1829–1892)	18
Frisch, Max [eigentlich: Frisch, Max Rudolf] (1911–1991)	120
Gaffron, Hans (1902–1979)	55
Gall, Ludwig (1791–1863)	137
Garbáty, Josef [eigentlich: Garbáty-Rosenthal, Josef] (1851–1939)	70
Gizycki, Georg von (1851–1940)	93
Gertser, Johannes	32

Goethe, Johann Wolfgang von (1749–1832)	60, 100
Goldman, Emma (1869–1940)	81
Gorbatschow, Michail Sergejewitsch [auch: Gorbačëv, Michail Sergejevič] (geb. 1931)	142
Gortzak, Hendricus [Henk] (1908–1989)	39
Gortzak, Wouter (1931–2014)	39
Gradenwitz, Bertha	60
Grimm, Robert (1881–1958)	38
Grotewohl, Otto (1894–1964)	140
Grünberg, Carl (1861–1940)	134
Grzesinski, Albert [eigentlich: (nach Adoption) Grzesinski, Albert Karl Wilhelm] (1879–1947)	39
Gumbel, Emil Julius (1891–1966)	84
Gysi, Gregor (geb. 1948)	35
Hackl, Erich (geb. 1954)	77, 78, 79
Hallweg, Werner (1912–1989)	38
Ham, Guus van der	131
Hansen, Joseph (1862–1943)	134
Hasenclever, Walter (1890–1940)	23
Hatta, Mohammad [auch: Mohammed] (1902–1980)	82, 87
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1770–1831)	57
Heimann, Hugo (1859–1950)	22, 23, 96, 97
Heine, Wolfgang (1861–1944)	39
Heinemann, Gustav Walter (1899–1976)	42, 46
Hensel, Paul [eigentlich: Hensel, Paul Hugo Wilhelm] (1860–1930)	50, 52
Herder, Johann Gottfried [1802 geadelt: von Herder] (1744–1803)	57, 60, 61
Hermlin, Stefan [eigentlich: Leder, Rudolf] (1915–1997)	60
Hess [auch Heß], Moses (1812–1875)	24
Heyen, Franz-Josef (1928–2012)	29
Himmler, Heinrich (1900–1945)	108, 111
Hitler, Adolf (1889–1945)	75, 114, 140
Hồ Chí Minh [eigentlich: Nguyễn Sinh Cung] (1890–1969)	82

Hobsbawn, Eric [eigentlich: Hobsbawm, Eric John Ernest] (1917–2012)	139
Holitscher, Arthur (1869–1941)	55
Höpcke, Klaus (geb. 1933)	35
Hottinger, Christlieb Gotthold (1848–1914)	97
Humboldt, Alexander von [eigentlich: Humboldt, Friedrich Wilhelm Heinrich Alexander von] (1769–1859)	61
Humboldt, Wilhelm von [eigentlich: Humboldt, Friedrich Wilhelm Christian Carl Ferdinand von] (1767–1835)	61
Ito, Narihiko (geb. 1931)	110
Jacob, Mathilde (1873–1943)	108, 109, 110
Jaffé, Paul	93
Jaurès, Jean (1859–1914)	21
Jeep, Ernst	94, 95
Jensen, Jürgen (geb. 1939)	40, 41
Jezierska, Fanny [auch: Ezierskaja, Fanny]	108
Jogiches, Leo [Pseudonym Tyszka] (1867–1919)	109
Jong, Albert Andries de (1891–1970)	88, 89
Jungk, Robert (1913–1994)	120
Justi, Johann Heinrich Gottlob von (1717–1771)	57
Käß, Waltraud	35
Kahlenberg, Friedrich Peter (1935–2014)	34, 35, 36, 146
Kahlenberg, Ursula	27
Kaliski, Gotthold Samuel	90
Kant, Immanuel (1724–1804)	49, 56, 57
Kautsky, Karl (1854–1938)	24, 59
Keller, Gottfried (1819–1890)	112
Keynes, John Maynard [Baron Keynes] (1883–1946)	57
Kleye, Hermann	64
Klotzbach, Kurt (1940–1989)	40
Knies, Karl (1821–1898)	57
Köckritz, Sieghardt von (1928–1996)	35
Kool, Fritz	40

Krause, Josef	37
Krause, Katharina	37
Krause, Werner (1934–2014)	37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48
Kretschman, Amalie von [genannt Lily] (1865–1916)	93
Kroppenstedt, Franz (geb. 1931)	35
Kuczynski, Bertha geb. Gradenwitz (1879–1947)	49
Kuczynski, Jürgen (1904–1997)	49, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 58, 59, 60, 61, 146
Kuczynski, Lucy geb. Brandeis (1854–1913)	49, 60
Kuczynski, Marguerite (1904–1998)	57, 59
Kuczynski, Robert René (1876–1947)	49, 50, 51, 55, 56, 58, 146
Kuczynski, Wilhelm (1843–1913)	50
Kuske, Bruno (1876–1964)	134
Lademacher, Horst [eigentlich: Lademacher, Horst Walter] (geb. 1931)	38, 40
Lammel, Inge geb. Rackwitz (1924–2015)	62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 146
Lammel, Karl (geb. 1918)	63
Landauer, Hans [im Spanischen Bürgerkrieg Operschall, Hans] (1921–2014)	72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 146
Landauer, Hermine geb. Pachler	74
Landauer, Ilse geb. Rest	74
Lange, Helene (1848–1930)	92
Lassalle, Ferdinand (1825–1864)	24, 59, 61,
Leeuw, Johan Reinhardt [Rein] van der (1920–2012)	39
Lehning, Arthur (1899–2000)	80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 147
Leibniz, Gottfried Wilhelm (1646–1716)	57
Lendvai, Erwin (1882–1949)	68
Lenin, Wladimir Iljitsch [Vladimir Il'ic Lenin, eigentlich: Vladimir Il'ic Uljanow] (1870–1924)	61, 112
Leonhard, Wolfgang [eigentlich: Leonhard, Wladimir] (1921–2014)	139

Levi, Paul (1883–1930)	41, 142
Levy, Elsbeth	93, 99
Liebknecht, Karl (1871–1919)	23, 127
Liebknecht, Wilhelm (1826–1900)	24
Ligt, Bart de [eigentlich: Ligt, Bartholomeus de] (1883–1938)	81
Lindner, Heiner (geb. 1940)	48
Linné, Carl	16
Locke, John (1632–1704)	57
Longa, Esther	113
Loucheur, Louis (1872–1931)	108
Lutz, Ralph Haswell (1886–1968)	110
Luxemburg, Rosa (1871–1919)	23, 24, 59, 61, 108, 109, 110, 112, 127
Malthus, Thomas Robert (1766–1834)	57
Marchlewski, Julian Baltazar [Pseudonyme: W. Karski, Johannes Kämpfer] (1866–1925)	109
Marcuse, Herbert (1898–1979)	120
Marshall, George Catlett (1880–1959)	57
Marx, Heinrich	136
Marx, Karl (1818–1883)	21, 24, 49, 59, 86, 113, 126, 132, 133, 134
Masereel, Frans (1889–1972)	102
Mayer, Gustav (1871–1948)	134, 136
Mayr, Georg von (1841–1925)	58
Mehring, Franz (1846–1919)	109
Meyer, Ernst Hermann (1905–1988)	63, 64, 66
Moholy-Nagy, László (1895–1946)	84
Morgenstern, Lina (1830–1909)	90
Moser, Mentona [eigentlich: Moser, Luise] (1874–1971)	123, 124
Motteler, Julius (1836–1904)	39
Müller-Lehning, Hans Werner (1895–1945)	82
Muthesius, Hermann (1861–1927)	50
Nehru, Jawaharlal [Nehrū, Javāharlāl] (1889–1964)	82

Nettlau, Max (1865–1944)	86
Neugebauer, Wolfgang (geb. 1944)	76
Neurath, Otto (1882–1945)	135
Nikolajewskij, Boris Iwanowitsch [Nikolaevskij, Boris Ivanovič, auch Nicolaevsky, Nikolajewsky] (1887–1966)	134, 136, 137
Nörrenberg, Constantin (1862–1937)	91
Ochová, Sheila [später: Och, Sheila]	41
Oelßner, Fred (1903–1977)	140
Oldenhage, Klaus (geb. 1941)	35
Operschall, Hans	73
Oppenheimer, Franz (1864–1943)	57
Ossipow, Michail Wasiljewitsch	133
Oud, Jacobus Johannes Pieter [genannt J. J. P. Oud bzw. Bob Oud] (1890–1963)	84
Pachler, Hermine	74
Pardon, Inge (geb. 1948)	35
Paul, Hans-Holger (geb. 1945)	45
Peiser, Bona (1864–1929)	90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 148
Peiser, Felix Ernst (1862–1921)	90
Peiser, Rosalia geb. Gottheil	90
Peiser, Wolf (gest. 1871)	90
Pennrich, Karl	14, 15
Peter, Heinz (1930–2013)	100, 101, 102, 104, 105, 106, 107
Peterson, Agnes F. [eigentlich: Agnes] geb. Fischer (1923–2008)	108, 108, 110, 111, 148
Pieck, Wilhelm (1876–1960)	123, 140
Pinkus, André (geb. 1941)	115, 118
Pinkus, Felix (geb. 1949)	116
Pinkus, Marco (geb. 1939)	114
Pinkus, Theo [eigentlich: Pinkus, Paul Theodor] (1909–1991)	112, 114, 115, 117, 116, 117, 118, 120, 139
Pinkus-De Sassi, Amalie geb. de Sassi (1910–1996)	112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 148

Pinzke, Georg [genannt Schorsch]	140, 141
Pollock, Friedrich (1894–1970)	134
Posthumus, Nicolaas Wilhelmus (1880–1960)	86, 135
Postler, Kurt	102
Proudhon, Pierre-Joseph (1809–1865)	61
Puchowa, Soja	125
Quack, Sybille (geb. 1952)	110
Quarck, Max [eigentlich: Quarck, Ernst Max] (1860–1930)	61
Quesnay, François (1694–1774)	57
Rackwitz, Ella (1893–1943)	62
Rackwitz, Eva (geb. 1923)	63
Rackwitz, Inge	63
Rackwitz, Julius (1885–1943)	62
Reimann, Rudolf [genannt Rudi]	102
Reiser, Konrad (geb. 1939)	35
Renger, Annemarie (1919–2008)	46
Rest, Ilse	74
Ricardo, David (1772–1823)	57
Richter, Wilhelm	15
Rjasanow, Dawid Borisowitsch [Rjazanov, David Borisovič, auch Rjasanoff, eigentlich: David-Simche Zel'man Berov Gol'denbach] (1870–1938)	132
Rocker, Rudolf (1873–1958)	81, 82
Roscher, Wilhelm (1817–1894)	57
Rosebery d'Arguto [eigentlich: Rozenberg, Martin] (1890–1943)	69
Rosner, Fanny (geb. 1906)	123
Rousseau, Jean-Jacques (1712–1778)	57
Rubiner, Frida [eigentlich: Rubiner, Frida Abramowna] (1879–1952)	140
Sacco, Ferdinando [genannt Nicola] (1891–1927)	85
Saint-Simon, Henri de [eigentlich: Rouvroy, Claude-Henri de, Comte de Saint-Simon] (1760–1825)	61
Salomon, Alice	93

Sassi, Maurizio de (1909–1997)	113
Sassenbach, Johannes (1866–1940)	107
Schapiro, Alexander [Sanja] Moissejewitsch [Sapiro, Aleksandr [Abram] Moiseewič] (1883–1946)	81, 82, 83
Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph [eigentlich: Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph Ritter von] (1775–1854)	57
Schepeler-Lette, Anna (1829–1897)	92
Scherchen, Hermann (1891–1966)	67, 68
Scheu, Josef Franz Georg (1841–1904)	68
Schiel, Ilse geb. Wittwika (1924–2014)	122, 123, 124, 126, 127, 128, 130
Schiel, Wolfgang (geb. 1919)	126
Schlüter, Hermann (1851–1919)	39
Schmaus, Emil	134
Schmoller, Gustav von (1838–1917)	57
Schneider, Michael (geb. 1944)	4
Schönhoven, Klaus (geb. 1942)	144
Schumacher, Kurt (1895–1952)	42
Schwerin, Jeannette (1852–1899)	93
Seehof, Li (1890–1972)	140, 141
Seghers, Anna [eigentlich: Radványi, Netty] (1900–1983)	60, 61
Severing, Carl (1875–1952)	41
Shirer, William L. [eigentlich: Shirer, William Lawrence] (1904–1993)	110
Simon, Heinrich Victor (1880–1941)	93
Singer, Paul (1844–1911)	23
Sinowjew, Grigori Jewsejewitsch [Grigorij Evseevič Zinov'ev, eigentlich: Radomyslski, Owsej-Gerschen Aronowitsch] (1883–1936)	140
Sirnis, Alexander (1882–1919)	61
Skrzypczak, Henryk (geb. 1926)	35
Smith, Adam (1723–1790)	57
Smith, Bradley F.	111
Suchy, Augustin [eigentlich: Suchi, Augustin] (1892–1984)	82, 83
Stagneth	101
Stavenhagen, Rodolfo (geb. 1932)	120

Stein, Henriette	131
Stein, Elsbeth geb. Ihlenburg	132
Stein, Hans [eigentlich: Stein, Johann Ludwig] (1894–1941)	131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 148
Stein, Max (1871–1952)	20
Stein, Urban	131
Steiner, Herbert (1923–2001)	75, 76
Steinitz, Wolfgang (1905–1967)	64, 66
Stern, Viktor (1885–1958)	126
Stirner, Max [eigentlich: Schmidt, Johann Caspar] (1806–1856)	24
Stoljarow, Alexander Michailowitsch [Stolajarov, Aleksandr Michajlovič]	133
Strittmatter, Erwin (1912–1994)	60
Stroech, Jürgen (geb. 1930)	32
Sturhahn	101
Stüssi, Rudolf (gest. 1443)	112
Tasbach, Elvira	56, 59
Tiessen, Richard Gustav Heinrich [genannt Heinz] (1887–1971)	68
Tönnies, Ferdinand (1855–1936)	93
Traven, B. [eigentlich: Feige, Otto; weiteres Pseudonom: Ret Marut] (1882–1969)	102
Trotzki, Leo [Trockij, Lev Davidovič , eigentlich: Bronštejn, Lev Davidovič] (1879–1940)	61, 140
Tuchman, Barbara (1912–1989)	110
Turgenev, Iwan Sergejewitsch [Turgenev, Ivan Sergejevič] (1818–1883)	61
Turgot, Anne Robert Jacques [baron de l'Aulne] (1727–1781)	57
Turlach, Manfred (1932–2006)	41
Ulbricht, Walter (1893–1973)	129, 140, 141
Uthmann, Gustav Adolf (1867–1920)	68
Vanzetti, Bartolomeo (1888–1927)	85
Varga, Eugen [ungarisch: Varga, Jenő, russisch: Varga, Evgenij Samuilovič] (1879–1964)	61

Vogel, Johann [Hans] (1881–1945)	44
Voltaire [eigentlich: Arouet, François–Marie] (1694–1778)	57
Voßke, Heinz (geb. 1929)	30, 123
Weber, Gerda (geb. 1923)	141
Weber, Hermann [Pseudonym: Wunderlich] (1928–2014)	138, 139, 140, 141, 142, 143, 144
Weber, Hartmut (geb. 1945)	36
Weerth, Carl	134
Weerth, Georg Ludwig (1822–1856)	24, 40, 134
Wehner, Herbert [eigentlich: Wehner, Herbert Richard] (1906–1990)	46
Weigel, Helene (1900–1971)	61
Weil, Felix [eigentlich: Weil, Lucio Felix José] (1898–1975)	134
Weipert, Axel (geb. 1980)	129
Weitling, Wilhelm (1808–1871)	24
Wengels, Margarete	17
Weydemeyer, Joseph (1818–1866)	39
Winkler, Hans	16
Wittwika, Elisabeth	124
Wittwika, Ilse	124, 125, 126
Wittwika, Max	124
Wittwika, Petrik	126, 129
Wolfstieg, August (1859–1922)	97
Zetkin, Clara [eigentlich: Zetkin, Clara Josephine] (1857–1933)	61
Zimmermann, Rüdiger	16
Zola, Émile [eigentlich: Zola, Émile Édouard Charles Antoine] (1840–1902)	61
Zynda, Johann	17

Der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V., Berlin, und das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, veröffentlichten 2009 eine Auswahl von Kurzbiographien von Archivaren, Bibliothekaren und Sammlern der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung. Das erfreulich positive Echo auf diese Publikation hat die Herausgeber ermutigt, nun 16 weitere Kurzbiographien vorzulegen. Der Supplementband soll Einblicke in Lebensweg, Sammel Leidenschaft, Ziele und Methodik der vorgestellten Personen bieten und damit auch die Entwicklungsgeschichte des Bibliotheks- und Archivwesens der Arbeiterbewegung transparenter machen.

ISBN 978-3-95861-591-5



9 783958 615915

Günter Benser, Dagmar Goldbeck, Anja Kruke (Hrsg.)

Bewahren – Verbreiten – Aufklären